

daumenkino

John Rabe

In jeden großzügig budgetierten Film über die Kriege des 20. Jahrhunderts gehört eine Einstellung hinein, in der eine Stadt und ihre Bewohner aus der Luft bombardiert werden. Am Boden rennen alle zwischen explodierenden Feuerbällen und umherfliegenden Trümmerteilen um ihr Leben, von oben gesehen ist das Ganze eher ein beschauliches Spiel der Lichter. Für die, die unten sind, ist eigentlich keine Rettung zu erhoffen. Aber in „John Rabe“ bleibt ein Fleck vom Bombardement der japanischen Kampfpiloten verschont. Auf einem Fabrikgelände ist eine riesige rot-weiß-schwarze Hakenkreuzfahne wie ein Zeltdach aufgespannt. Darunter kauern hunderte Chinesen, in der Hoffnung, dass die Japaner es nicht wagen, das Symbol ihrer deutschen Verbündeten in Fetzen zu legen. Der dünne Stoff schützt sie besser als Stein und Mörtel.

Die Begebenheit ist historisch verbürgt. John Rabe, deutscher Geschäftsführer von Siemens in China in der damaligen Hauptstadt Nanking, schrieb dazu später in sein Tagebuch: „Dieser Platz gilt als bombensicher.“ In ihr wird die Paradoxie der Ereignisse auf den Punkt gebracht: Als im Dezember 1937 die kaiserliche japanische Armee China überrollt und in Nanking ein Massaker anrichtet, wird ausgerechnet ein NSDAP-Mitglied und Hitler-Anhänger zur größten Hoffnung für Tausende von Einwohnern.

In Florian Gallenbergers Film spielt Ulrich Tukur diesen Rabe als Herrenmensch mit einem Gewissen. Er ist Parteimitglied, ohne fanatisch zu sein, er glaubt an den Führer, aber die Firma liegt ihm näher. Chinesen muss man mit strenger Hand erziehen, dann können sie gute Arbeiter werden. Die Aufgabe, in Nanking eine Schutzzone für die Zivilbevölkerung einzurichten, nimmt er nur unter Druck an, aber er erfüllt sie mit deutscher Gründlichkeit und einem großen Herzen. Mehr als 200.000 Menschen finden während des Angriffs in der Schutzzone Zuflucht.

Dass Rabe nach seiner Rückkehr 1938 nach Deutschland von der Gestapo kurzzeitig als Kollaborateur der Chinesen verhaftet wurde und im Dritten Reich in Ungnade fiel, erwähnt der Film nur im Abspann. Weil Gallenberger sich entschieden hat, Rabes Leben als heroischen Schlachtenfilm zu erzählen, muss er sein weiteres Schicksal in seiner Heimat auslassen. So bleibt der Vergleich mit „Schindlers Liste“ müßig, Gallenberger folgt eher der Dramaturgie von Nicholas Rays „55 Tage in Peking“. Schindler musste mit den Nazis ein doppeltes Spiel spielen, Rabe konnte sich, im fernen China, den Glauben an Führer und Partei erhalten. Der eigentliche Konflikt im Leben John Rabes bleibt im Film ausgespart. DIETMAR KAMMERER

„John Rabe“. Regie: Florian Gallenberger. Mit Ulrich Tukur und ganz vielen anderen. Deutschland 2008, 134 Min.



Alexander Sander, „Die Vorsteher des Emdener Gasthauses“ (Armen- und Waisenhaus), 1659 FOTO: DHM

Von Freiheit und Gottesfurcht

Mit der großen Schau zum 500. Geburtstag von Johannes Calvin stemmt das Deutsche Historische Museum ein schwieriges Unternehmen, das mit bedeutenden Ausstellungsstücken zur Geschichte des reformatorischen Bekenntnisses aufwarten kann

VON CHRISTIAN SEMLER

Wie kann die Bedeutung religiöser Konflikte im 16. und 17. Jahrhundert für die heutige Zeit nacherlebbar gemacht werden? Indem das Deutsche Historische Museum anlässlich des 500. Geburtstages des Reformators Johannes Calvin eine Ausstellung über den Calvinismus erarbeitet, hat es eine fast unlösbare Aufgabe geschultert. Zwar kannte auch und gerade das 20. Jahrhundert äußerst blutig verlaufene ideologische Kriege. Aber die Einsicht in die Wurzeln ideologischer Streits hilft uns nicht weiter, wenn wir verstehen wollen, wieso der Streit um das Transsubstantiationsproblem beim Abendmahl oder die Frage, ob die Vorbestimmtheit des Menschen zu Verdammung oder Erlösung erst nach dem Sündenfall oder schon vom Anfang aller Zeiten gegolten hat, zu Mord und Totschlag führte.

Die Ausstellung hat grundlegende Dokumente des reformatorischen Glaubens versammelt, darunter eine Reihe von Erstdrucken, Korrespondenzen und Handschriften. Das Problem dieser Präsentation besteht indes darin, dass der bei ihnen verweilende Besucher bereits vorher wissen muss, worum es eigentlich geht. Aus Furcht vor Überpädagogisierung haben es die Aus-

stellungsmacher bei ein paar kargen Anmerkungen belassen, sodass das Studium des hervorragenden Katalogs eigentlich die Voraussetzung für den Besuch der Ausstellung bildet. Zur Verteidigung der Kuratoren sei allerdings vermerkt, dass bei einer so bilderfeindlichen Religion wie der reformierten die sowieso schwierige Illustration von Glaubensfragen noch einiges schwerer fällt.

Den Ausstellungsmachern ist es gelungen, für den theologischen Eingangsbereich einige sehr einfallreiche Gemälde aufzutreiben, die in allegorischer Form die „Papisten“ respektive ihre protestantischen Gegner verunglimpfen. Besonders eindrucksvoll zu sehen in dem Gemälde „Abwägen der Religionen“, wo in satirischer Übernahme der mittelalterlichen Seelenwaage das liturgische Gerät der Katholiken abgewogen wird gegenüber der Bibel, die allein in der anderen, der calvinistischen Waagschale liegt. Die Bibel obsiegt.

Vom Schrecken des Zeitalters der „Kontinentalisierung“ und der Härte des Streits auch innerhalb der protestantischen Kirchen allerdings künden nur wenige Ausstellungsstücke. Hier sei das Richtschwert genannt, mit dem der reformierte Kanzler Kursachsens hingerichtet wurde. Es trägt (in deutscher Übersetzung) die Inschrift „Hüte Dich, Calvinist Nikolaus Krell“.

Angesichts der Schwierigkeiten, dem Calvinismus als religiösem -ismus mittels einer Ausstellung beizukommen, haben sich die Kuratoren auf die Darstellung der reformatorisch be-

einflussten politischen und Kulturgeschichte Europas geworfen. Hier bewegen sie sich – man denke nur an die Fürstenporträts als Aussteller oder die Geschichte des Freiheitskampfes der reformierten Niederlande, auf sicherem Gelände, allerdings auch auf allseits bekannten.

Wichtiger als das Repetitorium der dynastischen Verbindungen reformatorischer Fürstentümer erscheint in späteren Abschnitten der Ausstellung die Behandlung der Frage, was das Leben der Calvinisten eigentlich

Für die reformierten Gemeinden war soziale Fürsorge gottgefällige Praxis

ausmachte und wie sie sich in der Lebenspraxis von den anderen rivalisierenden Religionen unterschieden.

Die Ausstellung benennt als herausragende Eigenschaften der Calvinisten Fleiß, Bescheidenheit, Pflichtbewusstsein und Verantwortungsgefühl und sie attestiert den Gläubigen nimmermüde „gewerbliche Betriebsamkeit“. Die Autonomie jeder Gemeinde, die Wahl der Presbyter als Gemeindeälteste, die antihierarchische Tendenz ihrer Versammlungen, die Gewaltenteilung bei den Aufgaben – all das wird als günstiger Nährboden für eine frühneuzeitliche republikanische Haltung ausgemacht. Dem Calvinismus des Hofes, etwa den calvinistischen Hohenzollern, stand der Calvinismus der Flüchtlinge und Migranten gegenüber. Deren Weltsicht und

deren produktive Leistungen herausgearbeitet zu haben, macht das Hauptverdienst der Ausstellung aus.

Die Kehrseite dieser Vorläuferformen der Demokratie bildete die strenge Kirchenzucht, die Strafgewalt der Presbyter, die öffentliche Anprangerung der Sünder bis zum Ausschluss aus der Abendmahlsfeier. Ideologisch stand aber der Gedanke der Versöhnung im Vordergrund. Freilich mit drastischen Mitteln. Die Ausstellung zeigt das Protokoll, nach dem streitende Eheleute in Bern in eine Zelle gesperrt wurden. Ihnen wurde nur ein Löffel gegeben, den sie gemeinsam benutzen mussten. Erst nach der Versöhnung wurden Marken ausgegeben, die es ihnen erlaubten, wieder am Abendmahl teilzunehmen.

Die große Bedeutung des Abendmahls als Versöhnungsfest und „Eidgenossenschaft“ der Gemeinde zeigt sich in der Ausstellung in einer sehr glücklichen Präsentation. In einem verglasten Raum ist ein Altartisch mit mehreren Kelchen aufgestellt. Dahinter wird die ganze Breite der Wand von der Vergrößerung eines Sticks eingenommen, der eine reformierte Gemeinde bei der Abendmahlsfeier zeigt. Das Arrangement erinnert an die früheren Panoramen und verleiht den liturgischen Geräten eine Art historischer Lebendigkeit.

Die reformierten Gemeinden sahen in sozialer Fürsorge ein Grundelement gottgefälliger Praxis. Eindrucksvoll ist diese Haltung in dem Gruppenbildnis der Emdener Gasthaus-(gleich

Armenhaus-)diakonie von 1659 zu besichtigen. Das im Stil des niederländischen „Goldenen Zeitalters“ gemalte Bild zeigt die Versammlung der mit der sozialen Fürsorge befassten Diakone. Alle schwarz gekleidet mit Halskrause, alle sehr ernst und streng. Denn es geht um ein Kind, das rechts an einem Tisch stehend der Aufnahme ins „Gasthaus“ harret. In der Hand hält es ein Geldstück, offenbar eine milde Gabe. Dass das Gruppenbild aus Emden kam, ist kein geografischer Zufall, denn Emden war seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eine der Hauptstützen der Reformierten. Hier organisierte auch Jan Laski („Johannes a Lasco“), ein exilierter polnischer Prediger und Humanist, erfolgreich die Gemein-

dearbeit. Die Ausstellung unterrichtet uns über die verwickelte Wirkung des reformierten Glaubens auf die europäische (und nordamerikanische) Geschichte. Implizit weist sie damit die schematische Auffassung zurück, nach der es allein der calvinistische Glaube an die Prädestination gewesen sei, der den modernen Kapitalismus hervorgebracht habe. Dieser Erkenntnisgewinn wird allerdings etwas gemindert durch die harmonisierende Tendenz der Ausstellung, die Glaubensterror und Krieg mit einer leichten Schicht von Puderzucker überdeckt. Sehenswert ist sie dennoch allemal.

Bis 19. Juli, „Calvinismus. Die Reformierten in Deutschland und Europa“. Eine Ausstellung des DHM, Berlin. Katalog Sandstein Verlag Dresden, 48 €

ANZEIGEN

JESUS CANNELONI
gestorben 24. MÄRZ 2009

„Unterwegs zum Ende des Regenbogens.“
Deine
SCHROEDER ROADSHOW
Kontakt: schroeder-roadshow.de

die tageszeitung präsentiert:

Alela Diane

09.04.09 Hamburg / Kampnagel
10.04.09 Berlin / Lido
03.06.09 Frankfurt / Mousonturm
04.06.09 München / Ampere

KONZERTAGENTUR
BERTHOLD SELIGER
www.bseliger.de

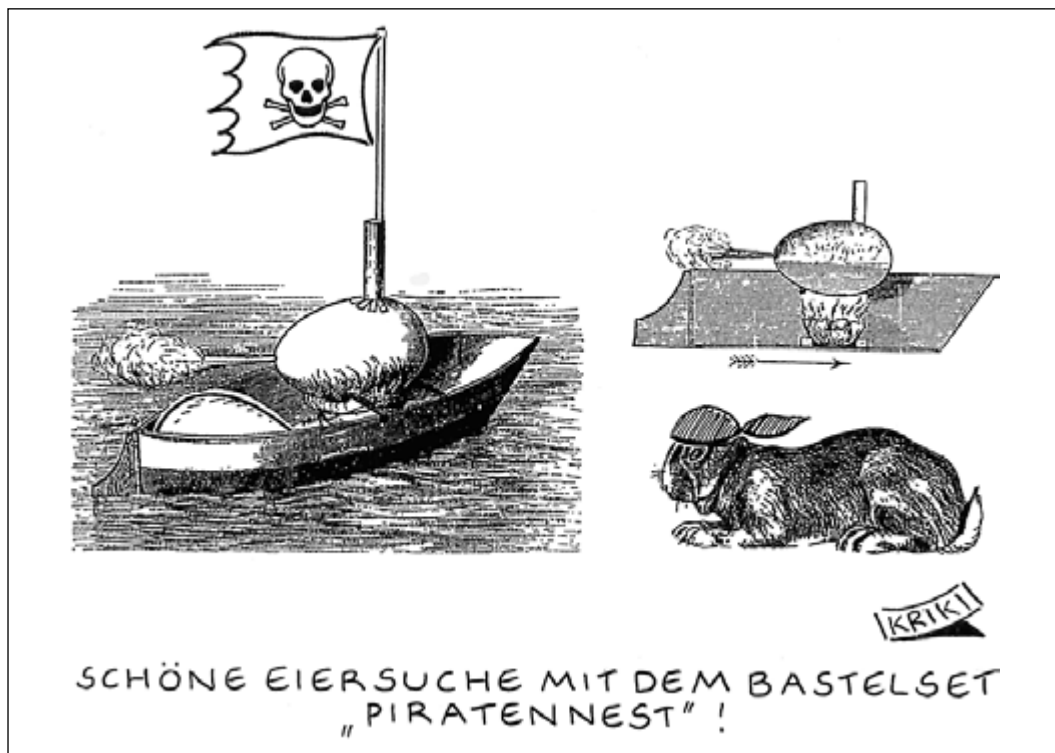
unterm strich

Marc Prätchs hannoversche Theaterprojekte mit Jugendlichen wie „Romeo und Julia“ oder die Rap-Oper „Culture Clash“ erzeugten überregionale Aufmerksamkeit. Jetzt wird der Regisseur mit dem **Dr.-Otto-Kasten-Förderpreis 2009** ausgezeichnet. Er gehört nach Angaben des Schauspiels Hannover zu den wichtigsten Auszeichnungen des deutschsprachigen Theaters. (Was aber niemand weiß, oder hat schon jemand vom

Dr.-Otto-Kasten-Förderpreis gehört?) Prätchs teilt sich den mit **10.000 Euro dotierten Preis**, der am 4. Juni in Leipzig übergeben wird, mit der **Schauspielerin Melanie Straub**. Zu Beginn der Spielzeit 2009/2010 inszeniert Prätchs wieder mit jugendlichen Laien „Die Nibelungen“ am Staatsschauspiel Dresden.

Kunstwerk im Kunstwerk! Die Röntgenuntersuchung hat im **Duisburger Lehm-**

bruck Museum eine Überraschung ans Licht gebracht. 43 Jahre nach dem Tod des Bildhauers **Alberto Giacometti** hat das Haus die **lebensgroße Gipskulptur „Frau auf dem Wagen“** des Schweizer Künstlers (1901–1966) **durchleuchten lassen**. Das Ergebnis: Statt wie üblich mit Eisenstangen hat Giacometti die 1943 bis 1945 in Gips geschaffene Skulptur mit einer **Feile, einem Handbohrer, Draht und einem Brett** stabilisiert.



DER ABBAU VON US-GEHEIMGEFÄNGNISSEN IST NICHT AUSREICHEND

Keine Schlupflöcher, nirgends

Das Verschwindenlassen von Menschen ist eine typische Terrormaßnahme von Diktaturen. Die Verschwundenen werden oft getötet oder zumindest gefoltert. Das Verschwindenlassen soll Gegner einschüchtern oder den Staat zumindest der internationalen Kontrolle im Umgang mit seinen Gefangenen entziehen. Das Verschwindenlassen von Menschen ist deshalb im Statut über den Internationalen Strafgerichtshof zu Recht als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ eingestuft worden.

Leider hat auch eine Demokratie wie die USA in ihrem oft rechtlosen „Krieg gegen den Terror“ Menschen verschwinden lassen. Diese wurden zwar in der Regel nicht getötet, aber jahrelang wussten die Angehörigen der Betroffenen nicht, ob jene noch lebten, wo sie sind und wie es ihnen geht. Es ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung, wenn der US-Geheimdienst CIA bekräftigt, dass er bestehende Geheimgefängnisse schließen und keine neuen errichten will. Allerdings kann man Menschen nicht nur in Geheimgefängnissen verschwinden lassen. So war das US-Gefangenenlager Guantánamo nie eine geheime Einrichtung, doch

die Namen der dortigen Gefangenen wurden erst 2006 – rund fünf Jahre nach Aufbau des Lagers – von der US-Regierung veröffentlicht. Auch über die Häftlinge im afghanischen US-Internierungslager Bagram ist wenig bis nichts bekannt. Ziel der USA war nicht zuletzt, Terrorverdächtige an Orte zu bringen, wo sie den Garantien des US-Rechtssystems entzogen sind. Hierzu gehörte auch die Überstellung an befreundete Folterstaaten wie Jordanien, Ägypten oder Usbekistan. Im Krieg gegen den Terror hat sich die US-Regierung viele Schlupflöcher geschaffen, um sich den eigenen rechtsstaatlichen Standards zu entziehen.

Der neue US-Präsident Barack Obama ist nur glaubwürdig, wenn er diese Politik der Schlupflöcher umfassend beendet und sicherstellt, dass die alte Politik der Bush-Jahre nicht einfach mit neuen Schlupflöchern weitergeführt wird. Obama würde seine moralische Autorität dabei enorm steigern, wenn er die bisherige Politik lückenlos transparent macht und die Schuldigen der Justiz übergibt oder – wo dies nicht möglich ist – zumindest feuert.

CHRISTIAN RATH

EVO MORALES' UNORTHODOXE MASSNAHMEN GEGEN DIE OPPOSITION

Alte Mittel zur Erneuerung

In Bolivien gehen die Uhren anders. Aktuelles Beispiel dafür ist der Hungerstreik, den Präsident Evo Morales am Donnerstag aufgenommen hat. Der ungewöhnliche Schritt, mit dem er gegen die Behinderung des Wahlprozesses durch oppositionelle Hardliner protestieren wollte, sollte dem indigenen Staatschef dazu dienen, seine Anhänger um sich zu scharen und zugleich für einen globalen Mediencoup zu sorgen. Innenpolitisch wurde der Protest im Regierungspalast allerdings schon Stunden später durch eine turbulente Senatsitzung in den Schatten gestellt.

Regierung und Opposition ringen seit langem um die Modalitäten der Parlamentswahlen im Dezember. So wie bei der gleichzeitig anberaumten Präsidentenwahl zeichnet sich eine klare Bestätigung für die „Bewegung zum Sozialismus“ ab, Morales' Politik zugunsten der armen Bevölkerungsmehrheit ist populär. Bei dem Referendum im Januar 2009 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent 61,3 Prozent des Wahlvolks für die neue Verfassung.

Verständlich also, dass der harte Flügel der Opposition schon jetzt versucht, die kommenden Wahlen zu diskreditieren. Dabei haben die rechten Senatoren die Gouverneure aus den Tieflandprovinzen hinter sich, während das Regierungslager nicht über eine Senatsmehrheit verfügt. Trotzdem verständliche sich Morales mit den kooperativen Parlamentariern des bürgerlichen Lagers nicht rechtzeitig auf einen Kompromiss für das neue Wahlgesetz. Stattdessen brachte seine Partei einen Gesetzentwurf ein, der jetzt nachgebessert werden muss. 30 Prozent des Wahlregisters dürften erneuert werden, und erstmals können sich BolivianerInnen im Ausland an den Wahlen beteiligen.

Dass die friedliche Ablösung der seit 500 Jahren herrschenden Oberschicht kein Kinderspiel ist, erlebt Evo Morales tagtäglich. Hin und wieder greift er zu Maßnahmen aus seinen Zeiten als Gewerkschaftsführer. Dennoch: Seine „demokratische und kulturelle Revolution“ ist auf einem guten Weg.

GERHARD DILGER

STATT AUF ÖKOSTEUER SETZT AUCH JAPAN AUF EIN KONJUNKTURPAKET

Strohfeuer gelegt

Die japanische Regierung hatte vor dem G-20-Gipfel die deutschen Kollegen in rüder Manier angekoffert, gefälligst ein größeres Konjunkturpaket zu verabschieden. Nun hat Japan ein Konjunkturprogramm von 150 Milliarden Euro aufgelegt. Aus Schulden finanziert und mit allerhand grünen Elementen: Abwrackprämie mit Umweltbedingung oder Warengutscheine für Ökokühlschränke und Ähnliches. Ein guter Teil fließt aber auch in den Wohnungs- und Autobahnbaubau.

Es ist immer das gleiche Muster: Stark verschuldete Staaten beschließen teure, teilweise wirre Einzelmaßnahmen, die der Umwelt wenig nutzen und der Konjunktur nur vielleicht – schließlich droht ein Strohfeuer wie bei der Abwrackprämie, das in Zukunft zu geringeren Verkäufen führt. Mit solchen Einzelmaßnahmen droht der Staat allerhand Auswirkungen zu übersehen, Trittbrettfahrer zu fördern und andere Branchen zu schädigen.

Warum kein einziger dieser angeblich so umweltfreundlichen Regierungschefs das erprobte Modell der stetig steigenden Ökosteuer einführt,

bleibt ein Rätsel: Dann wäre klar, dass sich Energieparmaßnahmen lohnen, Investitionen liefern an und der Finanzminister hätte eine neue Einnahmequelle, um die Riesenlöcher zu stopfen, die derzeit aufgerissen werden.

Das alarmistische Argument gegen die Ökosteuer, sie helfe weder sofort noch den akut bedrohten Branchen, gilt leider derzeit auch für Konjunkturpakete. Denn angesichts des darobenden Finanzsektors wird es dauern, bis die Weltwirtschaft nicht weiter schrumpft. Laut dem IWF sind inzwischen Vermögenswerte in Höhe von vier Billionen Dollar „giftig“. Die Höhe der Ausfälle steigt schneller, als Konjunkturpakete und Bankenrettungsprogramme beschlossen werden können.

Solange die Weltwirtschaft von der Politik nicht überzeugend in Richtung Nachhaltigkeit getrieben wird, kann es weder neues Vertrauen noch einen Neuanfang geben. Steuergelder sind knapp und sie sollten nicht für ziellose Konjunkturpakete verschwendet werden, sondern den Umbau der Industriegesellschaften anschieben.

RAINER METZGER

Das Geschäft mit dem Vertrauen

Postkapitalismus (VII): Wer den Vertrauensverlust als zentrales Problem deklariert, will schlicht die Logik der Profitmaximierung retten und über Verantwortlichkeit schweigen

Noch vor Kurzem hatte Jan Philipp Reemtsma in seinem Werk „Vertrauen und Gewalt“ resümiert: „Unsere Gesellschaften sind vertrauensselig.“ Und jetzt?

Der Bankkunde vertraut nicht mehr seinem Kreditinstitut, die Banken haben im Verkehr untereinander jedes Vertrauen eingebüßt, und an allen Ecken der Gesellschaft kriecht Misstrauen gegen die Funktionsweise des gesamten Wirtschaftssystems und gegen die von ihm errichtete Vertrauensfassade hoch. Allerorten ist vom Verlust des Vertrauens die Rede und wie es, bitte, zurückgewonnen werden kann.

Die inflationäre Nutzung des Vertrauensbegriffs zur Beschreibung der Krise hat ideologische Gründe. Denn wer einen psychologischen Befund, den Vertrauensverlust, zum eigentlichen krisenantreibenden Motor erklärt, kann es sich leicht ersparen, über dessen systemische Ursachen nachzudenken. Es reicht, die Gier der Banker anzuprangern, die bei ihren Risikogeschäften jede „Bodenhaftung“ verlieren hätten. Folgt man der „Berliner Rede“ des Bundespräsidenten Köhler, so ist den Bankern das Bewusstsein für das „was man einfach nicht tut“, abhandengekommen. Der gute alte Bankier ist zum Banker degeneriert, dem Geldwertstabilität, Re-

der Krise des Systemvertrauens keine Rede mehr zu sein.

Der Köhler'sche Gegensatz von solidem, vertrauenswürdigem Bankier und gewissenlosem Banker ist sentimentaler Humbug. Noch stets war der Umgang mit Kunden im Bankgeschäft dem Primat der Profitmaximierung untergeordnet. Stets war das Risikogeschäft Bestandteil der Profitorientierung, und Spekulationsblasen sind keine Neuerscheinung, sondern begleiten seit der frühen Neuzeit den Aufstieg des Kapitalismus. Die Bankiers kalkulierten stets das Risiko, die heutigen Banker, die mit Risikopapieren handeln, kalkulieren ebenfalls. Ihr Problem bestand darin, dass ihre Kalkulationsgrundlage, der Value at Risk (VaR) einer Vorstellung der statistischen Normalverteilung von Risiken folgte, die sich als fehlerhaft erwies.

Die Banker folgten anerkannten Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Wahrscheinlichkeitsrechnung, darunter Nobelpreisträger. Sie vertrauten nicht dem Glück des Zockers, sondern dem Expertenwissen, das war ihr Problem. Sie wiegten sich bei der Wahl des VaR in einer falschen Sicherheit, die sie, wie Wolfgang Münchau in seiner hervorragenden „Kernschmelze des Finanzsystems“ herausgestellt hat, ermutigte, noch riskantere Geschäfte einzugehen. Dieser Rückkopplungseffekt führte dazu, dass Risiken permanent unterschätzt wurden.

Der Rekurs auf die Bankerpsychologie hat geringen Erklärungswert. Stets war das Hauptmotiv der Maximalprofit in möglichst kurzem Zeitraum. Mag der Entscheidungsspielraum der Banker beträchtlich gewesen sein, sie handelten im Interesse ihrer Bank. Es ist falsch, zu behaupten, erst das Jonglieren mit Risikopapieren hätte den Zusammenhang der Finanzsphäre mit der Realökonomie aufgelöst und die Banken in den Abgrund gerissen. Das immer risikoreiche Geschäft im Finanzsektor war stets Reaktion auf die Entwicklung der Realökonomie und die dort tendenziell fallende Profitrate.

Misstrauen und Vertrauen gehören, wie Reemtsma in „Vertrauen und Gewalt“ erläutert hat, zusammen, das eine ist ohne das andere nicht denkbar. In Alltag und in persönlichen Beziehungen zeigt sich diese Komplementarität. Wer durchgängig misstrauisch ist, kommt ebenso wenig zurecht wie jemand, der stets grenzenloses Vertrauen praktiziert. Beide extremen Verhaltensweisen gelten als irrational.

Das Misstrauen der Kunden gegen ihre Banken und der Banken untereinander folgt hingegen nicht aus irrationalem Verhalten, kein Herdentrieb bestimmt es, sondern das rationale Kalkül der Profitsicherung. Wie aber steht es mit dem jetzt um sich greifenden Verlust des Vertrauens ins kapitalistische Finanzsystem, also einem zentralen Bestandteil des Systemvertrauens? Als ob es nie die Doktrin

des Gegenseitigen von solidem Bankier und gewissenlosem Banker ist sentimentaler Humbug

spekt vor dem Sparer und langfristiges Denken schnuppe sind. In der ständigen Rede vom Vertrauensverlust werden absichtsvoll die verschiedenen Bedeutungsebenen des Vertrauensbegriffs verwischt. Wir aber unterscheiden persönliche Vertrauensverhältnisse, beispielsweise im Freundeskreis. Diese Art von Vertrauen baut sich langsam auf, bedarf steter Erneuerung und funktioniert stabil.

Von dieser Art von Vertrauen ist das Zutrauen zu unterscheiden, das wir zum „normalen Gang“ der Ereignisse haben. Zutrauen betrifft zum einen Ereignisse, auf die wir keinerlei Einfluss nehmen können, denen wir aber doch unterliegen, und solche, in die wir, wengleich meist passiv, als Akteure involviert sind. Wenn wir generell in der Gesellschaft darauf setzen, dass der Laden schon laufen und der Normalfall eintreten wird, sprechen wir von Systemvertrauen.

Personales Zutrauen ist nicht so leicht zu erschüttern, während das Zutrauen in den Normalfall rasch verloren gehen kann. Von personalem Vertrauen und dessen Verlust angesichts der Finanzkrise zu sprechen stellt ein Verdunklungsmanöver dar. Verantwortlichkeiten bleiben unbenannt. Vielmehr wird an einer Pseudopersonalisierung, einem Stereotyp gearbeitet. Sobald die vertrauenserschütternde Gewissenlosigkeit „der Banker“ feststeht, braucht von

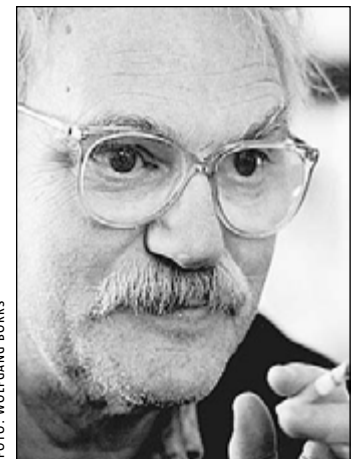
gegeben hätte, nach der der Staat sich tunlichst aus der Ökonomie heraushalten sollte, tritt jetzt dieser Staat als vertrauenswürdigem Bankenretter auf. Ja, er greift sogar zum bislang verteuerten Mittel der Verstaatlichung. Dies als einen Schritt zur Bildung von Vertrauen ins Wirtschaftssystem anzusehen, gar als Verteidigungsbastion für die betroffenen Lohnabhängigen, wäre ein grober Irrtum, dem allerdings auch kaum jemand erliegt. Dass der Staat in unserem Wirtschaftssystem Verluste soziali-

Auch verstaatlichte Banken werden auf Profitmaximierung zielen und so den Risikogeschäften folgen

siert, um anschließend Gewinne wieder zu privatisieren, ist kein Geheimwissen. So etwas hört man an jeder Straßenecke.

Für die Zukunft hat die Koalition zwei Zaubertränke parat: Transparenz und Kontrolle. „Vertrauen“ so schrieb dieser Tage die SPD-Präsidentenskandidatin Gesine Schwan, „bedarf stets auch der Kontrolle.“ Ein spätes Bekenntnis zu Lenin, von dem das Diktum „Vertraue, aber prüfe auch!“ stammt.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass keine der vorgeschlagenen internationalen Kontrollmaßnahmen in die Tat umgesetzt werden wird. Auch verstaatlichte Banken werden der Logik der Profitmaximierung und damit den Risikogeschäften folgen müssen. In dieser Situation kann das massenhaft aufkeimende Misstrauen gegen das System zwei Formen annehmen. Die rechte, die sich in populistischen Redensarten gegen „die da oben“ ergeht und antidemokratische Leidenschaften anstachelt. Und eine linke, die auf kämpferische Selbstorganisation setzt und dafür eintritt, dass die Lasten der Krise von denen zu tragen sind, die sie verursacht haben. Nur Gegenwehr schafft Selbstvertrauen, aus dem wieder Vertrauen entstehen kann. Zwar nicht ins Finanzkapital, wohl aber in die demokratischen Institutionen.



Christian Semler, 70, seit 1989 bei der taz. Einstmals Maoist, jetzt Sozialist auf freiem Fuß. Er hat sich mehrfach mit dem Thema Kapitalismus und Vertrauen beschäftigt. Siehe taz vom 22.2. 2008 und 2.9.2004

die anderen über die proteste gegen den sieg der kommunisten in moldau

Die estnische Tageszeitung Postimees kommentiert: Vielleicht nützen die Unruhen den Kommunisten sogar. Denn sie ermöglichen ihnen, die gesamte Opposition als Vandalen und Rowdys abzustempeln. Diese Partei hat nach dem Zerfall der Sowjetunion nie wirklich für einen freien Informationsfluss gesorgt. Und eine geistige Befreiung der Menschen hat ebenso wenig stattgefunden, wie es die Grundlage für eine offene Debatte gibt. Darin liegt auch der Hauptunterschied zu Georgien: Dort wurde zweimal die politische Elite ausgewechselt, sowohl in den 90er-Jahren als auch 2003, und die Unzufriedenheit mit Präsident Saakaschwili wirkt eher wie ein Kampf um den Thron.

Der niederländische De Telegraaf schreibt: Der Kommunist Woronin balancierte in den vergangenen Jahren zwischen beiden Polen. Obwohl er kürzlich Moskau beschuldigte, in Transnistrien – einer Russisch sprechenden Enklave, die einen souveränen Status hat – militärische Interessen zu verfolgen, ist Woronin von russischem Gas abhängig. Moskau gilt als Verbündeter. Ein seriöser Flirt mit Rumänien könnte das Ende für Moldau als Staat bedeuten, wobei Brüssel und Moskau genau wie im Fall der Ukraine wieder einander gegenüberstünden. Inzwischen haben Europa und Russland die Wahlen als ehrlich bezeichnet. Das nimmt den Demonstranten viel von ihrer Legitimität.



DAS FORSCHUNGSINSTITUT DIW KAPITULIERT VOR DER REALITÄT DER KRISE

Das Elend der Wirtschaftswissenschaften

Der Boom geht weiter! So bejubelte die Presse vor zwei Jahren das Frühjahrsgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, das für 2007 und 2008 je 2,4 Prozent Wachstum versprach. Drei Monate später, im Juli 2007, begann mit der Pleite zweier US-Hedgafonds die Finanzkrise. Vor einem Jahr glaubten die Wirtschaftsforscher immer noch an 1,8 Prozent Wachstum in 2008 (tatsächlich wurden es 1,3 Prozent) und an 1,4 Prozent in 2009 (jetzt werden minus 5 Prozent erwartet).

Es ist keineswegs nur die Unberechenbarkeit der Finanzkrise, die die Ökonomen ins Stolpern bringt. Im Frühjahr 2000 etwa sagten sie für 2001 ein Wachstum von 2,8 Prozent voraus. Es wurden nur 0,6 Prozent. Ein Jahr später lag die Prognose bei 2,2 Prozent, die Realität bei 0,2 Prozent. Man könnte mit einem Kopfschütteln darüber hinweggehen, würde nicht basierend auf solchen Prognosen und den dahinter stehenden theoretischen Annahmen reale Wirtschaftspolitik betrieben.

Über „das Elend der Philosophie“ lästerte einst Marx. Er meinte die Theorien des Anarchisten Proudhon, der die realen wirtschaftlichen Zusam-

menhänge nicht begriffen habe. Heute würde Marx vermutlich das Elend der Volkswirtschaftslehre beklagen. Diese kann einpacken, wenn sie nicht anfängt, über ihre ökonomischen Modelle hinaus die Wirklichkeit wahrzunehmen. Neue Situationen wie die derzeitige Kreditklemme werden in den Modellen gar nicht oder erst verspätet berücksichtigt. Auch dass Marktteilnehmer nicht nur rational, sondern auch emotional handeln – der Begriff der Börsenpanik deutet es an –, wird trotz mehrerer Nobelpreise für entsprechende Theorien weitgehend ignoriert. Psychologie lässt sich halt schlecht mit dem Computer berechnen. Harte Ökonomen tun sie als „weiche“ Wissenschaft ab.

Das Berliner Forschungsinstitut DIW kapituliert jetzt vor der Realität und legte sich für nächstes Jahr auf keine Zahl mehr fest. Es wäre schön gewesen, wenn die Wirtschaftswissenschaftler nicht nur ihre Unfähigkeit, längerfristige Prognosen zu erstellen, eingestanden hätten, sondern auch offensiv die Probleme thematisieren würden, die dahinter stehen.

NICOLA LIEBERT

JOHN DEMJANJUKS EINWÄNDE GEGEN EINE AUSLIEFERUNG SIND HALTLOS

„Juristisches Gezerre“? Gerechtigkeit!

John Demjanjuk wird von der deutschen Justiz angeklagt, Beihilfe zum Massenmord an Juden begeben zu haben. Seit ein USA-Bundesgericht die Auslieferung Demjanjucks nach Deutschland ausgesetzt hat, ist in unserer Öffentlichkeit vom „juristischen Gezerre“ die Rede. Ganz so, als ob hinter dem Hin und Her der Auslieferung nicht das schwerwiegende Problem stünde, wie der Strafanspruch des Staates gegenüber einem 88-jährigen kranken Tatverdächtigen zu beurteilen ist.

Juristisch liegt der Fall bei uns klar. Mord verjährt nicht, ebenso wenig Beihilfe zum Mord. Ist der Angeklagte zu gebrechlich, um der Hauptverhandlung folgen zu können, so kann auf Einstellung des Verfahrens entschieden werden. Gegenüber dieser Rechtslage hat Demjanjuk argumentiert, seine Auslieferung nach Deutschland sei folter. Ein substanzloser Vorwurf. Wie aber steht es mit der Begründung des US-Bundesgerichts, man müsse im Fall Demjanjucks zwischen „irreparablen Schäden für Demjanjuk, dem Schaden für andere und dem der Öffentlichkeit“ abwägen?

Ein solches Abwägungsmodell stellt die Interessen der Opfer, des mutmaßlichen Täters und das öffentliche Interesse auf eine Stufe. Bei der Abwägung könnte dann argumentiert werden, die Humanität gebiete es, einem 88-jährigen den Prozess zu ersparen. Schließlich habe er während eines ersten Strafprozesses in Jerusalem jahrelang im Gefängnis gesessen, um dann vom obersten israelischen Gericht freigesprochen zu werden.

Die Anwendung eines solchen Abwägungsmodells verbietet sich aber, weil die Gruppe der Opfer und ihrer Leiden stets bei einer moralischen Beurteilung an erster Stelle stehen muss. Den Opfern des Naziterrors und ihren Nachkommen geht es nicht in erster Linie darum, Demjanjuk bis zum Ende seiner Tage im Gefängnis zu sehen. Sie wollen nicht Rache, sondern Gerechtigkeit. Wie es einer der Überlebenden sagte: „Ich wäre zufrieden, wenn er auch nur einen Tag in eine Zelle gesperrt würde. Für mich hätte dieser Tag, so kurz er auch sein mag, große symbolische Bedeutung.“

CHRISTIAN SEMLER

DER NEUE PREMIER MUSS UNGARNS WIRTSCHAFT ENTGIFTEN

Wenig Zeit für Gordon Bajnai

Ungarns Sozialdemokraten haben durch einen fliegenden Wechsel an der Parteispitze und ein Experten-Kabinett die Gefahr existenzbedrohender Neuwahlen vorerst gebannt. Der neue parteilose Premierminister Gordon Bajnai ist nicht einfach ein nüchterner Wirtschaftsmann, sondern ein begnadeter Kommunikator, der es sich zutraut, sowohl harte Einschnitte in das notorisch überforderte Sozialsystem konsequent durchzuziehen als auch diese den Leidtragenden überzeugend zu verkaufen. Ein Leitartikel der Tageszeitung *Népszabadság* spricht von einer „Entgiftungskur“ für die Wirtschaft.

Bajnais einzige Chance, den anspruchsvollen Plan auch zu verwirklichen und die lange hinausgeschobene Sanierung umzusetzen, liegt in schnellem Handeln. Er muss die derzeit positive Stimmung im Parlament nutzen, um seine Rosskur noch vor dem Sommer durchzuführen.

Sollten sich noch dieses Jahr die erhofften Effekte auf die Wirtschaft einstellen, dann kann der Plan des abgetretenen Premiers Ferenc Gyurcsány auf-

gehen und auch die Talfahrt der sozialdemokratischen MSZP gestoppt werden. Sollte Bajnai scheitern, gibt es im Herbst Neuwahlen.

Bajnais Erfolg würde aber auch Oppositionsführer Viktor Orbán von der rechtspopulistischen Fidesz nützen, der zwar alles, was die Regierung tut, in der Luft zerreißt, aber ein alternatives Sanierungskonzept schuldig bleibt. Wenn das teure Sozialsystem einmal demontiert ist, muss sich der nächste Regierungschef – wie immer er heißen möge – nicht mehr die Finger schmutzig machen. Orbán verspricht zwar, er würde alle Reformen zurücknehmen, wenn er seine Partei in den angestrebten Neuwahlen zu einem Erdrutschsieg führt, doch glaubt ihm das höchstens die eigene Klientel.

Deswegen gibt es auf der Linken nicht wenige Stimmen, die meinen, Gyurcsány hätte die unvermeidliche Schlappe bei vorgezogenen Wahlen in Kauf nehmen müssen, damit die Fidesz-Partei den Beweis antreten muss, ob es wirklich anders geht. Der großmäulige Orbán wäre schnell entzaubert.

RALF LEONHARD

Klassenkampf für Profis

In Großbritannien haben sich Presse, Werbung und Protestbewegung auf den neuen Feind geeinigt: die Manager. Die filmen die Proteste gegen sie lässig mit ihren iPhones

Die alternde und junge Protestgarde, die Regierung und Tageszeitungen, vom liberal-gutmütigen *Guardian* bis zur grobschlächtigen *Sun*, alle in Großbritannien können sich derzeit auf einen Feind einigen. „These are unforgivably reckless men“, tönte der *Mirror* und stachelte seine Leser im Falle des ehemaligen Chefs der Royal Bank of Scotland, Fred Goodwin, an wie einst im Mittelalter der Bauernmob scharfgemacht wurde.

Goodwin ist für die Briten ein regelrechtes Stereotyp geworden, nämlich das des gierigen, im Größenwahn aufgegangenen Managers, der seine Bank erst in die Ruin treibt, sie dann von britischen Steuergeldern retten lässt und dafür auch noch eine groteske hohe Rente bezieht.

Auch vor dem G-20-Gipfel waren es vor allem die britischen Tageszeitungen, die ungefragt die Rolle des anheizenden Clubanimators übernahmen und den erwarteten Protesten, gewürzt mit den sorgenvollen Stimmen der Polizei, entgegenfierten wie einem Superbowl der Klassen. *Evening Standard* oder *Guardian* veröffentlichten ganze Doppelseiten mit Infos und komplizierten Grafiken zu den Aktionsorten der jeweiligen Gruppierungen, und es war, als betrachte man topografische

„Esst die Banker!“ Werbeslogan oder Protest? Die Manager- hetze hat es in jedes Genre geschafft

Karten eines Kriegsgebiets. Schwepes lieferte zum Polit-event sogar die postpostmoderne Stadionwerbung und plaktierte mitten in das Finanzherz der Stadt eine riesige Werbung, in der verschreckte Manager auf schmelzenden Eisschollen kauterten wie eine aussterbende Spezies. Ausgerechnet ein Multikonzern verhöhnt hier die Manager in der gleichen Schärfe wie die Protestlinke. Dass die Werbung in den Hetzchor allein und ausschließlich eingestiegen ist, um Neukunden zu gewinnen, die wütend auf ihren Kreditschulden sitzen, verdeutlicht wunderbar, wie beunruhigend leicht sich Kritik in der mächtigen britischen Finanzmetropole aneignen lässt. Die Hetze als Mainstreamtrend. Und da London von Trends lebt und im Sekunden-takt einen neuen, noch verrückteren produzieren muss, schafft es der Managerhass derzeit in jedes britische Genre: neben der Politik und Medien nun eben auch in die Werbung oder in Popsongs („The Bankers“).

Dabei ist der Zorn auf die Figuren der Macht in der britischen Geschichte kein neues Phänomen. Bereits in Shakespeares „Henry VI“ forderte Dick, der Metzger: „Lasst uns die Anwälte töten.“ Doch während die Franzosen bis heute noch bei jeder Deregulierungsphase leidenschaftlich und empört auf die Straßen gehen, können sich die Briten spätestens seit Thatchers

Privatisierungskahlschlag an faire Arbeiterrechte beim besten Willen nicht mehr erinnern. Weshalb auch jetzt die seit Wochen tönenden, messerwetzenden Abrechnungsslogans („Esst die Banker!“ – „Make love, not money!“) in einer Metropole wie London klingen, als seien sie in einer der vielen legendären Agenturen der Stadt getextet worden. Denn so gut wie jeder in London hat sich längst an den prekären und flexibilisierten Zustand seiner Stadt gewöhnt, die jene überhaupt erst zur neoliberalen Finanzhochburg mutieren ließ.

Insofern: Systemkritik? Keine Zeit! Zorn? Gern, aber nur von 12 bis 18 Uhr und in dem von der Polizei ausgewiesenen Bereich. Trotzdem wurde im Vorfeld des Gipfels im Bankenviertel alles verbarrikiert – mit Ausnahme von Starbucks: Die hatten keine Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Wieso auch? Müde von den Antimanagersängeln kauften sich cool gekleidete Kapitalismusegner in schicker Röhre hier ihren verdienten Latte zum Muffin: Oberflächliche Kodes in Sachen Gesellschaftskritik greifen nur so lange, bis der Hunger kommt. Oder die Sonne. Denn der tägliche Leistungsdruck und die Unmöglichkeit zur Verlangsamung in einer Metropole wie London führen zu einer schier endlosen Erschöpfung. Selbst die Demonstration bei Sonnenschein und ein paar Trommeln werden daher als eine kurzzeitige Befreiung von der Tretmühle empfunden. So kam es während der Demonstration inmitten der steinernen Atmosphäre der Bank of England dann unvermittelt zu fast friedvollen Momenten. Manager, also die, die so viel Angst haben sollten, gesellten sich in ihrer Mittagspause zu den Demonstranten und filmten die Proteste gegen sich mit ihren iPhones.

Natürlich hatte die Mehrheit der Protestierenden nie die Absicht, Anzug tragende Manager tatsächlich durch die Straßen zu jagen, Banken anzuzünden oder den eigenen Chef als Geisel zu nehmen. Tatsächlich sind es vor allem die britischen Medien, die sich allesamt regelrecht veranant haben in eine romantisch verklärte Idee eines revolutionären Befreiungsschlages durch das zornige Volk. Immerhin auch waren sie mit großen Worten hungrig gemacht worden. „Wenn wir Erfolg haben und New Labour fällt, wollen wir umgehend die Banken verstaatlichen und Reichtum neu verteilen“, tönte der Aktivist und Anthropologieprofessor Chris Knight. Er stellt derzeit die prominenteste Stimme in der Protestszene dar. Doch dazu kam es dann ja eher nicht. Folglich blieben auch die knackigen Titelgeschichten zum hemmungslosen Tanz auf den Barrikaden aus.

Trotzdem ist es vor allem den Zeitungen mit ihrem treibenden Ton in den letzten Wochen gelungen, den winzigen Moment eines Solidaritätsgefühls zu schaffen, in dem sich die Wut

und die Sehnsucht der meisten Briten nach einer neuen Gerechtigkeit bündelten. Dass ein Umdenken aber in einem mächtigen Finanzstandort wie London dennoch kaum stattfinden kann, liegt nicht zuletzt auch daran, dass der Turbokapitalismus hier dann doch alle schnell wieder zufrieden stellt.

Auch die junge Linke muss zugeben, wie viel angenehmer die kritische Haltung ist, wenn sie einen Bankkredit für die eigene Wohnung als Altersvorsorge nicht ausschließt und sich zu-

Seit Thatcher können sich die Briten an faire Arbeiterrechte beim besten Willen nicht mehr erinnern

dem sämtliche Protestaktionen über Twitter und Facebook organisieren lassen. Diese Form der Professionalisierung wird nicht als Problem, sondern vor allem als ein zusätzliches Werkzeug begriffen: Auch die Wut auf das System will systematisiert sein. Die *Times* bis zum *Independent* greifen auf diese junge Generation seit Monaten dankend zurück, wenn es darum geht, interessante Stars der Antiszene, wie die Klimaaktivistin und Cambridge-Absolventin Tamsin Omond, ins grelle Licht der Mainstreamkultur zu stellen und zum „Eco Starlet“ oder „Poster Girl der britischen Klimabewegung“ zu verfremden. Dabei wird jene Aneignung von diesen oftmals gar nicht als Instrumentalisierung empfunden, sondern eben auch als Teil der eigenen Professionalisierung begriffen.

Und vielleicht wirkten ihre Ambitionen zur Revolte in den vergangenen Wochen auch deshalb so zahnlos, weil der Lebensplan dahinter alles andere als systemkritisch ist: In nächster Zukunft taucht man wieder unbekümmert zu hundert Prozent ins System ein, mit vielgelobtem, da vollkommen harmlosem Aktionismus im Lebenslauf. Und tritt die gut bezahlten Posten als Corporate-Social-Responsibility-Berater in großen Konzernen an.

JULIA GROSSE



Julia Grosse, 33, studierte Kunstgeschichte in Bochum und arbeitete als Kulturredakteurin bei „Allegra“. Seit 2005 erkundet sie die Metropole London. Neben der taz schreibt sie über Kunst und Gesellschaft für die „FAS“, „Neon“ und „Glamour“.

die anderen über obamas flirt mit kuba

De Volkskrant hält den Wandel in der Kubapolitik der USA für bedeutend: Der Augenblick für Präsident Obamas Bekanntmachung wurde sorgfältig gewählt. Am Freitag beginnt in Trinidad der Gipfel der Organisation Amerikanischer Staaten. Das vorherrschende Gefühl bei den Mitgliedsstaaten ist, dass die USA, seitdem Lateinamerika an strategischer Bedeutung verloren hat, kaum noch Interesse für das haben, was sich südlich des Rio Grande abspielt. Der venezolanische Regierungschef Hugo Chávez kann wie kein Zweiter von anti-amerikanischen Gefühlen profitieren, auch wenn sein Stern inzwischen sinkt. Obama scheint einzusehen, dass es im Interesse Washingtons liegt, die

Kluft so weit wie möglich zu schließen. Indem man die Konfrontationspolitik gegenüber Kuba aufgibt, macht man den Weg für eine Verbesserung der Beziehungen mit ganz Lateinamerika frei.

Le Monde meint: Die Zeit des Dialogs und der Verhandlung ist gekommen. Washington hat einen ersten Schritt gemacht. Der zweite muss noch verwirklicht werden: die völlige Aufhebung des Embargos. Es wäre der wirksamste Weg, dem Regime in Havanna seine Rechtfertigung zu entziehen und die politische und wirtschaftliche Blockade zu lösen, die es den Kubanern unter dem Vorwand der Besetzung aufzwingt.



die tageszeitung



BARACK OBAMA

100 Tage Präsident: Bringt er die Wende? Streit ▶ SONNTAG S. 18

GERHARD POLT

CSU jetzt unter 100 Prozent: Bilanz der Biermösl Blosn ▶ SONNTAG S. 39



ELFRIEDE JELINEK

Premiere: Krisenkomödie „Die Kontrakte des Kaufmanns“ ▶ SONNTAG S. 28, 29



HEUTE IN DER TAZ

KAPITALISMUS: Klaus Werner-Lobo ist Globalisierungskritiker und verlangt mehr Globalisierung ▶ SEITE 4

DIE LINKE: Lafontaine will in den Saar-Landtag einziehen, auch wenn er nicht Ministerpräsident wird. Das verspricht Saar-Linksparteichef Rolf Linsler ▶ SEITE 6

MILCH: In Futtertrögen von Molkereien findet sich immer wieder Gensoja ▶ SEITE 10

MIGRANTEN: Einwanderer und Deutsche werden sich immer ähnlicher. Das wollen die deutschen Medien nicht wahrhaben ▶ SEITE 14

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren.

verboten, Ihre Seite-1-Rubrik und Stimme der Vernunft in einer absurden Welt, wird heute **8 Jahre, 1 Monat und 14 Tage** alt. Das wollten wir feiern. Doch dann der Schock. Wo sind wir hier eigentlich? Erst standen wir oben links auf der Seite. Topp. Dann unten rechts. Na ja. Und wo stehen wir jetzt? **Irgendwo links in der Mitte.** Das ist ja Steinmeier-Niveau. Um das mal klar zu sagen: Dafür wurde **verboten** nicht gegründet. Und, hey, schauen Sie mal nach unten. Unser lebenswichtiger Zusatz fehlt: „**verboten** darf nicht **tagesschau** heißen.“ Er wurde brutal ausgelöscht. Weil man angeblich „nicht versteht“, was das soll. Pfff.

Als ob es darum ginge.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 8.501 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren. Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13 **Aboservice:** tel. 030-25 90 25 90 fax 030-25 90 26 80 abomail@taz.de **Anzeigen:** tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-25 10 6 94. anzeigen@taz.de **Kleinanzeigen:** tel. 030-25 90 22 22 **Redaktion:** tel. 030-259 02-0 fax 030-25 1 51 30, briefe@taz.de **Post, die tageszeitung** Postfach 610229, 10923 Berlin **taz im Internet:** www.taz.de

Netto: 1.000 unbezahlte Überstunden

AUSBEUTUNG Der Discounter verlangt Überstunden ohne Ende – ohne Bezahlung. „Ein 12-Stunden-Tag ist die Regel. Man ist der letzte Arsch“, sagt ein Mitarbeiter. ▶ SEITE 3



Fotos: Reuters, Essling/Imago, AP, Santiago Engelhardt

Straffreiheit für Bushs Folterknechte

CIA-FOLTER Heftige Proteste gegen die Entscheidung von US-Präsident Barack Obama. Amnesty International: Gesetze gegen Folter machen nur Sinn, wenn man sie auch anwendet

BERLIN taz | Die Folterer des US-Geheimdienstes CIA bleiben unbehelligt: Präsident Barack Obama sicherte ihnen am Donnerstag Straffreiheit zu. CIA-Mitarbeiter, die in Verhören mit Terrorverdächtigen Methoden wie das sogenannte Waterboarding angewandt haben, hätten ihre Aufgaben erfüllt und sich

dabei auf die rechtliche Beratung des Justizministeriums verlassen, sagte Obama in Washington. Menschenrechtler reagierten darauf mit Empörung. Sie fordern eine Bestrafung der Folterer.

Man dürfe so ein Versprechen nicht machen, wenn man noch gar keine Ermittlungen der Vor-

fälle abgeschlossen habe, sagte der Aclu-Direktor Anthony Romero. Dokumente bewiesen mit absoluter Sicherheit, dass die Regierung Bush „auf höchster Ebene“ Foltermethoden autorisiert habe. Der Direktor von Amnesty International USA, Larry Cox, sagte, Gesetze gegen Folter hät-

ten nur Bedeutung, wenn sie auch angewendet würden. Patrick Leahy, der Vorsitzende des Justizausschusses im Senat, forderte die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Man müsse die Ursprünge dieser „alarmierenden“ Verhörmethoden finden.

▶ ausland SEITE 12

KOMMENTAR VON **CHRISTIAN SEMLER**

Obama liefert Munition für Folterer

Präsident Barack Obama hat entschieden, Angehörige der CIA, die sich im „Krieg gegen den Terror“ der Folter schuldig gemacht haben, von einer Strafverfolgung freizustellen. Dieser Entschluss ist rechtlich problematisch, vor allem aber politisch verheerend.

Juristisch handelt es sich beim Folterverbot um eine völkerrechtliche Fundamentalnorm, die nicht mit Rücksicht auf „nationale Interessen“ suspendiert werden kann. Politisch bedeutet die schützende Hand des Präsidenten, dass der Einsatz für die internationale Geltung der Menschenrechte weiter Schaden erleidet.

Obamas Entscheidung liefert denjenigen Machthabern, die die Geltung der Menschenrechte in ihrem Herrschaftsbereich mit dem Argument ablehnen, die westlichen Demokratien würden bei Menschen-

rechtsverletzungen mit zweierlei Maß messen, neue Munition. Die Folterer selbst verteidigen sich mit dem Hinweis auf Rechtsgutachten des US-Justizministeriums zur Verhörpraxis aus den Jahren 2002–2005. Diese „Memos“ sind gestern von Obama

Obamas Entschluss, den CIA-Folterern Straffreiheit zuzusichern, ist politisch verheerend

vollständig veröffentlicht worden. Sie untermauern die Rechtmäßigkeit „verschärfter Verhöre“ und legen deren Umfang fest. Und sie statuieren, dass der Präsident freie Hand habe, das Folterverbot nach seinem Dafürhalten außer Kraft zu setzen. Obama hat in seiner Erklärung zur Veröffentlichung

der „Memos“ festgestellt, dass die CIA-Folterer sich auf diese Gutachten verlassen konnten und deshalb im guten Glauben gehandelt hätten. Aber Gottgläubigkeit ist bei offensichtlichen, jedermann/frau als Folter erscheinenden Verhörmethoden wie dem Waterboarding ausgeschlossen. Weshalb eigentlich nur eine Schlussfolgerung bliebe: Nicht nur die CIA-Folterer müssen vor Gericht, sondern auch die Juristen, die sie mit rechtswidrigen Rechtfertigungen versorgten.

In seiner Erklärung verteidigte Obama seinen Entschluss damit, „dass in Zeiten großer Herausforderung und erschreckender Uneinigkeit nichts gewonnen werden kann, wenn wir unsere Zeit und Energie darauf verschwenden, die Vergangenheit zu verurteilen.“ Wie vertraut dieses Argument klingt – und wie wenig es stets genutzt hat.

Aktion gegen Kinder pornos im Internet

BERLIN taz | Der Zugriff auf Internetseiten mit Kinderpornografie soll künftig erschwert werden. Der Bund unterzeichnete am Freitag in Berlin mit fünf großen deutschen Internetanbietern ein Abkommen, nach dem die Provider den Zugang zu den Websites spätestens in sechs Monaten blockieren. Kinderschutzorganisationen begrüßten die Vereinbarung, mahnten aber weitere Maßnahmen gegen das kriminelle Geschäft mit Kinderpornografie an. Dagegen kritisierte der Chaos Computer Club (CCC) den Vertrag und sprach von „Internetzensur“. „Hier wird nur ein Strohmann aufgebaut. Es geht darum, Akzeptanz für Zensur zu schaffen“, sagte Andreas Bogk vom CCC der taz. Von der Leyen wies Vorwürfe zurück, die Maßnahmen seien wirkungslos. Sie betonte zugleich, das Sperren könne nur ein Baustein im Kampf gegen Kinderpornografie sein.

▶ der tag SEITE 2

Ein Jahr Haft für Internet-Piraten

STOCKHOLM dpa/taz | Vier Betreiber der Onlinetauschbörse The Pirate Bay müssen wegen Beihilfe zur Urheberrechtsverletzung für jeweils ein Jahr ins Gefängnis. Dieses Urteil erging gestern in Stockholm. Außerdem haben die vier Schweden umgerechnet 2,7 Millionen Euro Schadenersatz zu zahlen – an Musik- und Filmunternehmen wie Warner Bros., Sony, EMI und Columbia Pictures. Die Verteidigung will das Urteil anfechten. Über Pirate Bay konnten Nutzer bisher kostenlos nach Raubkopien von Filmen, Musik und Computerprogrammen suchen, das Material dann untereinander tauschen und herunterladen.

▶ ausland SEITE 13
meinung und diskussion SEITE 14

Lehman-Opfer ruft Karlsruhe an

BERLIN taz | Die 68-jährige Münchenerin Hannelore Sporberg hat Verfassungsbeschwerde gegen den Ausschluss von Privatpersonen aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz eingereicht. Es sei „verfassungswidrig“, wenn der Gesetzgeber „uferlose Rettungsmaßnahmen zugunsten der Institute“ ergreife und gleichermaßen betroffene Kleinanleger übergehe. Die ehemalige Zahnarztangestellte hatte 40.000 Euro mit Zertifikaten der insolventen US-Bank Lehman Brothers verloren.

▶ wirtschaft und umwelt SEITE 9
meinung und diskussion SEITE 14



4 190254 802300

DAS GIBT ZU DENKEN

Rocko Schamoni, 42, Musiker („Tiere in der Großstadt“) und Schriftsteller, will sein von Joseph Beuys übernommenes Lebensprinzip revidieren, „niemals amerikanischen Boden zu betreten“. Grund ist Obama. „Ich halte Barack Obama für maßlos unterschätzt und wäre aus diesem Grund bereit, mich für eine Vor-Ort-Analyse auf feindliches Terrain zu begeben“, sagte er der taz. „Allerdings nur auf Sohlen, die nicht in Amerika produziert wären, um eine Art kritische Restdistanz wahren zu können.“



Foto: Promo

Am Donnerstag läuft „Dorf-punks“ an, Lars Jessens Verfilmung des gleichnamigen Buchs. Darin beschreibt Schamoni seine 80er-Jahre-Jugend in einem Kaff in Schleswig-Holstein, in der Punk der Versuch eines Gegenentwurfs zu (Klein-)Bürgerlichkeit ist. Lebt er heute zwar mit Familie, aber immer noch jenseits der Bürgerlichkeit? Rocko Schamoni: „Ich bezeichne mich nicht als nichtbürgerlich, das wäre kokett, sondern ich empfinde mich von den Trägern des Standes, in den ich geboren wurde, eher abgestoßen, was etwas mit der Verlogenheit dieses Milieus zu tun hat, in dem es immer um private Vorteile, um Positionen, Machterhalt und Absicherung der eigenen Bedingungen geht.“

Die Mitte guckt runter

LESUNG „Deutschland dritter Klasse“ ist ein Buch über die Unterschicht. Vorgestellt wird es ohne sie

Die Mittelschicht sitzt auf grauem Samt, gepolstert. Aufmerksam ist der Blick zur Bühne gerichtet. Im Theater im Palais am Festungsgraben in Berlin ist das Licht gedimmt, an den Lampen baumeln Glasperlenketten. Gegeben wird „Deutschland dritter Klasse“. Leben in der Unterschicht“, zu Gast ist die Mittelschicht, aus Mitte, Kreuzberg, Prenzlauer Berg.

Geladen hat der Verlag Hoffmann und Campe, zur Buchpräsentation. Julia Friedrichs, Eva Müller (beide Jahrgang 1979) und Boris Baumholt (1975 geboren), die Autoren des Buchs „Deutschland dritter Klasse“ sitzen adrett auf Holzstühlen auf der Bühne. Christoph Amend, Leiter vom *Zeit-Magazin Leben*, moderiert zwischen ihnen hin und her. Die drei Journalisten haben Menschen begleitet, die von ihrem Geld nicht leben können: eine Familie von Hartz-IV-Empfängern, Geringstverdienender, Förderschüler. Erst für TV-Reportagen, nun haben sie ein Buch daraus gemacht. Keine theoretische Abhandlung, „stattdessen sind wir immer wieder zu den Menschen gefahren, über die so viel geredet wird, und haben mit ihnen geredet“, schreiben die Autoren im Vorwort. An diesem Montagabend wird dann sehr viel über die Unterschicht geredet, ohne sie.

Geht das überhaupt, diese Gruppe „Unterschicht“ zu nennen? Viele von ihnen bezeichneten sich selbst so, sagt Julia Friedrichs, und: „Das Problem wird nicht anders, nur weil man klare Worte meidet.“ Dann liest sie aus dem Buch über die Webers, eine Familie, drei Generationen, die in Wattenscheid von Hartz IV lebt. Friedrichs hat erst ein Buch über die Elite geschrieben. Sie guckt sich um in Deutschland.

„Die Webers sind ja permanent überfordert“, analysiert Amend dann. Friedrichs kann

das verstehen, sie könne das ja auch nicht, so mit Einkäufen planen und so: „Da habe ich gemerkt, wie schwierig das Alltägliche sein kann, essen einkaufen und so.“ Ob sie da nicht gern mal gesagt hätten: Da hinten ist die Obstecke?, will Amend wissen. Friedrichs warnt davor, anderen zu sagen, was gutes und was schlechtes Leben ist. Es gibt dann noch Geschichten aus dem Leben einer Berliner, die von kaum mehr als drei, vier Euro Stundenlohn leben muss, und von einer Förderschule, an der Hartz IV ein reguläres Unterrichtsfach ist.

Sind die Porträtierten wohl auch ein bisschen selbst schuld an ihrem Leben – oder doch das System? Mal ein bisschen so, mal ein bisschen so, wird analysiert. Dann die unbedingte Frage: Was ist aus denen geworden? Wer hat doch noch einen Job gekriegt? Als sei es ein Wettbewerb. „Ich dachte immer: Wenn ich fleißig bin, dann kann ich es packen, ein anständiges Leben zu führen“, sagt Boris Baumholt. Doch das funktioniert so nicht. „Das hat mich ein Stück weit doch schon frustriert.“ Einen Mann im Publikum frustriert eher der Tabakgenuss von Hartz-IV-Empfängern. Eine Frau fragt, was aus alledem jetzt politisch abzuleiten sei. Julia Friedrichs empfiehlt Angela Merkel, sie solle mal drei Wochen mitgehen mit diesen Familien, zusehen, wie die Menschen leben, die ganz weit von der Mitte entfernt sind. Mit dem Buch wolle man möglichst breit sensibilisieren, sagt Boris Baumholt. Für die soziale Schieflage in Deutschland.

Dabei kommt einem der Gedanke, das im Theater am Palais auch einiges schief ist: Warum sitzen nicht die Betroffenen da vorne oder noch besser: woanders? Irgendwo, wo sie der Mittelschicht auf Augenhöhe begegnen können.

DANIELA ZINSER



Boris Baumholt, (v. l.) Julia Friedrichs, Eva Müller Foto: Hoffmann und Campe

Mit Herz und Hirn

GEWERKSCHAFTEN Wann ist der richtige Zeitpunkt, einzutreten? Und wann ist es günstiger, sich zu verabschieden? Über die Rolle rationalen Kalküls und seine Grenzen



Als Lohnabhängiger mitmachen? Oder lieber nicht? Foto: AP

VON CHRISTIAN SEMLER

Wie kann man sich in der ökonomischen Krise verteidigen, möglichst im Kollektiv? Der nahe 1. Mai mit seinen immergleichen DGB-Kundgebungen legt eine Nutzenabwägung nahe. Ist es für Lohnabhängige von größerem Nutzen, in die Gewerkschaften einzutreten, als ihnen fernzubleiben? Eine individuelle Nutzen-/Kosten-Kalkulation anzustellen, wie es die ökonomische Entscheidungstheorie („rational choice“) nahelegt, ist für die Verkäufer der Ware Arbeitskraft keineswegs abwegig. Denn längst sind die Zeiten vorbei, als die gewerkschaftliche Organisation sich wie von selbst aus der Lebenssituation der ArbeiterInnen

ergab. Individuelle rationale Kalküle in Bezug auf Organisation sind heute der Ausdruck für die Vereinzelung und Fragmentierung des Arbeitsprozesses.

Was steht auf dem Spiel? Auf der Kostenseite der monatliche Mitgliedsbeitrag, bei Beschäftigten ein Prozent des Bruttolohns. Bei der Nutzenseite geht es um Erwartungskalküle. Wird die Gewerkschaft es schaffen, vermittelt kollektiver Aktion das Einkommen zu erhöhen, wenigstens es zu verteidigen und meinen Arbeitsplatz zu sichern? Ein wichtiges Kalkül betrifft die Kampfkraft der jeweiligen Gewerkschaft. Sie muss stark genug sein, um zum Mittel des Streiks greifen zu können. Nach der neoklassischen Wirtschaftstheorie

wären Streiks irrational, weil in ihrem Gefolge sich die zur Verfügung stehende Verteilungsmasse verringert, so dass es kostengünstiger wäre, sich gleich zu einigen. Unser Rationalist, der den Beitritt erwägt, weiß natürlich, dass das Humbug ist, denn erst die Drohung/Durchführung des Streiks zwingt die Unternehmer, sich bei Verhandlungen überhaupt zu bewegen.

Ausschlaggebend für die Kampfkraft der Gewerkschaft ist ihre Mitgliederzahl, denn von ihr hängt ab, ob überhaupt ein aussichtsreicher Arbeitskampf durchgeführt werden kann. Global gesehen sank die Mitgliedschaft der Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt, konnte sich allerdings in den beiden letzten

Jahren bei den großen Gewerkschaften stabilisieren. Gemessen an dieser Situation ergibt sich folgende Abwägung: Wenn die Gewerkschaft schon zu schwach ist, um noch einen Arbeitskampf riskieren zu können, lohnt sich, gemessen an den Kriterien der ökonomischen Entscheidungstheorie, der Beitritt nicht mehr. Ist aber die Mitgliederzahl in stetem Aufschwung begriffen, so brauche ich der Gewerkschaft nicht mehr beizutreten. Denn dann kann ich als Trittbrettfahrer umsonst vom Resultat ihrer Kämpfe profitieren.

Das Problem für den rational denkenden Beitragswilligen besteht aber nun gerade darin, auf der Kurve, die die Mitgliederbewegung anzeigt, genau den

Global gesehen sank die Mitgliedschaft der Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt

Punkt zu treffen, wo der Beitritt zur Gewerkschaft einen optimalen Effekt erzielt.

Dummerweise ist dieser Punkt nicht zu bestimmen, denn er hängt von einem Urteil darüber ab, wie sich die Zahl der Mitglieder in den nächsten Jahren entwickeln wird. Die Sache wäre einfach, wenn man von einem allgemeinen, kontinuierlichen Rückgang der Mitgliederzahlen ausgehen und daraufhin den Gewerkschaften fernbleiben würde. Was aber, wenn die Lohnabhängigen, wie der britische Arbeitssoziologe Collin Crouch meint, bei der Verteidigung ihrer in der Vergangenheit erkämpften Positionen, also aus der Defensive heraus, zu stärkeren Kampfmaßnahmen bereit wären als bei gewöhnlichen Verteilungskämpfen und damit auch die Schlagkraft ihrer Gewerkschaft verstärken?

Vielleicht ist es doch besser, bei der Frage des Eintritts in die Gewerkschaften der grundlosen getrosteten Hoffnung einen Platz einzuräumen.

DIE CHARTS HEUTE MIT: BUDE, COHN-BENDIT, BRAUNGART, WALTER, MEINEM BRUDER, OLLI SCHULZ, EDIN DZEKO UND JACKSON BROWNE

Die Bundestagswahl ist verloren

Ich bin sicher etwas voreingenommen, aber der gerade zu Ende gegangene taz-Kongress war großartig. Dass ich hier richtig war, wurde mir klar, als ich nicht zur Veranstaltung des Soziologen **Heinz Bude** reinkam. Wegen Überfüllung geschlossen. Sehr gut. Das bedeutete Tausende, die nachher verstehen würden, wie er meint. Ich ließ mich dann treiben, bis ich von Weitem ein engagiertes Krächzen vernahm. „Keine unipolare Welt mehr“, hörte ich. Dann: „multipolare Welt“ usw. Die Stimme wurde immer lauter, immer emphatischer, und das war dann selbstverständlich **Daniel Cohn-Bendit**.

Den besten Satz des ganzen Kongresses sagte ein anderer Grünen-Spitzenpolitiker bei einer Tasse Kaffee. Er lautet: „Die Wahl ist verloren.“ Das meint nicht (nur), dass die Bundestagswahl für die Grünen verloren ist, sondern dass die Wahl grundsätzlich verloren ist. Für die Ge-

sellschaft, für uns alle. Es meint: Es ist ziemlich irrelevant, ob nachher eine große Koalition regiert oder CDU/FDP oder eine Ampel. Auch das Vertagen auf 2013 bringt nichts, abgesehen davon, dass grüne Spitzenposten gewechselt werden. Oder würde jemand ernsthaft behaupten, Rot-Grün-Rot werde etwas sein, was politisch genauso gesellschaftliche Entwicklung nachvollziehen würde, wie es Rot-Grün 1998 tat? Dann eher Schwarz-Grün, wenn man **Franz Walter** zugehört hat.

Der Moment des taz-Kongresses kam für mich dann bei dem

überfüllten Vortrag des Design-Weltstars **Michael Braungart** über die Fehler der Ökobewegung – und seine Welt ohne Müll. Just wenn wir guten Leute uns schön eingelacht haben, wechselt er Tempo und Tonart und sagt, dass wir, verkürzt gesagt, die Millionen in Afrika bewusst verrecken lassen, um unseren Wohlstand zu verteidigen. Stille. Betretenheit. Rührung. Bei mir war es superknapp: Um ein Haar hätte man mich „**Claudia Roth**“ nennen müssen. Aber: Für einen Augenblick ist über die Rührung hinaus das Gefühl der Erkenntnis und Läuterung spürbar. Na, und dann kamen auch Leute und sagten: „Das war eine

tolle Veranstaltung von Ihnen, Herr Unfried.“

Ich, geschmeichelt: „Danke.“ Und sie: „Also, dieser Ökosex-Rock-'n'-Roll ist wirklich super.“ Es ist die Pest, wenn man einen berühmten Bruder hat.

Die Charts im April SMS-Twitter-Leinwand bei Podien: großartig. Permanente Kommunikation mit und Inspiration aus dem Publikum durch Short Message Service.

Album: Olli Schulz – „Es brennt so schön“. Mal abgesehen vom wunderbaren Existenzialismus des Hits „Mach den Bibi“: einige schöne Songs. Etwa: „Wenn die Sonne wieder scheint.“

Fußball: Grafite? Misimovic? Mein Offensivspieler dieser Bundesligarückrunde ist **Edin Dzeko**. Müßig zu erwähnen, dass alle drei beim VfL Wolfsburg spielen.

Live: Jackson Browne auf Welttour. Das „authentische Live-Erlebnis“ für den gepflegten Spät-

PETER UNFRIED



Foto: Marco Limberg/X-Press

CHARTS

Waren auch Sie still, betreten und gerührt? kolumne@taz.de
Morgen: Anja Maier über das Leben im Speckgürtel

die tageszeitung

Dringend!



WESTEND

MA-LOU BANGERTER

Die Frau, die den Behörden mit dem Alphorn den Marsch bläst > sonntaz SEITE 20



NORA BOSSONG

Großartig: Bossongs neuer Roman „Webers Protokoll“ > sonntaz SEITE 21



ANZEIGE

HEUTE IN DER TAZ

BERLIN: Am Sonntag stimmt Berlin über Religionsunterricht ab. Die Lage und die Fakten > SEITE 5, 23, 33, 34

LINKE: Die Partei streitet übers Wahlprogramm. Fundis für Sozialismus. Realo Bartsch: „Die haben nicht alle Tassen im Schrank“ > SEITE 5, 10

FREMDENHASS: Die Antirassismuskonferenz ist beendet. Wer von Rassismus redet, darf nicht über Antisemitismus schweigen, schreibt Anetta Kahane > SEITE 8, 10

GRÜNE: Warum soll man die bloß noch wählen? Ein Pro & Contra > SEITE 11

Foto oben: Susanne Schleyer

verboten

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Ui, da ist *verboten* aber aufge-regt! 2011, also in so zwei, drei Jahren, da wird gezählt. So richtig mit Millionen und so. Dank des neuen Zensusanordnungsgesetzes gibt es endlich wieder eine **Volkszählung**. Die tut not, denn es soll ja 1,3 Millionen Menschen weniger in Deutschland geben als angenommen. Das sind in etwa so viele, wie München Einwohner hat. 2011 sind dann vielleicht alle Münchner weg. Gar kein schlechter Gedanke. Enthüllendes gibt es dann auch zum Komplex „Menschen mit Migrationshintergrund“. Etwa zur tatsächlichen Zahl der Schwaben in Berlin.

verboten führt schon mal Strichlisten: ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■ ■■■■

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 8.520 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren. Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax 030-25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-251 06 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22
Redaktion: tel. 030-259 02-0 fax 030-251 51 30, briefe@taz.de
taz, die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de

Wenn aus der Wut Widerstand wächst

KRISE In Frankreich sperren Arbeiter Chefs ein. In Deutschland warnt Merkel vor Panikmache. Was tut der DGB?



Vorbild Frankreich? Auf der Demonstration am 19. März in Paris. An diesem Tag gingen über eine Million auf die Straße
Foto: P. Brault/Oeil Public/laif

DGB-Chef Sommer warnt vor Unruhen. Der 1. Mai wird ganz traditionell gefeiert – ein Lob der Sozialpartnerschaft. Verschlafen die Gewerkschaften die Krise? Ja, sagen Oswald Metzger (CDU) und Sozialistin Lucy Redler. Unsinn, so Frank Bsirske (Ver.di) und Sven Giegold (Grüne)

> SEITE 2, 4, SONNTAZ SEITE 14

CHRISTIAN SEMLER ÜBER EUROPÄISCHE PROTESTFORMEN

Mit zivilem Ungehorsam zum Erfolg

Seit der DGB-Vorsitzende Michael Sommer vor „sozialen Unruhen“ als Folge von Massenentlassungen gewarnt hat, ist eine Diskussion entbrannt, deren Hauptkennzeichen die Selbstbeschwichtigung bildet. Die zeitweilige Festsetzung von Chefs wie in Frankreich, Betriebsbesetzungen wie in Großbritannien sind – so unsere Politiker – im Musterland der Sozialpartnerschaft und des politischen Konsenses undenkbar.

Diese Argumentation verschweigt, dass dem Sozialstaat ein Deal zugrunde liegt: sozialer Frieden gegen Existenzsicherung der LohnarbeiterInnen. Bei Massenentlassungen im großen Stil wird die Gültigkeit des Sozialvertrags

prekär. Denn der „soziale Frieden“ ist keine zweite Haut, deren sich die Lohnabhängigen nicht mehr entledigen könnten. Wie auch der Verzicht auf radikale Kampf-formen nicht zu einer tief verwurzelten deutschen „Mentalität“ gehört.

Natürlich setzen sich die Deutschen nicht umstandslos über das Strafrecht hinweg. Nur die Schwäche der französischen und britischen Gewerkschaften, heißt es

„Soziale Unruhen“ gefährden die Demokratie und fördern den Rechtsradikalismus? Das Gegenteil stimmt

jetzt in der Öffentlichkeit, ihr Mangel an Schlagkraft, mache die anarchischen Aktionen bei unseren Nachbarn möglich. Gewiss, die zentralisierte Verhandlungsmacht der deutschen Gewerkschaften ist größer, auch die disziplinierende Wirkung der Zentrale auf die Basis. Aber auch bei den Mitgliedern ist ein Mentalitätswandel bemerkbar, indem sie mehr autonome Entscheidungsfreiheit fordern.

Hinsichtlich der Kampf-formen hat die kalkulierte Gesetzesverletzung ihren Schrecken verloren und wird zunehmend als ziviler Ungehorsam akzeptiert. Mit dieser Art Ungehorsam teilen die Kampf-formen der britischen wie französischen ArbeiterInnen die Beachtung humaner Grenzen sowie vernünftige Forde-

rungen. Ihre Aktionen werden zwar von Wütenden unternommen, sind aber nicht Ausdruck blinder Wut. Sie geben dieser Wut vielmehr eine Form, die Lösungen ermöglicht. Die Festsetzung der Chefs geht in voller Öffentlichkeit vor sich und wird von viel Sympathie begleitet, den Chefs selbst wird kein Haar gekrümmt. Schließlich: Positive Verhandlungsergebnisse folgen.

Jetzt heißt es, „soziale Unruhen“ kämen stets den Rechtsradikalen zugute und gefährdeten die Demokratie. Das Gegenteil stimmt. Nur die kampflöse Hin-nahme von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Demontage bereitet der Sehnsucht nach dem neuen Führer und damit dem Rechtsradikalismus den Boden.



4 190254 802300

DAS GIBT ZU DENKEN

Kevin Smith, 21, aus Virginia, USA, hat eine neue Form des Tagebuchs entwickelt, an dem alle mitschreiben können. Bei „Secret Tweet“ kann man, anders als bei der Mutter Twitter, anonym Nachrichten online stellen. Es funktioniert ähnlich wie Kommentarschreiben im Blog. Man geht einfach auf die Seite secrettweet.com und tippt, ohne sich zu registrie-

ren, sein Geheimnis ein. Mittlerweile lesen und posten Tausende dort ihre Geständnisse. Diese reichen von wirklich unterhaltsamen – „Ich hab von meiner Oma 40 Dollar zu Ostern bekommen und es für Drogen ausgegeben. Sorry, Oma!“ – bis hin zu vermeintlich sehr ernsten: „Alle denken, mein Vater und ich seien beste Freunde. Doch in Wirklichkeit hat er mich missbraucht und ich gehorche ihm.“ Geschützt durch die Anonymität braucht man jetzt mit seinen Sorgen und Ängsten nicht mehr allein zu sein. Ob dies sich als neue Art der Therapie etabliert oder nur weiteren Raum für anonyme Dummheiten gibt, ist allerdings fraglich.



Foto: Image Bank/Getty

DIE KLEINE WORTKUNDE

Ein I für Italien

[¹fiat]

Fiat steckt in Schwierigkeiten

Am 1. Juli 1899 hatten sich in Turin acht Herren zwecks Gründung eines Automobilunternehmens zusammengeschlossen und suchten nach vollbrachter Tat nach einem Firmennamen. Sie verfielen auf die blendende Idee, ihr Werk Fabbrica Automobili Italiani a Torino zu nennen, was in der Abkürzung der Anfangsbuchstaben den Namen „Fiat“ ergab.

Damit war der göttliche Segen gesichert, heißt es doch in 1. Mose 1,3, der Schöpfungsgeschichte, in der lateinischen Version „Fiat lux“ = „es werde Licht“ – und es

ward Licht. Mit „fiat/es werde“ ging es zügig voran, so schnell, dass bei dem ersten Modell 3 1/2 HP darauf verzichtet wurde, einen Rückwärtsgang einzubauen. Fiat baute zuerst Luxuskarossen, dann sprachen die Chefs von Fiat, der Agnelli-Clan, erneut ihr „es werde“ und der Kleinwagen erblickte das Licht der Automobilwelt.

Der Buchstabe „I“ für Italien in Fiats Namen sicherte dem Konzern schon mehrfach das Überleben, denn der italienische Staat konnte/wollte nicht zulassen, dass in Turin die Lichter ausgehen. „Fiat money“, also Überweisung von Milliardenbeträgen an den Konzern zwecks Rettung, stößt diesmal auf Schwierigkeiten. Deswegen heißt jetzt die Fiat-Firmen-Devise: Ex Opel fiat Fiat.

CHRISTIAN SEMLER

Angela gruschelt

STUDI-VZ Deutschlands größtes soziales Netzwerk im Internet mischt sich in den Wahlkampf ein

122 Leute finden Außenminister Frank-Walter Steinmeier gut, immerhin. So können Besucher seines brandneuen Profils auf StudiVZ lesen. Das zusammen mit SchuliVZ und meinVZ größte digitale Netzwerk in Deutschland steigt nun nämlich Web-2.0-mäßig in den Wahlkampf ein. Die nach eigenen Angaben insgesamt 10,4 Millionen wahlberechtigten Nutzer können sich da jetzt „gruscheln“ (grüßen und kuscheln) lassen von Kanzlerin Angela Merkel. Oder sagen, dass sie ihren SPD-Konkurrenten Steinmeier „gut“ finden.

Seit Obama mit einem schlaun Wahlkampf 2.0 vor allem junge Wähler begeisterte, versprechen sich auch die deutschen Parteien von einer starken Internetpräsenz Stimmen. Das zur Holtzbrinck-Verlagsgruppe gehörende VZ-Netzwerk könnte dabei eine wichtige Rolle spie-

len. 70 Prozent der jungen Neuwähler nutzen angeblich das Netzwerk. Gestern stellte die VZ-Gruppe ihre Plattform für den Online-Wahlkampf vor. Die Kandidaten können sich dort mit eigenen Profilen, mit Videos und Fotoalben präsentieren. „Wir haben die technologische Möglichkeiten hergestellt, jetzt ist es an den Kandidaten, sie zu nutzen“, sagt VZ-Chef Markus Berger-de Léon. Allerdings gibt die VZ-Gruppe schon auch zu: Deutschland ist nicht die USA, Merkel kein Obama. Dabei stellt sich die Frage, ob die deutschen Parteien überhaupt bereit sind, die Interaktion von unten – wie das Internet sie theoretisch ermöglicht – zuzulassen. Zur Beruhigung können die Politiker bei StudiVZ unerwünschte Reaktionen direkt löschen. Falls der eine oder andere Steinmeier dann doch nicht so gut findet. KOEN HAEGENS



Bei Obama hat's funktioniert mit der Jugend und dem Internet Foto: AP

Hossa in Halle

ORTSTERMIN Seit sechs Jahren moderiert Florian Silbereisen das „Frühlingsfest der Volksmusik“. Gerne wird über ihn gespottet – dabei ist er unglaublich erfolgreich

VON MAREN KELLER

Im Königreich der Volksmusik ist die Nähe zu den Fans das höchste Gut. Will man dieser Intimität zu irgendeinem Zeitpunkt entgegen, muss man sich schon eine überzeugende Ausrede einfallen lassen, so wie Florian Silbereisen am Samstagabend in Halle an der Saale. Draußen vor einer Toreinfahrt warten zwei Männer und eine Frau. Ihren Star haben sie erspäht, als er den Kopf für einen unachtsamen Moment aus dem Fenster im ersten Stock der Messehalle steckt. Die Frau ruft: „Flori, wir haben alles vorbereitet, nur ein Autogramm.“ Buch, Kamera und Stift werden ihm entgegen gestreckt. Es ist sieben Uhr, in einer Stunde wird er live das „Frühlingsfest der Volksmusik“ moderieren, die Proben laufen schon seit dem Morgen, jetzt soll er also noch nach unten. In seiner Not ruft er seinen Fans zu: „Geht gerade nicht. Ich bin nackt!“, „Nackig ist er“, kichert die Frau während Silbereisen wieder verschwindet.

In der Halle herrscht eine geschäftige Atmosphäre: ein bisschen Revue, ein bisschen LSD, ein bisschen Barock. Eine fünfzig Meter breite Bühne, einer Gartenlandschaft nachempfunden, inklusive Teehaus, Springbrunnen, Pavillon. In der Mitte eine riesige Plastiktorte, dreistöckig, drehbar, rosa, vielfältig einsetzbar. Während der Sendung wird der 27-jährige Silbereisen beinebaumelnd vom obersten Stockwerk moderieren, das Fernsehballer wird auf ihr tanzen.

Es ist eine Geburtstagstorte – die Sendung feiert ihr 15-jähriges Jubiläum. Erst von Carmen Nebel moderiert, seit 2003 von Silbereisen, vom MDR produziert und von Silbereisens Manager geschrieben. Ein Quotengarant, eine krisensichere Festung im Samstagabendprogramm der ARD, fünfmal im Jahr. An diesem Abend sehen 5,34 Millionen Zuschauer zu – und trotzdem wird das eines der schlechteren Quotenergebnisse sein, denn die letzten Shows sahen über 6 Millionen.



Quotenkönig der Volksmusik: Florian Silbereisen Foto: AP

Zwischen den Shows tingelt Silbereisen mit den Volksmusikstars durch die Mehrzweckhallen der Republik. Natürlich liefern die Kritiker Erklärungsversuche für den Erfolg, gerade in Zeiten der Globalisierung und der Krise sehnten sich die Arbeitslosen und die Rentner aus dem Osten nach einer heilen Welt.

Die Menschen wollen Unterhaltung und sie wollen ins Fernsehen. „Abermillionen werden Sie sehen“, verspricht ein Moderator vor Sendebeginn, die Halle jöhlt, per Klatschtest werden die Fanclubs geortet: der Michael-Wendler-Fanclub sitzt vorne, die Helene-Fischer-Fans sind über die ganze Halle verteilt, und zum Flori-Club gehören ja eh alle, die hier sind, irgendwie. Man ist sich nah, nicht nur im übertragenen Sinne. Man sitzt in Plastikschallensitzen, beim Schunkeln berühren sich Arme und Oberschenkel. Noch vor Beginn der Sendung wird man darum aufgefordert, sich einander vorzustellen. Einer davon ist der Halbglatzenträger Herr Wagner, Vollprofi-Fan und Freizeitparkbesit-

zer. Er ist aus Österreich ange-reist und ärgert sich vor der Sendung, als der Anheizer einen Semino-Rossi-Hit mit dem Publikum einüben will. Er singt: „Rot, rot, rot, rot wie die Rosen.“ Herr Wagner korrigiert: „Rot sind die Rosen.“ Er sagt: „Wer ein Fan ist, weiß das.“ Der Moderator singt: „Wie“, Herr Wagner singt: „sind“, besonders laut und deutlich diesmal, wie, sind, wie, sind. Als der Moderator von der Bühne geht, sagt Herr Wagner siegessicher: „Später wird der Text ja auf den Monitoren eingeblendet.“

Wird er dann auch tatsächlich, und Herr Wagner ist versöhnt, er sagt: „Eine Wahnsinnsstimme“, die Glühlämpchensterne leuchten am Kulissenhimmel und Semino Rossi steht singend zwischen magentafarbenen angeleuchteten Säulen, schick wie immer, mit Anzug und Krawatte, ein Weltstar im Königreich der Volksmusik, unbekannt überall sonst. Heute ist er hier, weil sein Erfolg ohne die Volksmusikshows undenkbar wäre. Wenn man so will, sind die Feste der Volksmusik das erfolgreichere

„Deutschland sucht den Superstar“.

Nach dem Auftritt trägt eine Tänzerin eine gold gerahmte Auszeichnung herein, Silbereisen gratuliert Rossi zum Erfolg. Er gibt sich überrascht, hat aber nicht lange Zeit, sich zu freuen, denn zwei weitere Tänzerinnen kommen mit einer weiteren Auszeichnung im goldenen Rahmen: Doppelplatin. Rossi hat mehr als 2,5 Millionen CDs verkauft, mehrere Echos gewonnen, die Alben waren allesamt Chart-erfolge. Das Phänomen zieht sich durch das gesamte Volksmusikreich: Später wird noch der Sänger einer schwedischen Band namens Vikinger auftreten. Die haben in Schweden mehr als 7 Millionen CDs verkauft – trotzdem kennt sie hier fast niemand. Im Gegensatz zu dem Moderator: Silbereisen ist ein Ausnahmetalent, er ist jung und hat Rentner als Fans. Er ist der Thomas Gottschalk der Schunkelmusik und muss den Ruhm mit der ständigen Nähe zu seinen Fans bezahlen. Denn die folgen ihm überall hin.

WENN DIE FDP BEI DEN WAHLEN GEWINNEN SOLLTE, WIRD SIE IHRE VERSPRECHEN EINHALTEN: DEN ATOMAUSSTIEG STOPPEN

Kampf dem Atomguido

Wolf Maahn schmetterte mal einen Song gegen Atom. Der ging so: „Oh, oh, oh, Tschernobyl, das letzte Signal vor dem Overkühl, oh, oh, oh, stoppt die AKW.“

Das war duftend und entsprach dem heiteren Ernst des Post-Tschernobyl Zeitgeistes. Ich sang mit und nudelte falsche Soli auf der atomstrombetriebenen E-Gitarre. Damals in den Achtzigern noch mit ENBW Hardcore-Strom. Widerlich, aber wir waren jung und es gab noch keinen Stromwechsel. Das Maahn'sche Mahnlied ist so heute natürlich nicht mehr drin. Ein knackiger AKW-Protestsong muss sich heute anders anfühlen. Und wir brauchen ruckizucki für den Bundestagswahlkampf kampagnenfähige Slogans und Songs gegen die Kernspaltung.

Daran arbeiten wir bei Ökosex mit Hochdruck, denn wir sind spät dran. Problem: Der Ökosex-Song „Watknall bei Vattenfall“ wird dem Ernst der Atomlage nicht gerecht. Beim taz-Kongress fiel es mir wie Schuppen

von den Haarrissen: Der Atomstreit, oder reißerischer ausgedrückt, der gesellschaftliche Atomkrieg in Deutschland steht vor der Tür.

Da klopf es. Es ist Guido Westerwelle, Umfragekönig im Rezessionsglück. Er möchte uns die Laufzeitverlängerung bescheren. Weil er unter den Aufrechten der Aufrechten, unter den Liberalen der Liberalen ist, wird er zu den FDP-Wahlversprechen stehen. Er, Guido, wird nach seinem fulminanten Wahlsieg (25 Prozent FDP) mit der CDU den Atomausstieg in die Mülltonne der Geschichte kippen und das EEG und damit die Erneuerba-

ren massakrieren. Das ist ein Wurstkaas-Szenario, dessen Probabilität im Angesicht der Umfragewerte erschüttert. Deshalb sollten wir lieber bereits im Wahlkampf aktiv werden, bevor es zu spät ist. Also muss eine Kommunikationskampagne her, die von der Gefährlichkeit der FDP-schen Atombrechstange überzeugt. Vielleicht erst ganz humorfrei, furchteinflößend. Im politischen Diskurs könnte man den Begriff der „Atompartei FDP“ und ihren Vormann als „Atomguido“ einführen. „Neoliberal heißt: Wirtschaft ruinieren, Atomkraft diktieren!“ Zuspitzung, um das eigene Lager zu mobilisieren. „Zurück in die Steinzeit: die Atompläne der FDP.“

Heiter könnte man eine Fotomontage basteln: Guido mit zwei Atommeilern vor der Brust und dann texten wir was mit Atombussen. Insbesondere muss kommuniziert werden: Wer wie die FDP und die CDU das alte Fass wieder aufmachen will, der stürzt die Gesellschaft in einen Kulturkampf, der zu nix führt – außer zu Magengeschwüren, einem frühen Tod und Ehekrach. Und es muss klar werden, dass die Atomfreunde von der FDP die größten Feinde der Erneuerbaren sind. Atombussen gegen Windhose. Bildidee mit stimmungsvoller Solaranlage in den bayerischen Bergen. Naturidyll. Text: „Das Ende des Wirtschaftswunders. FDP killt erneuerbare Arbeitsplätze.“

Na ja. Da müssen wir noch dran arbeiten. Wer hat die besten Ideen im Atomwahlkampf? Danke, FDP. Sie kann zur Renaissance der neuen Antiatombewegung beitragen. Ich hoffe allerdings, dass es vor der Wahl heftig zuckt und nicht erst, wenn der Reaktorkern in die Spree gefallen ist.

Martin Unfried



Foto: privat

ÖKOSEX
Vorschläge für eine Kommunikationskampagne? kolumne@taz.de
Morgen: K.-P. Klingelschmitt Alter Werden

DANIELA WEINGÄRTNER ÜBER DIE KRISE DER EU

Sehnsucht nach der EWG

Laut Forsa-Umfrage plädiert derzeit jeder zehnte Deutsche dafür, die Europäische Union aufzulösen. Jeder Dritte wünscht sich die Rückkehr zur guten alten Wirtschaftsgemeinschaft EWG. Diese Sehnsüchte könnten schneller Wirklichkeit werden, als viele für möglich halten. Denn die mächtigste Institution der EU, der Rat der Regierungschefs, steht derzeit praktisch ohne Führung da. Das EU-Parlament hat sich gestern in eine lange Sommerpause verabschiedet. Die EU-Kommission wird bis Herbst nur noch kommissarisch arbeiten, da sie erst nach der Vertragsreform neu gewählt werden soll. Die Europawahl Anfang Juni fällt damit in ein großes, nebliges Nachrichtenloch.

Seit Tschechiens Premier Mirek Topolánek im März über ein innenpolitisches bedingtes Misstrauensvotum stürzte, führt er die Union nur noch kommissarisch. Der zunächst groß angekündigte und dann zum Arbeitstreffen herabgestufte „Jobgipfel“ am Donnerstag war eine seiner letzten Amtshandlungen. Auf die Frage eines Journalisten, ob er für andere Europäer, die wie er von Arbeitsplatzverlust bedroht seien, eine Botschaft habe, antwortete Topolánek auf seine unter Diplomaten inzwischen gefürchtete nassforschende Art: „Wenn man einen Job sucht, findet man einen.“ Unvergessen ist sein Auftritt Ende März im Europaparlament, als er das amerikanische Konjunkturprogramm als „Weg in die Hölle“ bezeichnete.

Auch der große Bahnhof beim Antrittsbesuch von Barack Obama in Prag geriet zum Desaster. Während der amerikanischen Präsident mit Jubel und Fähnchen begrüßt wurde, hatten die Prager für ihren gescheiterten Premier nur Pfiffe und Buhrufe übrig. Dass sich Staatspräsident Václav Klaus weigerte, auf der Burg die Europafahne zu hissen, machte die Sache nicht besser.

Am Donnerstagnachmittag hatte Topolánek sein Europa-Debüt eigentlich mit der glanzvollen Gründung der Ostpartnerschaft krönen wollen. Sie soll als Gegenstück zur Mittelmeerunion die östlichen Anrainerstaaten an die Union binden, ohne ihnen eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. Die engere Zusammenarbeit mit Weißrussland, der Ukraine, Georgien und drei weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken sieht Tschechien als Kern-

aufgabe seiner sechsmonatigen Ratspräsidentschaft. Doch mehrere Regierungschefs blieben dem Treffen fern. Niemand glaubt, dass die EU derzeit die politische Kraft aufbringt, um den neuen Pakt mit mehr Leben zu erfüllen als die vorsich hindümpelnde Mittelmeerunion.

Das Vakuum an der EU-Spitze ist der Grund dafür, dass die Union ihre Interessen im internationalen Rahmen nicht mehr gut vertreten kann. Gestern gab Topolánek ein letztes Mal den Gastgeber, als bei einem „Energiegipfel“ mit den Ländern der Kaukasusregion in Prag zuverlässige Zusagen über Gaslieferungen und Durchleitungsrechte vereinbart werden sollten. Die EU braucht die Unterschriften unter die Abschlusserklärung dringend, um die Pläne für die Nabucco-Pipeline vorantreiben zu können. Sie soll Erdgas aus der kaspischen Region quer durch die Türkei und Osteuropa bis nach Österreich bringen. Das würde Europas Energieversorgung unabhängiger von russischen Gasquellen machen. Doch Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan verweigerten gestern ihre Unterschrift unter das Dokument, was die Erklärung wertlos macht.

Ab heute steht Jan Fischer, ein parteiloser Statistiker ohne jede EU-Erfahrung, an der Spitze der Union. Er wird beim EU-Gipfel Ende Juni den blassen Gastgeber spielen, wenn ein Fahrplan für Irlands zweites Referendum zum EU-Vertrag ausgehandelt werden soll. Mehr Farbe brächte Staatspräsident Václav Klaus, der bereits damit gedroht hat, an Fischers Stelle nach Brüssel zu reisen. Er wäre die Traumbesetzung für all jene, die die Europäische Union lieber heute als morgen auseinanderfliegen sähen.

Der pfiffige Prager Installationskünstler David Cerny hat inzwischen die Geduld mit seinen Politikern verloren. Zu Beginn der tschechischen Ratspräsidentschaft machte er mit einem Kunstwerk im Brüsseler Ratsgebäude Furore, das die wechselseitigen Vorurteile der Europäer auf die Schippe nimmt. Gestern erklärte Cerny, die Installation werde am Montag in der EU-Hauptstadt abgebaut und aus Protest gegen die Intrige, mit der Václav Klaus und die linke Opposition die Regierung gestürzt hätten, in Prag ausgestellt.

Die Europawahl Anfang Juni fällt in ein großes, nebliges Nachrichtenloch

PHILIPP GESSLER ÜBER DIE PÄPSTLICHE REISE NACH ISRAEL

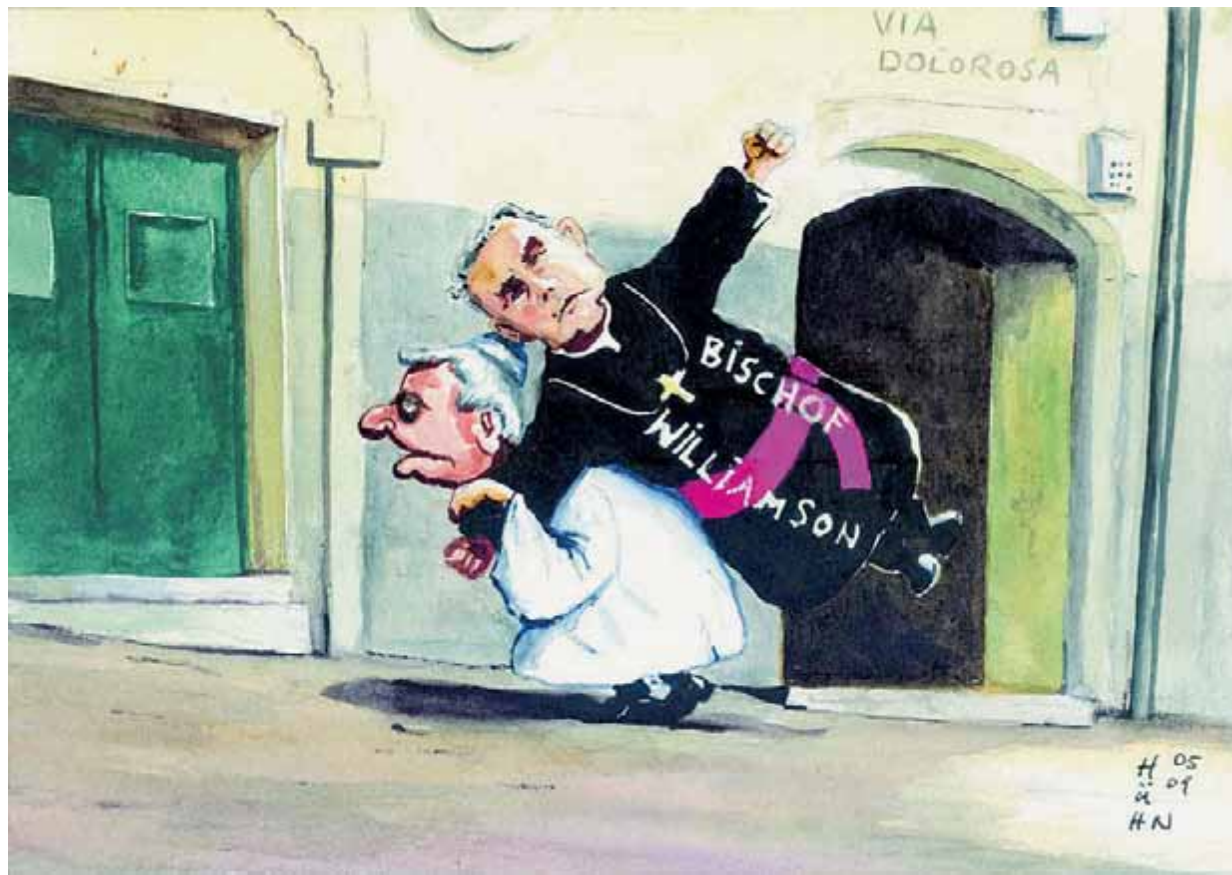
Mehr Demut wagen

Israel-Reisen von Päpsten sind nie einfach. Auch Benedikt XVI. wird es schwer haben. Die Straßen von Jerusalem sind nicht mit Gold gepflastert, sondern mit Fettnäpfchen:

Da ist der ewige Nahostkonflikt, zu dem vom Papst im Heiligen Land bleibende und ausgeglichene Worte erwartet werden. Da sind die Palästinenser, zu einem beträchtlichen Teil christlich, für die der Papst deutlich Partei ergreifen könnte – wenn deren Interessen nicht frontal mit den berechtigten Ansprüchen des jüdischen Staates kollidieren würden, der ohne den Holocaust kaum denkbar wäre. Und schließlich ist da das komplexe katholisch-jüdische Verhältnis. Dieses schien nach der Abkehr vom christlichen Antijudaismus durch das Zweite Vatikanische Konzil seit etwa 40 Jahren entspannt zu sein. Bis das jüngste Gerangel um die Karfreitagsfürbitte, die Judenmission und die Williamson-Affäre offenbarte, wie fragil die große Annäherung von Rom

und Jerusalem in Wirklichkeit ist. Und wäre das nicht alles schon genug, reist mit Joseph Ratzinger auch noch ein Deutscher nach Israel, der früher Mitglied der Hitlerjugend war. Angesichts dieser Belastungen ist der 82-jährige Pontifex maximus fast ein wenig zu bemitleiden. Muss diese Reise scheitern?

Keineswegs. Natürlich wird seine Reise nach Israel hinter der Pilgerfahrt seines Vorgängers Johannes Paul II. im Jahr 2000 zurückbleiben. Hier verschmolzen Weltpolitik und Lebensgeschichte zu einem bewegenden Spektakel. Benedikt XVI. aber hat die Chance, gerade durch christliche Demut, durch Zuhören und vielleicht durch Schweigen einiges gutzumachen, was in den vergangenen Monaten gründlich schief lief. Die Konstellation im Vorfeld gleicht ein wenig der bei der Türkeireise des Papstes nach seiner sehr missverständlichen „Regensburger Rede“: Du hast keine Chance – aber nutze sie.



Den Zorn kultivieren

PROTESTKULTUR Sozialer Frieden ist nicht das Nonplusultra einer Demokratie. Das Gegenteil ist der Fall: Verordneter Konsens hilft letztlich den Rechten

Die Furcht vor „sozialen Unruhen“ ist die Folge einer Vorstellung von „sozialem Frieden“, die im Justemilieu der alten Bundesrepublik ihren Ursprung hat. Dieser Vorstellung zufolge spannte sich über den Sozialpartnern der Himmel des sozialen Konsenses. Ihn galt es stets zu bewahren und im Falle eines Konflikts so bald als möglich wiederherzustellen.

Die am Konsens als Ziel aller sozialen Auseinandersetzungen orientierte Politik verweigert sich der Einsicht, dass die modernen kapitalistischen Industriegesellschaften von dauerhaften sozialen Konflikten durchzogen sind. Sie können mittels demokratischer Institutionen ausgetragen, durch zeitweilige Kompromisse besänftigt, aber nie so beigelegt werden, wie es die harmonisierende Theorie des sozialen Konsenses verspricht.

Konsens um jeden Preis

Nur von den Interessengegensätzen her kann sich im ökonomischen, politischen und moralischen Bereich die Unterscheidung von links und rechts herleiten, das heißt der Kampf um die Bedeutung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Und weil das so ist, erklärt die marktliberale Theorie „links“ und „rechts“ für atavistisch, für historisch überholt.

Ob nun vor „sozialen Unruhen“ gewarnt wird oder ob die Anklage erhoben wird, die „sozialen Unruhen“ würden herbeigeredet, stets wird diese Rede vom Bild ungezügelter, überbordender Leidenschaften geprägt. Von einer Emotionalität, die den rationalen Interessenausgleich gefährdet und letztlich die demokratischen Institutionen bedroht. Unter diesem Blickwinkel scheinen Leidenschaften in der Politik stets verdächtig. Sie schaffen ein Chaos, das dem Rechtsradikalismus den Weg bereitet. Tatsächlich aber setzt der Gebrauch von und der Einsatz für demokratische Institutionen ein leidenschaftliches Engagement voraus – das allerdings bildet sich nur bei klar unterscheidbaren, gegensätzlichen politischen und ethischen Orientierungen. Wohingegen der ständige Appell an die „Gemeinsamkeit der Demokraten“ zur Entpolitisierung führt, von der schließlich die Rechtsradikalen profitieren.

In der medial geschürten öffentlichen Vorstellungskraft dominiert, wenn von „sozialen Unruhen“ die Rede ist, die Nachtzeit, wo die Autos brennen, Molotowcocktails und Steine auf die Ordnungskräfte niederprasseln, wo es keine Ansprech- und Verhand-

lungspartner aufseiten der Marodeure gibt. Es werden keine Forderungen erhoben, blinde, sich periodisch erneuernde Zerstörungswut regiert. Tatsächlich gab und gibt es, wie zuletzt in der Pariser Banlieue, solche Eruptionen des Hasses auf die Machteliten. Sie verleihen der Empörung Ausdruck, können ihr aber nicht zum Recht verhelfen. Es fehlt an der politischen Übersetzung.

Wie muss eine Institution beschaffen sein, die die elementare Wut aufnimmt, sie auf Dauer stellt, ihr politische Stoßkraft gibt, ohne sie zu domestizieren? Der Philosoph Peter Sloterdijk hat in seinem Buch „Zorn und Zeit“ für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts die Transformation der Wut in „Hasskonserven“ festgestellt, die ihrerseits in eine „Zornbank“ überführt werden konnten. So abwegig Sloterdijks Vergleich revolutionär-sozialistischer Organisationen mit der Tätigkeit einer Bank ist, in die man einlegt und von der man Zinsen erwartet: Die mit dem Vergleich verbundene Problemstellung, die nach Dauer und Festigkeit politischer Leidenschaften fragt, erweist sich als produktiv.

Wut und Zorn, oft synonym gebraucht, müssen voneinander unterschieden werden. Im Begriff des Zorns schwingt im Gegensatz zur Wut stärker das Gefühl mit, dass die Gerechtigkeit verletzt, das Stolz und Würde der Menschen mit den Füßen getreten worden sind. Gottes Zorn trifft diejenigen, die seinen Bund mit dem Menschen verletzt haben. Der Zorn der Werktätigen trifft diejenigen, die den Sozialpakt aufgekündigt haben. Zorn

frisst sich ein, kann andauern. Die massenhafte Zornproduktion erlebte ihren ersten Aufschwung, als Schröders „Agenda 2010“ ins Werk gesetzt wurde. Es folgte der Abschwung. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, also seit 2008 akkumuliert sich erneut der Zorn.

Zornakkumulation hierzulande

Jedoch hat in Deutschland die Zornakkumulation bislang nicht ausgereicht für einen neuen Zornschub, für soziale Aktionen. Ein Teil der Erklärung liegt in der Demobilisierung der ArbeiterInnen, die der Niederlage im Kampf gegen Harz IV folgte. Weil dies so ist, scheinen die Gewerkschaften die Zornkonserven fest verschlossen zu haben. Aber kann daraus geschlossen werden, dass die möglichen Träger „sozialer Unruhen“ unter der Arbeiterschaft fest im Griff sind? Dass sich Aktionen, bei denen sich die Emotionalität der Zornigen Bahn bricht, auch künftig ausgeschlossen sind?

Selbst seitens linker Aktivisten wird bei uns die Meinung vertreten, Zornaktionen wie in Frankreich oder Großbritannien seien in Deutschland einfach undenkbar. Dafür Sorge schon der tief eingefressene Legalismus der deutschen Arbeiterbewegung. Betriebsbesetzungen? Chefs einsperren und zu Verhandlungen über einen Sozialpakt zwingen? – Nicht bei uns!

Wer so redet, handelt nach der Maxime „Alles verstanden, nix kapiert“. Juristisch betrachtet erfüllt jede erfolgreiche Straßenblockade bei uns den Straftatbestand von Nötigung respektive Freiheitsberaubung. Gleiches gilt von Ketten gegen Streikbrecher. Solche Aktionen teilen mit dem zivilen Ungehorsam ein sorgfältiges Kalkül der eingesetzten Mittel.

Schon jetzt wird die Sorge vor „sozialen Unruhen“ und deren möglicherweise kriminellen Charakter von der Bevölkerung nicht geteilt. Laut jüngster Umfragen äußerten 58 Prozent der Befragten in Berlin, sie hätten Verständnis für gewalttätige Proteste und Demonstrationen in Frankreich, die sich gegen Banker und Manager richten.

Wer sagt eigentlich, dass vom Zorn angeschobene und alimentierte Aktionen nicht zu vernünftigen Ergebnissen führen können? Wer ist sich so sicher, dass es immer einer zentralisierten Führung bedarf, damit die eingesetzten Kampfformen nicht außer Kontrolle geraten? Keine Angst vor sozialen Unruhen, wir brauchen sie!

Wer stets den Konsens fordert, gefährdet die Demokratie. Keine Angst vor sozialen Unruhen, wir brauchen sie!

Christian Semler

■ arbeitet seit 1989 bei der taz. Wiewohl in den 1970ern aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, hat er sich stets für die Belange der Arbeiterbewegung interessiert und eingesetzt.

Foto: Wolfgang Borrs



CHRISTIAN SEMLER

SVEN HANSEN ÜBER DEN TOD DES TAMILFÜHRERS PRABHAKARAN

Krieg beendet, Gewalt bleibt

Sri Lanka ist zu wünschen, dass die Niederlage der Tamil Tigers (LTTE) zum Frieden führt. Der von der Regierung vermeldete Tod des brutalen Tamilenführers Velupillai Prabhakaran dürfte die Chancen dafür erhöhen. Angesichts der menschenverachtenden Art, mit der dieser Sieg auf dem Rücken von hunderten Tausenden meist tamilischen Zivilisten erkämpft wurde, ist mit einem Ende der Gewalt jedoch nicht zu rechnen.

Die Kriegsführung und ihre politisch-propagandistische Begleitmusik der letzten Monate haben erneut gezeigt, dass Tamilen Grund haben, sich gegen die dominante singhalesische Politik aufzulehnen. Das tamilische Drama besteht darin, dass die LTTE mit Selbstmordattentaten, Kindersoldaten und „menschlichen Schutzschilden“ sowie der Ermordung gemäßiger Tamilen Widerstand leistete. Diese Brutalität schadet nicht nur den berechtigten Anlie-

gen der Tamilen, es kostete auch Zehntausende das Leben.

Doch die Regierungsseite agierte nicht nur kaum menschlicher. Bisher war auch bei ihr nicht zu erkennen, dass sie die ethnischen Beziehungen auf eine neue Grundlage stellen will. Dies wäre aber nötig, um den Tamilen nach dieser Niederlage einen erfolgversprechenderen Weg zu Autonomie und Gleichberechtigung zu öffnen.

Um neue Gewalt zu verhindern, müssten zudem die betroffenen Zivilisten schnell versorgt und eine unabhängige Untersuchung mutmaßlicher Kriegsverbrechen eingeleitet werden. Die Ignoranz der vom Sieg be rauschten Regierung gegenüber der internationalen Gemeinschaft lässt jedoch fürchten, dass es nie dazu kommen wird. Ohne Aufarbeitung und Verurteilung schwerer Menschenrechtsverbrechen dürfte aus dem Teufelskreis der Gewalt nicht auszubrechen sein.

CHRISTIAN SEMLER ÜBER DIE DEUTSCHE POLIZEI BEI TAMILISCHEN PROTESTEN

Diplomatisch, aber gefährlich

Die Blockadeaktionen tamilischer Demonstranten vom Sonntag zeigen erfreuliche Lernfortschritte bei der Polizei.

Eigentlich hätten die Einsatzkräfte bei der Schienenblockade auf dem Frankfurter Hauptbahnhof sowie bei der Autobahnblockade bei Düsseldorf die Blockierer umstandslos und gewaltsam abräumen können. Für ein solches rabiaten Vorgehen gab es polizeiliche Vorbilder, zum Beispiel bei Blockadedemos der Kurden. Stattdessen verhandelte die Polizei und erreichte – nach zwei Stunden – den freiwilligen Abzug der Demonstranten. Damit respektierten die Einsatzkräfte eine Grundregel für den Umgang mit zivilen Widerstandsaktionen: Gelegenheit zum Protest geben, verhandeln, die Aktion friedlich beenden.

Allerdings hat dieses positive Ergebnis einen Pferdefuß. Eine weitere Grundregel des zivilen Ungehorsams besagt, dass der Gesetzesverletzer die anschließende Strafe annimmt. Diese sollte allerdings – dem legitimen An-

liegen des Gesetzesbrechers folgend – eher symbolischen Charakter tragen. Gerade diese Spielregel aber wurde im Fall der tamilischen Blockierer in ihr Gegenteil verkehrt. Denn auf die erfolgte Feststellung der Personalien folgt keine symbolische Strafe, sondern es drückt der Paragraf 54 des Aufenthaltsgesetzes. Dieser besagt, dass auch bei Vorliegen einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung bereits die bloße Teilnahme an einer illegalen Demonstration Grund für eine Ausweisung sein kann.

Verschärft werden könnte diese Sachlage zudem, wenn seitens der Sicherheitsorgane festgestellt wird, dass an den Blockadeaktionen die Auslandsorganisation der Tamil Tigers (LTTE) führend beteiligt gewesen wäre. Diese Organisation steht auf der Terrorliste der Europäischen Union. In diesem Fall ginge die Abschiebung der tamilischen Demonstranten ruck, zuck über die Bühne. Wachsamkeit, dass das nicht passiert, ist also weiterhin Bürgerpflicht.

Der kulante Umgang mit den Blockierern bannt nicht die Gefahr ihrer Abschiebung

NADINE MICHEL ÜBER SIGMAR GABRIELS AUSWEICHTAKTIK

Flüchtiger Umweltminister

Statt den Kontakt zu den Bürgern zu suchen, suchte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) am Montag lieber den Hintereingang – und ging damit einer Protestaktion gegen den Bau von Kohlekraftwerken aus dem Weg.

37.000 Unterschriften, die innerhalb eines Jahres gegen die klimaschädlichste Energiequelle gesammelt wurden, bringen einen deutlichen Protest zum Ausdruck. Warum nimmt ihn Gabriel nicht mit dem gebührenden Respekt wenigstens zur Kenntnis? Der notorische Zeitmangel von PolitikerInnen scheidet in diesem Fall als möglicher Grund aus. Da Gabriel ohnehin zur anschließend stattfindenden Konferenz zur Anpassung an den Klimawandel gekommen war, hätte eine kurze Reaktion auf die Forderung nach einem neuen CO₂-Gesetz den Zeitplan nicht gesprengt.

So unsouverän Gabriels Verhalten erscheint – es passt in das Gesamtbild, das Gabriel derzeit als Umweltminis-

ter abgibt. Denn einerseits zeigt er sich stets relativ offen gegenüber Umweltschutzorganisationen und pflegt den Kontakt zu ihnen. Andererseits scheut Gabriel bei genau einem Thema die Auseinandersetzung mit ihnen: der Kohlepolitik. Kein Wunder, lässt sich bei diesem Thema als SPD-Minister schlecht bei dieser Klientelpunkten. Die Parteilinie wahrt strikt die Interessen der Kohleindustrie.

Auf der Klimakonferenz dann sagte Gabriel, Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel würden umso kostengünstiger, je mehr für den Klimaschutz getan werde. Das ist so weit richtig. Allerdings sind Kohlekraftwerke mit Sicherheit keine geeignete Maßnahme, um dem Klimawandel vorzubeugen. Insofern wird die Gesellschaft die Kosten, die sie jetzt nicht in alternative Energien steckt, dann in jene Anpassungsmaßnahmen investieren müssen, die ein Leben unter veränderten Klimabedingungen erfordert.



Adam-Riese-Preis für Westerwelle

Lafontaines Freaks

LINKSPARTEI Warum profitiert Die Linke nicht vom allgemeinen Linkstrend? Warum lässt sie sich von ihren Sektierern so billig vorführen?

Wenn man heutzutage ein Gespräch über die Finanzkrise führt, stellt meist sehr bald einer der Konversationspartner die Frage: Warum kann die Linke eigentlich nicht profitieren?

Damit ist gelegentlich „die Linke“ im Sinne von „die Linken“ gemeint, also als weltanschauliche Strömung, oder „die Linke“ als Die Linke, also die Partei. Auf diese Frage kann man dann eine Reihe kluger, feinziseliertes Antworten geben, etwa, dass die Bürger in Momenten der Unsicherheit oft auch zum Vertrauten tendieren, und auch noch drei, vier andere treffende Argumente anführen. Man könnte aber auch darauf hinweisen, dass die Partei Die Linke im Moment ihrer größten Chance innerlich gelähmt ist.

Einzelne „Realpolitiker“ kehrtender Partei in den letzten Tagen den Rücken. Noch viel mehr sind frustriert oder in der inneren Emigration. Das betrifft aber nicht nur Mainstream-Realos, die ihre Partei zu einer sozialdemokratischen Sozialdemokratie machen wollen, sondern auch die vielen unorthodoxen Linken, die darauf hofften, ihre Partei könnte ein produktives Sammelsurium aus Keynesianern, schrägen, hippen Junglinken, eigensinnigen Milieus der Dot.com-Generation und unkonventionellen Lebenskünstlern werden. Für sie alle stellt sich die Frage, ob der größte „Erfolg“ der Linkspartei nicht ein Weg in die Sackgasse war.

Graustichige Oposozialisten

Mit dem Eintritt Oskar Lafontaines und der Fusion mit der WASG gelang der Partei die Westausweitung. Sie erbt dafür aber auch alle Frustrationen und alle Sektierer der westdeutschen Linken. Alle Verlierer der Geschichte, die schon ein habituelles Ressentiment gegen Modernisierung jeder Art haben, die bei jedem unkonventionellen Gedanken das Kapitulantentum vor dem Klassenfeind wittern und die nach K-Gruppen-Art jeden, der eine Nuance anders denkt als sie, als bekämpfungswürdigen Gegner sehen. Man muss nicht lange mit Spitzenfunktionären dieser Partei reden, um zu spüren, wie viel Animositäten sich zwischen den Parteiströmungen aufgestaut haben. Das Parteiklima ist miserabel. Wie soll da noch produktive Politik möglich sein?

Seit vielen Monaten schon prognostizieren Beobachter, dass dieses Ge-

misch mal explodieren müsse. Dass dies bis dato noch nicht geschehen ist, liegt an der Kompromissbereitschaft der Realisten. Realisten sind gerne kompromissbereit, weil sie finden, dass ein großer Krach mehr schadet als nützt. Sektierer sind nie kompromissbereit, weil eine kleine, verengte Partei, die exakt ihre Meinungen vertritt und keine anderen, das ist, was sie sich wünschen. Deshalb haben relativ wenige Sektierer oft die Möglichkeit, relativ vielen Realisten ihre Meinungen aufzuzwingen. Ihr Erpressungspotenzial ist einfach höher. Wenn der Realist mit Krach droht, sagt sich der Sektierer: Droh du nur, ich weiß ja, du willst keinen Krach. Wenn der Sektierer mit Krach droht, weiß der Realist: Der meint es ernst, weil der das innerparteiliche Gehäue liebt. Der Sektierer weiß, der Realist wird sich nicht einmal wehren, wenn er ihm alle seine Leute von der Kandidatenliste räumt.

Sicherlich haben die Maximalisten ein scheinbar „realpolitisches“ Argument auf ihrer Seite: Wenn plötzlich alle wieder für einen aktivistischen Staat sind, dann muss man drauf satteln und noch schärfer sein als die anderen, um die „Unique Selling Proposition“ zu wahren. Eine solche Argumentation paart jargonhaften Antikapitalismus mit der Logik der Markenartikler auf kurioseste Weise. Aber das ist nur die komische Seite der Sache. Eine Partei, die ihre politische Linie für richtig hält und die diese auch glaubwürdig zu vermitteln versteht, würde den Umstand,

dass sich andere ihrer Programmatik annähern, nicht als Bedrohung erleben, sondern als Bestätigung. Ist das Gegenteil der Fall, werden die Wähler an der Ernsthaftigkeit einer solchen Partei Zweifel hegen. Und das ist, gerade in ernsteren Zeiten, keine Empfehlung.

Dabei geht es, nur um nicht falsch verstanden zu werden, nicht um Forderungen wie einen Mindestlohn von 10 Euro. Für einen solchen spricht manches. Es geht um eine Haltung, darum, dass die graustichigen Oposozialisten das Diktat führen. Darin steckt ein Schuss Tragik, denn heute gäbe es ein erstaunliches Maß an Offenheit gegenüber Der Linken.

Renovierter Keynesianismus

Selbst im bürgerlichen Milieu sind längst viele zu der Einsicht gelangt, dass die wirtschaftlichen Konzepte, die vor elf Jahren der Finanzminister Oskar Lafontaine und sein Staatssekretär Heiner Flassbeck propagierten, die richtigen sind. Aber was ist eigentlich aus Lafontaine geworden? Statt die Partei zum Protagonisten dieser Ideen zu machen, erweckt der frühere SPD-Chef und Saarland-Ministerpräsident heute allzu oft den Eindruck, als protegiere er alle Irren, die bei jeder K-Gruppen-Spaltung in den vergangenen dreißig Jahren im Westen mit von der Partie gewesen sind. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, freilich einer, an dem nicht viel lustig ist. Nach zwanzig Jahren neoliberaler Dominanz ist eine Linkspartei, die sich selbst politikunfähig macht, so sinnvoll wie ein Kropf.

Weil das alle Kraft absorbiert, kann die Linkspartei von der gegenwärtigen gesellschaftlichen Orientierungskrise nicht profitieren. Was wäre, knapp gesagt, heute ein Leitmotiv für eine moderne linke Kraft? Ein renovierter Keynesianismus, der aber nicht den Formatierungen der Siebzigerjahre nachhängt, sondern der die Freiheitsgewinne versteht, die der Postfordismus auch mit sich brachte. Einer, der erklärt, warum „mehr Staat“ nötig ist, und vermittelt, dass er die Gefahren eines simplen Etatismus durchaus kennt. Meinnetwegen: ein linker Linkliberalismus. Oder ein linksliberaler Sozialismus. Dass der schwer zu realisieren ist, ist die eine Sache. Dass man dahin mit Sicherheit nicht kommt, wenn man in die Gegenrichtung marschiert, ist aber so sicher wie das Rotfront im Gebet von Lafontaines Freaks.

ROBERT MISIK

Robert Misik

■ lebt als freier Publizist und Buchautor in Wien und schreibt regelmäßig für die taz, für Falter und Profil (siehe auch www.misik.at). Gerade ist sein neuestes Buch erschienen: „Politik der Paranoia. Gegen die neuen Konservativen“ (Aufbau Verlag).



Foto: privat

ERICH RATHFELDER ÜBER JOE BIDENS BALKANRUNDREISE

Die Nato als Brücke zur EU

Für den US-Vizepräsidenten Joe Biden sind während seiner Balkanrundreise die Stationen Bosnien und Herzegowina und Kosovo eigentlich Heimspiele. Denn die Mehrheit der Menschen in Bosnien und die überwältigende Mehrheit im Kosovo setzen ihre Hoffnung darauf, dass nach dem Missmanagement der Bush-Administration und dem vielfachen Versagen des uneinigen Europa endlich wieder an die Clinton-Zeit angeknüpft wird.

Die politischen Forderungen sind klar: Benötigt wird in Bosnien eine neue Verfassung, die den Gesamtstaat stärkt, und im Kosovo ein Ende der Rumeierei der UN-Repräsentanten und der Eulex-Mission in Bezug auf den Status des Kosovo. Beide Wünsche wird Biden in Sarajevo und Pristina als Ziele der US-Politik ankündigen. Mit der Bestallung eines Sonderbeauftragten für die Region könnte dieser Politik Nachdruck verliehen werden.

Schwerer wird es für Biden in Serbien. Der erhoffte Neuanfang in den Beziehungen kann ja nicht nur den Serben Opfer abverlangen. Biden muss auch ihnen ein faires Angebot machen. Und das ist die – bisher nicht gerade enthusiastische – Unterstützung der USA für die Mitgliedschaft Serbiens in der Nato, für die Einbindung Belgrads in die supranationalen Strukturen des Westens mit dem Ziel einer EU-Mitgliedschaft.

Zehn Jahre nach dem Nato-Krieg gegen Serbien will die Mehrheit der Serben selbst in der Nato sein. Für die Bevölkerung des Balkans insgesamt bedeutet die Nato eine Sicherheitsgarantie, Kriege auf dem Balkan würden dann unmöglich. Als Mitglieder der Nato haben sie bessere Aussichten, den Sprung in das Europa der EU zu schaffen. Proteste gegen die Nato wird es anders als im längst abgesicherten Westen daher nur von serbischen nationalistischen Extremisten geben.

KARIM EL-GAWHARY ÜBER DAS TREFFEN OBAMA-NETANJAHU

Ändert sich etwas?

Ermutigt von Obama, enttäuscht von Netanjahu: mit diesem einen Satz lässt sich das amerikanisch-israelische Gipfeltreffen aus arabischer Sicht zusammenfassen. Selten wurden Widersprüche so offen vor allen Kameras ausgetragen.

Obama spricht von der Zweistaatenlösung als „historische Gelegenheit“ und er fordert ein Einfrieren des Baus israelischer Siedlungen. Netanjahu bietet lediglich vage an, mit den Palästinensern verhandeln zu wollen. Viel lieber hätte er über die iranische Bedrohung geredet.

Klar ist: die USA und die Europäer werden Netanjahu so lange im Würgegriff halten, bis er das magische Wort „Zweistaatenlösung“ ausspricht. Womit lediglich der Prä-Netanjahu-Status wieder hergestellt wäre: Verhandlungen über einen palästinensischen Staat bis zum St. Nimmerleinstag, während im Westjordanland durch den Siedlungsbau stetig neue Fakten geschaffen werden: Die „Zweistaatenlösung“ – ist nur mehr eine Worthülse.

Knackpunkt für eine Wende der US-Nahostpolitik ist also Obamas Forderung nach einem Stopp des Siedlungsbaus. Wenn er das nicht nur verbal ausdrückt, sondern auch gegenüber Israel durchsetzt, schafft er tatsächlich neue Parameter im Nahen Osten und Raum für ernsthafte Verhandlungen.

Bleibt noch das nicht unerhebliche Problem, dass die Verhandlungspartner, die Palästinenser und die gesamte arabische Welt hoffnungslos untereinander zerstritten sind: zwischen einem moderaten Lager, das verhandeln will, und einem radikalen Lager, das das Wort „Widerstand“ auf seine Fahnen geschrieben hat. Schafft Obama eine Atmosphäre, in der der arabischen Glauben gestärkt wird, doch am Verhandlungstisch voranzukommen? Erst dann hätte er im Nahen Osten eine neue politische Dynamik eingeleitet, die den Moderaten endlich etwas in die Hand gibt und die Radikalen darüber nachdenken lässt, sich doch besser im politischen Prozess einzubinden.

Nur wenn Obama Israels Siedlungsbau stoppt, können die Moderaten wieder verhandeln

ANDREAS WYPUTTA ÜBER DAS CHAOS BEI DER WEST-LB

Überforderter Finanzminister

Ausgerechnet an dem Tag, als WestLB-Chef Heinz Hilgert zurücktrat, als in der Landeshauptstadt Düsseldorf Chaos ausbrach, war Nordrhein-Westfalens Finanzminister Helmut Linssen ins beschauliche Kleve am Niederrhein geflüchtet. Statt nach einem Ausweg aus der Führungskrise der einstigen Landesbank zu suchen, gab der Christdemokrat bei der Bäckerinnung den Ehrengast. Vor den geschätzten Handwerkern rasonierte Linssen über Steuern und Schulden – und räumte ein, dass ihm der Überblick fehlt: „Wir fahren auf Sicht.“

Keinen Durchblick hat Linssen auch in Sachen WestLB. Bereits vor vier Jahren hat das Institut seine Aufgabe als Landesbank verloren. Seitdem steht die Bank ohne schlüssiges Geschäftsmodell da – und verspekulierte sich prompt mit hochrisikoreichen Papieren, für die das Land zusammen mit Sparkassen und Kommunen mit 5 Milliarden Euro bürgen musste. Ver-

antwortlich zeichnete: Helmut Linssen. Nach diesem Desaster war eine Fusion mit der hessischen Landesbank Helaba oder der baden-württembergischen LBBW im Gespräch. Linssen aber tauchte ab, bis die EU in der vergangenen Woche den Verkauf und die Halbierung der Bilanzsumme der WestLB bis 2011 verfügte.

Doch selbst nach dieser letzten Warnung unternahm der Minister – nichts. Den Unwillen der Sparkassen, mit weiteren 5 Milliarden Euro zu bürgen, ignorierte er offenbar ebenso wie Rücktrittsdrohungen Hilgerts. Der versichert, Linssen vorzeitig von seinem Abgang informiert zu haben. Ob unfähig oder einfach nur amtsüde: Nordrhein-Westfalens Finanzminister wird zu einer immer größeren Belastung für CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Linssens Ablösung gilt deshalb schon heute als sicher. Fraglich ist nur, ob er noch bis zu den Landtagswahlen 2010 durchhalten muss.



Die Angst vor dem Plebiszit

60 JAHRE GRUNDGESETZ 1989 verhinderten die politischen Eliten, die Revolution der DDR in eine neue Verfassung münden zu lassen. Eine Fehleranalyse

Das es sich in einer provisorischen Unterkunft auch auf Dauer einigermaßen leben lässt, beweist das Grundgesetz, dessen Einführung sich gerade zum sechzigsten Mal jährt. Seltsamerweise wird dieses Datum in der öffentlichen Diskussion kaum mit der zweiten Geburtstagsfeier dieses Jahres, der zwanzigsten Wiederkehr der friedlichen Revolution in der DDR in Verbindung gebracht.

Der Grund für diese sorgfältige Trennung der Feierlichkeiten liegt auf der Hand: Auf beide Feiern fiel ein Schatten. Denn 1989/90 wurde eine große Chance vertan. Es wäre möglich gewesen, die Revolution in der DDR in eine neue Verfassung münden zu lassen. Daraus hätte die Initialzündung für eine Verfassungsdiskussion in beiden deutschen Staaten werden können. Deren Ergebnis wäre eine neue Verfassung des geeinten Deutschland gewesen. „Wäre, hätte“. Es geht nicht darum, einer verpassten Möglichkeit nachzutruern. Sondern Ursachen späterer Fehlentwicklungen im Verhältnis der Ost- zu den Westdeutschen aufzuzeigen. Wenn möglich, aus ihnen zu lernen.

Verfassung als Zielbestimmung

Folgen wir dieser zweiten Bestimmung, so geht es bei der Verfassungsgebung um die Selbstverständigung der Gesellschaft über die Grundzüge ihrer gesellschaftlichen Ordnung. In der Verfassung sagt die Bevölkerung „wir“. „Wir sind das Volk“ war daher eine Verfassungsparole. Wir, die wirklich auf den Straßen Leipzigs demonstrierende Bevölkerung übt die Staatsgewalt aus. Und nicht der abstrakte, ungreifbare Begriff in dem Satz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. „Aber wo“, fragte Brecht, „geht sie hin“?

Zwischen der Revolution und der Arbeit an einer Verfassung, die die Errungenschaften dieser Revolution „fasst“, besteht ein notwendiges Folgeverhältnis. Erst die Institutionen der Verfassung stabilisieren die revolutionären Errungenschaften. Eine solche Verfassung muss sozial inklusiv sein, sie muss alle betreffen und muss durch Volksentscheid beschlossen werden. Hannah Arendt hat in ihrem Werk „Über die Revolution“ von der Verfassung als gesellschaftlichem Gründungsakt gesprochen, als „constitutio libertatis“. Ohne sie verflüchtete sich nichts weniger als die revolutionäre Energie.

In der DDR ergriffen die am Runden Tisch versammelten Bürgerbewegun-

gen und Parteien genau diese Möglichkeit. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches thematisierte das Verhältnis von Staat und Gesellschaft neu im Licht der demokratischen Revolution. Er gab den Bürgerbewegungen Verfassungsrang, stattete sie mit Informations- und Anhörungsrechten aus, verpflichtete die Staatsorgane zur Aktenöffnung, sicherte den individuellen Datenschutz. Der rücksichtslosen Ausbeutung der Natur begegnete er mit Schutzbestimmungen, befestigte die Gleichstellung der Geschlechter. Auch bei den sozialen Grundrechten beließ er es nicht bei schieren Programmsätzen, sondern statuierte Verwirklichungsbestimmungen als Teil der grundrechtlichen Garantien.

Revisionsbedürftige Verfassung

Wäre diese Verfassung von der Bevölkerung der DDR beschlossen worden, so hätten ihre Vertreter mit selbstbewusster Würde in die Verhandlungen zur deutschen Einheit eintreten können. Sie hätten eine Vorleistung erbracht. So aber verhandelte Wolfgang Schäuble die Einigungsdokumente vor allem mit sich selbst.

Dabei bedurfte das Grundgesetz der Bundesrepublik 1989 einer grundlegenden Revision. Allzu deutlich haftete ihm das Misstrauen an, das 1949 ihre Väter (plus drei Mütter im Parlamentarischen Rat) gegenüber jeder Form unmittelbaren Volkswillens, also der direkten Demokratie hegten. Sie hingen dem damals populären Irrglauben an, die plebiszitären Elemente der Weimarer Verfassung hät-

ten Hitler an die Macht gebracht. Das Grundgesetz berücksichtigte ferner nur rudimentär soziale Grundrechte und seine „Neutralität“ in Bezug auf die Wirtschaftsverfassung war stets scheinhaft gewesen. In der Frage der Staatsorganisation bedurfte der Föderalismus einer Neubestimmung.

Schließlich umging das Grundgesetz weitgehend die Rechte derer, die nicht für sich selbst sprechen konnten. In erster Linie die „subjektlose“ Natur. Zur Bearbeitung all dieser Fragen bot der Entwurf des Runden Tisches wertvolles Ausgangsmaterial.

Das Diskussionstabu

Man könnte nun sagen, die DDR-Bevölkerung hat es nicht anders gewollt, während in der Bundesrepublik von vornherein kein Interesse an einer neuen Verfassung bestand. Daran ist richtig, dass die März-Wahlen 1990 in der DDR den Sieg der von der Bundesrepublik gesponserten Parteien brachte, womit die Grundsätze der westdeutschen Parteiendemokratie adaptiert wurden. Dieses Argument verdeckt nun die zentrale Rolle, die die konservativen westdeutschen Politiker und ihre Verfassungsjuristen bei der Abwehr jeder ernsthaften Verfassungsdiskussion in Deutschland spielten.

Auch nachdem der Weg der Vereinigung über den Anschluss der neu gegründeten DDR-Länder an das Grundgesetz beschlossen worden war, wäre eine neue deutsche Verfassung auf dem Boden der Einheit möglich gewesen. Die schließlich eingerichtete Verfassungskommission versandete und die nachfolgenden Beratungen des Bundestages brachten kaum nennenswerte Änderungen zustande. Nichtbeachtung war auch das Schicksal des Verfassungsentwurfs für einen „demokratisch verfassten Bund deutscher Länder“, der 1991 in der Paulskirche vorgestellt wurde.

Die Folgen des damaligen Fehlschlags wirken auch im Bezug auf Verfassungsfragen bis heute fort. Dies zeigte sich exemplarisch, als nach dem Votum Irlands der Lissabonner Vertrag fürs Erste gescheitert war. Damals machten Jürgen Habermas und Daniel Cohn-Bendit den Vorschlag, in der gesamten Europäischen Union eine Volksabstimmung zum Vertragswerk durchzuführen. Dadurch hätte sich die Möglichkeit der Selbstverständigung der Europäer über die zukünftige Gestaltung Europas ergeben. Der Vorschlag wurde von den politischen Eliten nicht einmal erwogen.

Sorgsam wird vermieden, dass die Feierlichkeiten zum Grundgesetz mit denen zu 20 Jahre Mauerfall vermischt werden

Christian Semler

■ arbeitet seit 1989 bei der taz. In den 80er-Jahren war er in der blockübergreifenden Friedensbewegung tätig und unterstützte demokratische Bewegungen im „Ostblock“. 1989/90 sah er im Verfassungsentwurf des Runden Tisches eine große Chance ...



Foto: Wolfgang Borrs

CHRISTIAN SEMLER



die tageszeitung



SCHAUSPIELER JULIANO MER KHAMIS

„Ich war ein dreckiger Jude. Und ein dreckiger Araber“

► sonntaz-Gespräch

Foto: Jenny Nyman



ANGELA MERKEL

Warum gibt es fast keine Linken, die Kanzlerin Merkel (CDU) nicht mögen? ► sonntaz

Foto: ap



HEUTE IN DER TAZ

FUSSBALL Wird der VfL Wolfsburg heute deutscher Meister – und was hieße das für die Welt? ► SEITE 3, 12, 32

TAZ NORD Weit nach Mitternacht soll der Bundestag nächste Woche die Fehmarnbelt-Brücke abnicken. Die große Koalition wolle Gegner einschläfern, sagen sogar SPDler aus Schleswig-Holstein ► SEITE 3, 12, 32

DEBATTE Kein Hessischer Kulturpreis an Navid Kermani? Die Provinzposse des Jahres ► SEITE 11

PRO UND CONTRA Ist Konservativsein wieder sexy? ► SEITE 12

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren.

Hunderte Deutsche fiebern dem heutigen Ausgang von „Germany's Next Topmodel“ entgegen. Im Finale stehen der patente Horst, die patente Gesine und der lustige Peter. Bei der von Norbert Lammert moderierten Megashow geht es um Würde, Charisma, Rhetorik, Überparteilichkeit – und darum, von jemand aufgestellt zu sein, der eine Mehrheit organisiert. Geschlecht und Qualifizierung dürfen keine Rolle spielen. Dennoch gehen alle davon aus, dass Peter nach dem Fotoshoot auf dem Elektrobullen ausscheidet. Danach ruft Lammert: „Horst oder Gesine? Gesine oder Horst?“ Am Ende gewinnt Horst und darf auf das ...

... Cover der nächsten Zeit.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 8.599 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren. Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax 030-25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-25 10 6 94. anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22 **Redaktion:** tel. 030-259 02-0 fax 030-25 1 51 30, briefe@taz.de
taz, die tageszeitung Postfach 610229, 10923 Berlin **taz im Internet:** www.taz.de

„Der Erste, der mich Nigger nannte, war ein Türke“

60 JAHRE GRUNDGESETZ
 Der Deutsch-Rapper Samy Deluxe über den Stand der deutschen Leitkultur aus der Sicht eines Großstädtlers. Fünf Seitenblicke auf 60 Jahre BRD

► sonntaz SEITE 21 bis 25



„Einmal nur ‚Hurensohn‘ gesagt“: Samy Deluxe, 31, gehört zu den erfolgreichsten deutschen Rappern. Er wuchs in Hamburg auf Foto: dpa/Picture-Alliance

KOMMENTAR VON CHRISTIAN SEMLER

Staatsdiener Kurras

Kaum war bekannt geworden, dass Karl-Heinz Kurras ein Stasispitzel war, begann es in der Küche der Verschwörungsspezialisten zu brodeln. Könnte es nicht doch sein, dass Kurras den Studenten Benno Ohnesorg im Auftrag der DDR-Staatssicherheit erschossen hat? Der Historiker Müller-Enbergs, der zusammen mit Cornelia Jabs die Akte Kurras aufgefunden hat, sieht kein Indiz für einen Auftragsmord.
 Aber schon hören wir aus dem Mund des CDU-Sicherheitsexperten Gram, gerade dieser könne nicht endgültig ausgeschlossen werden. Der Verschwörungstheoretiker fragt in solchen Fällen nicht nach den Fakten, sondern: „Wem nutzt es?“ Hat nicht die Tötung des Studenten Ohnesorg zur Ausweitung, zur Radikalisierung der Studentenrevolte und zu einer nachhaltigen

Delegitimierung des Westberliner Senats geführt? Da spielt es keine Rolle, dass die Akten eher von der Furcht der Stasileute sprechen, Kurras könnte Diener zweier Herren, also auch des Verfassungsschutzes, gewesen sein.

Kurras' Tat bleibt Ausdruck des zur Hysterie gesteigerten Hasses auf die Studentenbewegung

Muss wegen des Aktenfundes jetzt die Geschichte des 2. Juni 1967 neu geschrieben werden? Das, so die Antwort, ist absoluter Unsinn, denn die Tat von Kurras ist und bleibt Ausdruck des zur Hysterie gesteigerten Hasses auf die Studentenbewegung, der in Teilen der Westberliner Bevölkerung und im Westberli-

ner Polizeiapparat grassierte. Hätte die Studentenbewegung einen anderen Verlauf genommen, wenn die Spitzeltätigkeit von Kurras damals aufgedeckt worden wäre? Vielleicht bei einigen westdeutschen Liebhabern der DDR.
 Aber gerade in Westberlin bedurften die linken Studenten keiner Nachhilfe in ihrer kritischen Haltung zum Herrschaftssystem in der DDR. Mangelnde Wachsamkeit, gar Leichtgläubigkeit kann ihnen hier nicht vorgeworfen werden. Der bürokratische, unterdrückerische Charakter des Realsozialismus stand ihnen deutlich genug vor Augen. Eher waren sie geneigt, die repressiven Apparate in beiden deutschen Staaten auf die gleiche Stufe zu stellen. Kein Wunder, dass die Anwerbungsversuche bei der radikalen Linken in Westberlin fast keine Resultate zeigten.

Schockfotos gegen Zigaretten

RAUCHEN Die SPD plant abschreckende Bilder auf Tabakpäckchen

BERLIN taz | Tabakgegner aus Politik und Forschung planen Initiativen zur Durchsetzung von Schockbildern auf Zigarettschachteln. Der Vorstandschef des Deutschen Krebsforschungszentrums, Otmar Wiestler, schreibt im „Streit der Woche“ der sonntaz, die Wirksamkeit solcher Fotos belege ein wissenschaftlicher Report seines Hauses. Damit will er nächste Woche an die Öffentlichkeit gehen. Die SPD möchte die Einführung von Schockfotos, die etwa Raucherlungen zeigen, nach der Bundestagswahl erreichen. Das sagte Carola Reimann, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD: „Schaden werden diese Bilder niemandem außer der Tabakindustrie.“ Die Grünen-Politikerin Ulrike Höfken sagte: „Die Frage des Schutzes vor Nikotin muss einfach neu aufgerollt werden.“ Schockbilder sind in über 20 Staaten Pflicht, darunter Kanada, Brasilien und Belgien. **tow** ► sonntaz SEITE 14

Erschießung von Ohnesorg nicht im Stasiauftrag

BERLIN taz | In der Stasiakte von Karl-Heinz Kurras findet sich kein Hinweis darauf, dass die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg ein Auftragsmord der Stasi gewesen sein könnte. „Die Indizien sprechen eindeutig dagegen“, sagte der Stasiforscher Helmut Müller-Enbergs der taz. Müller-Enbergs hatte die Akte Kurras aufgefunden und dabei neue Erkenntnisse gewonnen, wonach Kurras für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) arbeitete und Mitglied der SED war. Kurras, heute 81, bestreitet, mit dem MfS kooperiert zu haben. Der Kriminalobermeister hatte am 2. Juni 1967 den Demonstranten Ohnesorg in Berlin erschossen. Das gilt als Initiative für die Ausweitung und Radikalisierung der gesellschaftlichen Revolte von 1968. Kurras war vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freigesprochen worden, aus Mangel an Beweisen. Nun wurde gegen ihn erneut Strafanzeige erstattet. Die Berliner CDU fordert Aufklärung und hält einen Auftragsmord im Dienste der Stasi nicht für „völlig ausgeschlossen“. Hinweise darauf finden sich in den Akten nicht. Im Gegenteil: Müller-Enbergs sagte der taz, die Stasi habe danach geprüft, ob Kurras ein Doppelagent sei. **SR** Thema des Tages ► SEITE 2





HEUTE IN DER TAZ



DEUTSCHE BANK Fast 2 Milliarden Euro Gewinn trotz Krise: Wie treibt Ackermann so viel Geld auf? > SEITE 4, 12

BERLIN Für Integration muss der Senat mehr tun – gibt er selbst zu > SEITE 21

AFRIKA Die giftgrüne Revolution in Burkina Faso: Genbaumwolle und Biodiesel > SEITE 5

SARKOZY Frankreichs neue Militärbasis in Arabien > SEITE 11, 12

Foto oben links: ap
Foto oben rechts: dieKleinert

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Die Union wählte sich schon so in Sicherheit. Schwuppdwupp hatte sie, vor gut hundert Tagen, den Retter aus der Krise hervorgezaubert. Karl-Theodor von und zu **Guttenberg**. Endlich einer, der aufrecht gehen, den Anzug faltenfrei tragen und Englisch sprechen kann, ohne zu stottern. Einer, der agil ist und AC/DC mag. Einer, der die Haare schön hat und die junge Blondine dazu. Doch jetzt hat der alte Fuchs Altkanzler Schröder Erschreckendes aufgedeckt. In einer Wahlkampfede stellte er die Kompetenzen von diesem „Baron da aus Bayern“ infrage. Mist, Mist, Mist, das hat die Union doch tatsächlich übersehen: Guttenberg ist

ADELIG und BAYER.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 8.599 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren.
Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax 030-25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-25 1 06 94, anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22
Redaktion: tel. 030-259 02-0 fax 030-25 1 51 30, briefe@taz.de
taz, die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de

NS-Todesurteile immer noch gültig

NAZI-JUSTIZ Die Bundesregierung weigert sich, deutsche Soldaten zu rehabilitieren, die als „Kriegsverräter“ von den Nazis hingerichtet wurden. Union will keine Aufhebung der Urteile, SPD scheut Koalitionskonflikt

BERLIN taz | Auch 64 Jahre nach dem Ende der Nazi-Herrschaft kommt die Rehabilitierung von deutschen Soldaten, die als „Kriegsverräter“ hingerichtet wurden, nicht voran. Über den Umgang mit diesen Opfern der NS-Justiz wird am Freitag im Bundestag debattiert, doch die große Koalition weigert sich, die Urteile gegen „Kriegsverräter“ aufzuheben. 2002 waren Deserteure und Kriegsdienstverweigerer rehabilitiert worden, „Kriegsverräter“ jedoch nicht. Dabei wurden unter dieser Bezeichnung oft willkürlich Unschuldige zum Tod verurteilt.

Linke und Grüne streben die pauschale Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ an. Die Union lehnt dies weiter ab. Der CSU-Politiker Norbert Geis sagte der taz: „Es gibt doch keine neuen Tatsachen.“ Die SPD scheut den Konflikt mit der Union. Juso-Chefin Franziska Droschel fordert jetzt, ihre Partei müsse „noch 2009 die Rehabilitierung durchsetzen“.

> Schwerpunkt SEITE 3

Gnadenlose Nazi-Militärjustiz: Hinrichtung an der Ostfront, ca. 1944
Foto: Getty Images/Hulton Archive



KOMMENTAR VON **CHRISTIAN SEMLER**

Die Urteile vollständig aufheben!

Mitten in den Feiern zum 60. der Bundesrepublik droht ein heikles Thema unterzugehen – es passt auch so gar nicht in das Klima allgemeiner Selbstbeweihräucherung. Noch immer weigert sich die Führung der CDU/CSU, einem Gesetzentwurf zuzustimmen, der die Urteile der Nazijustiz in Sachen „Kriegsverrat“ pauschal kassiert.

Dabei bestehen in der juristischen wie der historischen Fachwelt keinerlei Zweifel am Terrorcharakter des „Kriegsverräter“-Tatbestandes. Wie auch hätte an einem verbrecherischen Vernichtungskrieg Landesverrat geübt werden können? Seit den Arbeiten von Wolfram Wetze weiß man zudem, dass nicht einer der

obligatorisch zum Tode Verurteilten und Hingerichteten auch nur in irgendeiner Weise zum Schaden seiner Kameraden beigetragen hat. Der einzige Versuch, Gegenteiliges zu beweisen, vorgetragen von einem „Sachverständigen“, hat sich als pure Erfindung herausgestellt.

Mit ihrer hartnäckigen Weigerung, der Aufhebung der Terrorurteile in toto zuzustimmen, erweist sich die Führung von CDU/CSU als Traditionsbewahrer der bekannten Art. Weiterhin hält sie an dem Wahngelbilde der „sauberen“ Wehrmacht fest, der man sich folgerichtig auch nicht zu entziehen brauchte respektive durfte. In dieser Logik hatten nur die aristokratischen und großbürgerlichen

Widerständler edle Motive auf ihrer Seite. Der kleine Mann, der vom Hitler-Krieg genug hatte, hingegen handelte aus schäbigen Motiven. Er verletzte das Gebot der „Kameradschaft“, dessen Tradition auch von der heutigen militärischen Führung hochgehalten wird. Aber Kameradschaft war nichts anderes als eine Zwangsgemeinschaft, aus der sich viel zu wenige befreiten. Die Behauptung, die „Kriegsverräter“ wären ihren Kamera-

Brauchen wir jetzt wieder „Kriegsverräter“, um das reine Soldatentum zu feiern?

den in den Rücken gefallen, ist faktisch wie moralisch völlig haltlos. Dies wird heute – nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen – mehrheitlich von der Bevölkerung akzeptiert. Dennoch hält die Führung der Union halsstarrig an ihrer Geschichtsklitterung fest. Angesichts eines Gros von Politikern aller Parteien, die die pauschale Aufhebung der Kriegsverrats-Urteile fordern, und angesichts einer fast einmütigen Haltung der Medien zugunsten dieser Aufhebung gibt es einen einfachen Weg aus der Sackgasse: die Abstimmung im Bundestag zu den Kriegsverrats-Urteilen wird freigegeben – wenn nicht aus Vernunft-, dann aus Wissensgründen.

Kritik an Steuergeschenk für Unternehmen

FINANZKRISE Die große Koalition einigt sich auf eine befristete Entlastung im Umfang von 3 Milliarden Euro. Die Opposition ist empört, Steuerexperte Lorenz Jarass hält die Pläne für „absurd“ und schädlich

BERLIN taz/dpa | Mit zusätzlichen Milliardenentlastungen will die große Koalition die Unternehmen in der Wirtschaftskrise unterstützen. „Wir mussten jetzt vermeiden, dass wir Unternehmen durch unsere eigene Steuerpolitik in eine noch schwierigere Lage bringen“, sagte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zur Begründung.

Zu den Kernpunkten der Einigung zählen Hilfen für Mittelständler bei der Umsatzsteuer und ein höherer Freibetrag bei der Zinsschranke, die die Verschiebung von Gewinnen ins

Ausland verhindern soll. Zudem können Verluste von übernommenen Firmen künftig wieder abgesetzt werden. Damit nimmt die Regierung Teile der erst 2008 in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform zurück, mit der Steuerflucht durch Konzerne und Finanzinvestoren vermieden werden sollten. Die Änderungen kosten rund 3 Milliarden Euro und sollen auf zwei Jahre befristet sein.

Der Steuerexperte Lorenz Jarass von der Fachhochschule Wiesbaden übte scharfe Kritik an den Plänen. Es sei „absurd“, dass

Verlustvorträge bei Firmenübernahmen jetzt wieder steuerlich abgesetzt werden können, sagte er der taz. „Das dient weder der Erhaltung von Arbeitsplätzen noch neuen Investitionen“, sagte Jarass. „Stattdessen werden dadurch Firmenkäufer subventioniert und Finanzspekulanten begünstigt.“

Auch die Änderungen bei der Zinsschranke sieht der Steuerexperte kritisch: Deren Idee sei es gewesen, das Geschäftsmodell von Private Equity Fonds weniger attraktiv zu machen, so Jarass. „Durch die Erhöhung der

Freigrenze wird die Übernahme und Zerschlagung von Firmen wieder interessanter.“

Kritik kommt auch von der Opposition: Der finanzpolitische Sprecher der Grünen, Gerhard Schick, sagte der taz, die „Aufweichung der Zinsschranke nach dem Gießkannenprinzip“ lehne er ab. Die Steuerexpertin der Linksfraktion, Barbara Höll, erklärte, die Pläne erleichterten Unternehmenskonzentration sowie „Steuervermeidung und Steuerhinterziehung“. **MKR, KOCH** > Wirtschaft + Umwelt SEITE 8 > Meinung + Diskussion SEITE 12

Forscher fordern neue Strategie für Afghanistan

BERLIN taz | Die deutschen Friedensforschungsinstitute bezeichnen das internationale Vorgehen in Afghanistan und Pakistan als „politische Flickschusterei“. Die Bundeswehr müsse in Afghanistan derzeit „die fehlende politische Strategie kompensieren“, erklärte Jochen Hippler vom Institut für Entwicklung und Frieden bei der Vorstellung des Friedensgutachtens 2009. Dies könne nicht Aufgabe der Bundeswehr sein. Das Gutachten widmet sich dieses Jahr der Frage, wie man Kriege beendet. > Der Tag SEITE 2



STEFFEN GRIMBERG ÜBER DEN NEUESTEN BAHN-SKANDAL

Nur gute Nachrichten – garantiert!

Noch ist nicht ganz klar, woraus das millionenschwere Rundum-sorglos-Medienpaket der Bahn im Einzelnen bestand. Das angepeilte Ziel liegt aber durchaus offen: Im Sinne des Konzerns sollte Einfluss auf die freie Berichterstattung wie auf die öffentliche Meinung genommen werden, vor allem zur Zeit der kontrovers diskutierten Frage des Börsengangs und des Streiks der Lokführerinnen. Es geht um Leserbriefe, Meinungsumfragen, Radiobeiträge, fertige Artikel – scheinbar alle unabhängig und von honorigen Absendern stammend. In Wahrheit war das ganze aber geschickte PR des Nochstaatsunternehmens.

Nun werden die dafür Verantwortlichen bei der Bahn entlassen. Ralf Klein-Bölting, der Generalbevollmächtigte für Marketing und Kommunikation, ist schon weg. Das klingt auf den ersten Blick honorig und konsequent. Doch geschieht es wohl kaum, weil man im allgemein wenig zimperlichen PR-Geschäft nicht trickst. Sondern allein deswegen, weil es herausgekommen ist.

Die Bahn ist aber kein Einzelfall. Der jetzt von LobbyControl enthüllte Skandal taugt höchstens als besonders üppig finanziertes Beispiel für solche No-Badge-Kommunikation, also die verdeckte Öffentlichkeitsarbeit ohne – oder unter einem falschen – Absender.

Das System ist so einfach wie verlogen: Unternehmen, Lobbyverbände oder unlängst auch Bundesministerien bezahlen zumeist freie Journalistinnen oder entsprechende Pressebüros. Und diese treten dann mit fertigen Artikeln oder Hörfunkbeiträgen an die Redaktionen heran. Weil die heiße Ware ja schon einmal bezahlt wurde, sind solche Angebote häufig günstig oder gleich kostenlos zu haben – kein schlechtes Argument in Zeiten knapper Kassen bei Zeitungen, Zeitschriften oder vielen Sendern.

Die Deutsche Bahn AG befindet sich hier in bester Gesellschaft: 2007 geriet das Bundeswirtschafts- und das Familienministerium wegen verdeckter PR in die Schlagzeilen, 2008 folgte das Gesundheitsministerium. Auch damals ging es unter anderem um vorproduzierte Hörfunkbeiträge.

Und die Antwort der Bundesregierung auf eine noch kein Jahr alte Kleine Anfrage aus der Linke-Fraktion im

Bundestag zum Thema spricht Bände – denn sie steht für die bis heute bei den Auftraggebern solcher PR-Tricks üblichen Auffassung: Man vertrete die „Ansicht, dass es Aufgabe der Medien selbst ist, die ihnen verfassungsrechtlich eingeräumte Freiheit verantwortungsbewusst wahrzunehmen“, hieß es im Juli 2008. Das meint im Klartext: Der Absender ist doch eigentlich unschuldig, schließlich müssen die Medien solches Material nicht übernehmen, sondern seien im Gegenteil im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht ohnehin gehalten, alles nochmal gegenzuchecken.

Dummerweise stimmt das sogar: Redaktionen, die kostenlose Angebote ungeprüft übernehmen, dürfte es eigentlich genauso wenig geben wie solche No-Badge-PR.

Doch die Lage im immer hektischer werdenden Mediengeschäft hat die früher gern beschworene Waffenleichheit kippen lassen: Während mehr und mehr Medienhäuser Redaktionen zusammenstreichen, Honorare kürzen und während im Rennen um „Online First“ die Recherchezeit gegen null tendiert, sind die PR-Stäbe und ihre Handlanger von Jahr zu Jahr besser ausgestattet.

Die Deutsche Bahn AG steht nun sogar unter dem Verdacht, über die von ihr beauftragte PR-Firma Eppa gleich noch einen ganzen Thinktank namens Berlinpolis mitfinanziert zu haben. Dort wird derlei allerdings energisch dementiert, auch wenn die Themenparallelität – Berlinpolis beschäftigte sich 2007 intensiv mit der DBAG, dem Lokführerstreik und dem Bahn-Börsengang – auffällt.

Wie dem auch sei: Berlinpolis selbst jedenfalls macht aus seinen Anliegen gar kein Hehl: Was das „Botschaftenprägen“ angeht, sei man „nicht unerfolgreich“, sagte noch Ende März einer der Berlinpolis-Geschäftsführer – im „Täglich Talk“ des DB-AG-eigenen Werbekanals Bahn TV. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt?

Natürlich nicht. Schließlich haben viele Journalistinnen ja auch die Journalisten-Bahncard der Deutschen Bahn AG – denn die kostet nur die Hälfte: Und wird wie alle von Unternehmen gewährten Journalisten-Rabatte von A wie Air Berlin bis T wie Telefonartikeln natürlich ganz ohne jeden Hintergedanken ausgeteilt. Oder etwa nicht?

Redaktionen, die kostenlose Angebote ungeprüft übernehmen, dürfte es eigentlich gar nicht geben

CECIBEL ROMERO ÜBER DEN NEUEN PRÄSIDENTEN EL SALVADORS

Der gute Quereinsteiger

Der Pfingstmontag wird ein historischer Tag für El Salvador. Zum ersten Mal kommt mit der ehemaligen Guerilla FMLN die Linke an die Macht. Doch es ist nicht ein ehemaliger Comandante, der das höchste Staatsamt übernimmt. Der künftige Präsident Mauricio Funes ist ein bürgerlicher Quereinsteiger. Die FMLN hat ihn als Kandidaten adoptiert, um in der politischen Mitte die Stimmen zu gewinnen, die ihr bei vergangenen Wahlen gefehlt hatten.

Funes machte von Anfang an klar, dass er mit dem sozialdemokratischen Modell des brasilianischen Kapitalismusreformers Lula da Silva sympathisiert und nicht mit dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ eines Hugo Chávez. Die FMLN dagegen unterhält herzliche Beziehungen zum Comandante in Caracas. Im Wahlkampf hielten die Partei und ihr Kandidat diesen Spagat durch. Nach dem Sieg aber wurden die Messer gewetzt. Funes bestand darauf, dass er allein

bestimme, wer in Zukunft das Land regiert. Die FMLN forderte im Kabinett ihren Anteil an der Macht. Herausgekommen ist ein Kompromiss: Schlüsselressorts wie Finanzen und Wirtschaft werden von Funes-Freunden gehalten, die allesamt im Ausland studiert und als Berater für internationale Organisationen oder die Privatwirtschaft gearbeitet haben. Sogar ein ehemaliger Minister der ultrarechten Arena-Partei ist dabei. Die FMLN wurde mit dem Außenressort und vier weiteren Ministerien befriedigt.

Ob der Frieden hält, ist ungewiss. Zum Bürgerfest, das die FMLN am Montag feiert, wird Funes erst später dazustoßen. Chávez und seine Freunde aus Bolivien, Nicaragua, Ecuador und Kuba werden von Anfang an dabei sein. Dass es der FMLN gelungen ist, Arena nach 20 Jahren von der Macht zu verdrängen, ist Grund zum Feiern. Die Macht im Land aber hat die ehemalige Guerilla damit nicht übernommen.



Schönes am rechten Denken

KURRAS-DEBATTE Der Versuch, den linken „Budenzauber“ endlich zu entlarven, ist niedlich. Muss er doch die zentralen historischen Fakten ignorieren

Das schlug tatsächlich ein. Doch nach der ersten Aufregung über die jetzt entdeckte Stasiakte des Polizisten Kurras wäre eine sorgfältige Berichterstattung auf der Grundlage des Aktenfundes angezeigt gewesen. Die rechtslastige Publizistik nutzte dagegen die Kurras-Akte auf vorhersehbare Weise.

Statt sich die neuen Akten anzusehen und sich ein begründetes Urteil zu bilden, statuierte sie kurzerhand, die Geschichte der studentischen Revolte müsse neu geschrieben werden, denn sie sei wesentlich von der Staatssicherheit der DDR beeinflusst oder sogar gelenkt worden. Wer sich dieser Forderung widersetze, sei ein halsstarriger Doktrinär, der um jeden Preis am überkommenen Mythos des 2. Juni als Geburtsstunde der Studentenbewegung festhalten wolle.

Freies Spiel der Ideologie

Reiches Anschauungsmaterial für diese Geisteshaltung bietet der Leitartikel von Thomas Schmid in der Welt vom 27. 5. Schmid macht zwei Tabus aus, an der die linken „Orthodoxen“ im Fall Kurras nicht rütteln lassen wollten: die Verantwortlichkeit der politischen Führung im Westberlin des Jahres 1967 für die polizeiliche Unterdrückung einschließlich der Tötung von Benno Ohnesorg; und die Rolle des Springer-Konzerns, die in der Bevölkerung blinden Hass gegen die Studenten ausgesät habe. Diese beiden Gewissheiten der Linken, so Schmid, müssten jetzt, nach der Entdeckung der Kurras-Akte, überdacht werden.

Das Schöne an Schmid's Ausführungen besteht darin, dass sie ohne Argument und ohne die Berücksichtigung von Tatsachen auskommen. Es waren – unter anderen – die Autoren der taz, die anhand der Stasiakten die Unwahrscheinlichkeit eines Auftragsmords der Staatssicherheit an Ohnesorg nachwiesen. Die taz schloss sich insoweit der Beweisführung des Historikers Müller-Enbergs an, der zusammen mit Cornelia Jabs die Kurras-Akte entdeckt hatte. Gerade der Auftragsmord der Stasi war aber von Blättern der Springerpresse teils insinuiert, teils, wie bei Bild, einfach behauptet worden. Und diese Behauptung diente der Forderung der rechten Publizistik, die Geschichte der Studentenbewegung umzuschreiben, als Grundlage. Darum ging es, das war der Ausgangspunkt des Streits. Hiervon bei Schmid kein Sterbenswörtchen.

Gewiss, der 2. Juni und der Mord an Benno Ohnesorg erwiesen sich als ein ungeheures Ereignis. Es beschleunigte

die Ausbreitung der Studentenrevolte, war aber nicht deren Ursache. Seit Mitte der 60er-Jahre erfochten die linken Studierenden gegen erbitterten Widerstand die Demokratisierung der Hochschulen. Zeitgleich begann die internationale Solidarität mit der kämpfenden Bevölkerung Vietnams, wiederum gegen den erbitterten Widerstand der Westberliner politischen Eliten und des Springer-Konzerns. Diese Bewegungen waren nicht auf Deutschland begrenzt, sondern schon vor dem 2. Juni vielfach international vernetzt. So sieht es auch der Historiker Norbert Frei in seiner Arbeit zu 68 vom letzten Jahr. Über diesen gesamten Tatsachenkomplex muss Schmid hinweggehen, um vom 2. Juni als angeblichen Geburtsmythos der Linken reden zu können.

Schmid gibt sich als Aufklärer, als kritischer und (im Gegensatz zu den linken „Orthodoxen“) auch selbstkritischer Intellektueller. Wie weit dieser kritische Impuls reicht, kann man an Schmid's heutiger Bewertung der Rolle des Springer-Konzerns in den späten 60er-Jahren ablesen. Schmid schreibt in seinem Leitartikel, „dass sich in den überhitzten Jahren 1967 und 1968 einige Blätter dieses Hauses im Ton ge-griffen und die Demonstrierenden auch verunglimpften“. Vor einer solchen servilen Apologetik des Springer-Konzerns würden heute selbst die Werbeleute zurückschrecken, die zurzeit mithilfe von Prominentenstatements das Image der Bild-Zeitung aufzupolieren versuchen. Um die Bedeutung seiner Konversion zum Springer-Journalisten herauszustrichen, ist

Der Mord an Benno Ohnesorg beschleunigte die Ausbreitung der Studentenrevolte, war aber nicht deren Ursache

Christian Semler

■ seit 1989 bei der taz. Semler nahm am 2. Juni 1967 an der Demonstration gegen den Schahbesuch vor der Deutschen Oper in Berlin teil und gehörte zu den Aktivisten der Bewegung „Enteignet Springer“.



Foto: Wolfgang Borrs

Schmid genötigt, das Feindbild derer zu beschwören, die aus schierem Altersstarrsinn immer noch an der Verantwortung des Springer-Verlags für die Hassproduktion in den späten 60er-Jahren festhalten. Schmid, dem Mythentöter, geht es nicht darum, an die Stelle des Mythos den Logos zu setzen. Er will seine eigene „große Erzählung“, den Weg Deutschlands zur Demokratie ganz ohne studentischen „Budenzauber“, als einzig angemessene etablieren. Das harmonische Geschichtsbild in Zeiten der Krise, ganz ohne die produktive Wirksamkeit widerständiger Aktionen. Dies ist die Kernbotschaft eines Autors, der alle linken Tugenden abgelegt hat, um alle linken Laster beizubehalten.

Die Stasi relativiert: Wo?

Um dieser Kampagne zur Delegitimierung der Linken entgegenzutreten, reicht es nicht aus, sowohl an der taz wie am Springer-Verlag Kritik zu üben, scheinbar neutral über den fort-dauernden Kulturkampf um die Deutungshoheit der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte zu reden und mit dem Anschein wissenschaftlicher Haltung den Fakten auszuweichen.

So schreibt Wolfgang Kraushaar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27. Mai zunächst zur Bild-Zeitung, sie sei „wie kaum eine andere Zeitung an die Person des 81-jährigen Kurras geheftet, als wolle sie nun ihr damaliges Schreckbild vom ‚Hetzblatt‘ dementieren“. Eine matte, halbherzige Charakterisierung, die noch dazu den gegenwärtigen Kern der Kurras-Kampagne der Springer-Zeitungen verfehlt. Zur taz aber schreibt Kraushaar: „Die tageszeitung lässt als Spätprodukt der 68er-Bewegung nichts unver-sucht, um die Rolle der Staatssicherheit zu relativieren und das alte Bild vom Polizeistaat aufrechtzuerhalten.“ Beweise für diese Behauptung, wir lieben „nichts unversucht“, wenigstens ein klitzekleines Zitat – null. Diesen Behauptungen gegenüber ist festzuhalten: Weder hat die taz seit der Entdeckung der Stasidokumente zum Fall Kurras vom bundesrepublikanischen oder Westberliner „Polizeistaat“ als altem Bild gesprochen, das aufrechtzuerhalten sei, noch hat sie irgendwo die Tätigkeit der Stasi relativiert. Sie hat sich im Gegensatz zu Kraushaar nur an den Befund der Akten gehalten. Was Kraushaar hier betreibt, ist rechte Propaganda in wissenschaftlicher Verhüllung. Die Anerkennung Thomas Schmid's ist ihm sicher. Aber sie wird teuer erkauft sein.

CHRISTIAN SEMLER

„Die Möbel sind auch schon angekommen“

53. KUNSTBIENNALE VENEZIG In der diesjährigen Ausgabe sollen, wie Biennaledirektor Daniel Birnbaum und sein Kokurator Jochen Volz im Gespräch erklären, das Experimentelle und der Produktionsprozess zeitgenössischer Kunst stark ins Blickfeld rücken

INTERVIEW HORTENSE PISANO

taz: Herr Birnbaum, Herr Volz, blickt man in den neu aufgestellten Palazzo delle Esposizioni, wo Tomas Saraceno sein Netz aus schwarzen Nylonfäden in den Eingangsraum spannt, und sieht die anderen im Aufbau befindlichen Künstler, scheint sich die internationale Ausstellung deutlich zu verjüngen. War ein Kurswechsel in Richtung aktueller Kunstproduktion seit der vorigen Venedig-Biennale fällig?

Daniel Birnbaum: Ob wir jüngere oder ältere Positionen zeigen, diese Frage hat sich für mich so nie gestellt. Denn wichtiger als das Alter eines Künstlers ist die Relevanz, die ein Werk bis in die Gegenwart hat. Bestimmte Positionen sind immer wieder für jüngere Künstlerinnen und Künstler inspirierend. Der Düsseldorf Maler Blinky Palermo ist für mich solch eine Schlüsselfigur, auf den die junge Kunstproduktion reagiert. Von ihm werden wir eine raumbezogene Installation rekonstruieren, die 1976 für Venedig entwickelt wurde. Eine weitere Schlüsselfigur ist Gordon Matta-Clark, dessen Arbeiten erstaunlicherweise noch nie zuvor in Venedig gezeigt wurden. Ein Künstler wie Rirkrit Tiravanija hat sich beispielsweise mehrfach sehr direkt auf sein Werk bezogen. Interessanter ist jedoch, dass nicht nur Matta-Clark für Tiravanija bedeutend ist, sondern auch, dass nach Tiravanija auch das Werk von Matta-Clark anders gelesen werden muss.

Jochen Volz: Korrespondenzen, wie Daniel Birnbaum sie anhand von Tiravanija und Matta-Clark beschrieben hat, lassen sich auch an anderen Beispielen aufzeigen, und wir wollen einige dieser Dialoge in der Ausstellung sichtbar machen: Yona Friedman und Tomas Saraceno, oder etwas entfernter Lygia Pape und Pae White.

2007 war der Eingangsraum im Palazzo delle Esposizioni Sigmar Polke und damit einem etablierten Zeitgenossen vorbehalten. Saracenos Arbeit an der Stelle zu präsentieren, bedeutet schon den Fokus auf die jungen Künstler zu richten, auch wenn sie sich auf die Vorreiter der 60er/70er-Jahre-Konzeptkunst beziehen.

Volz: Der zentrale Raum des Palazzo delle Esposizioni ist sehr groß und recht schwierig zu bespielen. Wir haben uns für Tomas Saracenos Raumarbeit ent-

schieden, weil wir sie für ausdrucksstark halten. Es gibt außerdem sicherlich nicht viele Künstler, die so mit diesem Raum umgehen können.

Erstmals kommen drei neue Einrichtungen im Palazzo delle Esposizione mit dieser Biennale hinzu. Was bedeuten diese Neuerungen für die Ausstellungen und die Biennale insgesamt?

Volz: Während in den vergangenen Jahren dieser zentrale Ausstellungsort der Biennale immer wieder bei Ausstellungsende zurück an die Stadt gegeben wurde, wird er jetzt durchgehend der Biennale Stiftung zur Verfügung stehen. Das bedeutet, dass ganz andere Aktivitäten geplant werden können. Als wohl wichtigster Schritt zieht bereits diesen Sommer das bedeutende Biennale-Archiv in das Gebäude und wird somit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Außerdem sind ein neuer Buchladen, ein neues Café sowie ein Raum für pädagogische Aktivitäten eingerichtet worden. Wir haben drei Künstler gebeten, diese funktionalen Räume als wirklich skulpturale Arbeiten zu gestalten, die Teil unserer Ausstellung sind. Rirkrit Tiravanija hat den Buchladen entworfen, Tobias Rehberger die Cafeteria und Massimo Bartolini einen multifunktionalen Raum für kunstpädagogische Zwecke.

Vor einigen Wochen war ungewiss, ob Tobias Rehbergers Innendesign für die Cafeteria nur ein Modellentwurf bleibt – wie sieht die Situation kurz vor Eröffnung der Biennale aus?

Volz: Es waren viele wirkliche Umbauten nötig, und deshalb ist das Ganze eben eine Operation, die nicht mit einem normalen Ausstellungsaufbau zu vergleichen ist. Jetzt wird aber bereits nach den Entwürfen von Rehberger gemalt, und alle von ihm gestalteten Möbel sind auch schon angekommen.

Birnbaum: Bis zur Eröffnung der Biennale wird alles fertig werden!

Rehberger, Tiravanija, Tillmans – mit vielen an der Biennale beteiligten Künstlern arbeiten Sie seit Jahren im Portikus und an der Städelschule zusammen. In welche Länder sind Sie gereist, um neue Eindrücke zu sammeln?

Birnbaum: Natürlich habe ich mich vor Ort informiert, ich war beispielsweise auf Rechercherei-



Daniel Birnbaum ist der Leiter der 53. Esposizione Internazionale d'Arte in Venedig Foto: Labiennale

53. Kunstbiennale Venedig

Mit 77 teilnehmenden Ländern – mehr als je zuvor – eröffnet die weltweit größte Kunstbiennale, die 53. Biennale di Venezia, in der kommenden Woche, am 7. Juni. Erstmals stehen Daniel Birnbaum, dem Direktor der 53. Venedig Biennale, drei neue Räume – ein Raum für pädagogische Aktivitäten, ein Bookshop und die Cafeteria – im zentralen Ausstellungspavillon, dem Palazzo delle Esposizioni in den Giardini, zur Verfügung, die während der gesamten Biennale Programme aufnehmen. Die internationale Kunstaussstellung im Palazzo delle Esposizioni und in den Industriehallen Arsenale haben Birnbaum und Kokurator Jochen Volz unter das Motto „Fare Mondi“, „Weltenmachen“, gestellt. Ausgehend von wichtigen Vorreitern, die in den 1960ern den Kunstbegriff erweitert haben, etwa Yoko Ono – die wie John Baldessari den Goldenen Löwen für ihr Lebenswerk erhält – oder Gordon Matta-Clark und Blinky Palermo, soll sich ein dichtes Netzwerk aus Korrespondenzen entfalten bis hin zur jungen Kunstgeneration. Die Biennale eröffnet am 7. Juni und läuft bis zum 22. November; Infos: www.labiennale.org

se in China, und einige sehr interessante Positionen, die jetzt dabei sind, habe ich dort kennengelernt. Und aus Indien haben wir Sheela Gowda, Anyu Dodiya, Sunil Gawde und Nikhil Chopra eingeladen. Wir zeigen Arbeiten von mehreren afrikanischen Künstlern, zum Beispiel von Pascale Marthine Tayou. Was Südamerika betrifft, habe ich mit Jochen Volz einen Kenner der Szene an meiner Seite. Es ist aber auch interessant, wie sehr Deutschland als Produktionsland für junge Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt derzeit spannend ist. Ich denke an die Koreanerin Haegue Yang, die Schwedin Nathalie Djurberg oder an Keren Cytter aus Israel, die heute alle in Berlin leben. Aber auch an den Argentinier Tomas Saraceno, der in Frankfurt lebt und arbeitet, oder an Georges Adeagbo aus Benin, der große Teile des Jahres in Hamburg wohnt. Trotz ihrer internationalen Ausrichtung ist die Ausstellung aber nicht das Ergebnis vieler Reisen in möglichst exotische Länder, sondern vielmehr Ergebnis einer Vernetzung mit Kollegen in der ganzen Welt.

Sind die Zeiten vorbei, in denen Biennalen immer neue Länder und Künstler entdecken wollten?

Birnbaum: Man erfindet die Kunstwelt ja nicht alle zwei Jahre neu. Es gab in der letzten Vergangenheit viele Ausstellungen, die mit intensiver Recherche sehr umfassend zeitgenössische Produktion in anderen, nichteuropäischen Kulturen untersucht haben. Darauf kann und muss man einfach aufbauen.

Wie wird sich diese Ausstellung von vorangegangenen Biennalen unterscheiden?

Birnbaum: Jochen Volz und ich wollen keine museale Schau zusammenstellen und haben daher darauf verzichtet, die sehr eigenen Räume der Arsenale mit vielen weißen Wänden zu neutralisieren. Das Besondere an dieser ältesten Biennale ist die historische Gartenanlage mit den verschiedenen Pavillons und die historisch-funktionale Architektur der Arsenale-Hallen. Uns geht es darum, den experimentellen Charakter der Biennale wieder zu betonen. Weshalb also diese Orte hinter weißen Wände verbergen? Wir werden die Kunstwerke auf die Orte reagieren lassen und dieses Konzept der ortsspezifischen Arbeiten so weit ausreizen wie nur möglich.

Was ist mit der Ursprungsidee, das Konzept der Utopia Station auszuweiten? Während der 50. Venedig-Biennale erwies sich das Projekt als anregende Kommunikationsplattform?

Birnbaum: Wir können nicht die gesamte Biennale in eine Utopia Station, also in eine Art Workshop verwandeln. Was wir während der Biennalezeit planen, sind mehrere performative Projekte: Der Moscow Poetry Club wird eine Lesereihe halten, Cerith Wyn Evans und Florian Hecker präsentieren ein Performance-Stück in einem großen Theater und Arto Lindsay bereitet für Venedig eine Parade vor.

Volz: Venedig ist nicht mit der Berlin-Biennale zu vergleichen, wo zuletzt ein Programm an wechselnden Schauplätzen in der Stadt stattfand. Dies war so spannend, weil in Berlin die Biennale mit einer sehr präsenten lokalen Kunstszene korrespondiert. In Venedig hingegen reisen die Kunstinteressierten extra an, sind dann aber meist nur einige Tage in der Stadt.

Birnbaum: Die zeitgebundenen Arbeiten sind ja nur ein Teil der Biennale. Schließlich soll die Ausstellung auch einen visuellen Eindruck hinterlassen, der sich erst durch das Nebeneinander von ortsspezifischen Installationen, Skulptur, Zeichnung, Video, Film, Malerei und Fotografien einstellen wird.

Ortsspezifische Projekte bedeuten einen großen Zeit- und Kostenfaktor. Sie selbst haben von einer Kürzung des Budgets gesprochen. Werden trotz der Finanzkrise alle Projekte realisiert?

Birnbaum: Die Venedig-Biennale ist nach wie vor die weltweit größte Kunstbiennale und so konnten wir auch dieses Jahr unser Ausstellungsbudget mit Förderungen durch Kulturinstitute der jeweiligen Länder oder durch private Stiftungen ergänzen. Die Finanzierung der Projekte steht.

Volz: In Venedig eine Ausstellung zu organisieren, das erfor-

Daniel Birnbaum

1963 in Stockholm geboren, ist seit 2001 Rektor der Frankfurter Kunsthochschule Städelschule und Leiter der daran angeschlossenen Ausstellungshalle Portikus. Er war Kurator der 2. Turin Triennale. Als Kokurator war er bereits an mehreren Biennalen beteiligt: 2008 an der Yokohama Triennale, 2003 an der von Francesco Bonami geleiteten 50. Venedig Biennale und 2005 an der 1. Moskauer Biennale. Seit 1998 gehört Daniel Birnbaum zum Redaktionsteam von *Artforum International* New York und hat zahlreiche Bücher und Essays veröffentlicht. 2007 war er Herausgeber des Buches „Teaching Art: Städelschule Frankfurt am Main“. Birnbaums Kokurator Jochen Volz ist künstlerischer Leiter des Inhotim Centro de Arte Contemporanea in Brumadinho, Brasilien.

dert sehr viel logistisches Geschick. Denn nicht nur die Kunstwerke, sondern auch alle Baumaterialien müssen per Schiff an die Ausstellungsorte gefahren werden. Aber die Biennale selbst hat damit ja nun seit über hundert Jahren Erfahrung, und wir haben die großartige Unterstützung eines kleinen, aber sehr versierten Teams. In diesen Tagen wird beispielsweise Mike Bouchets schwimmendes Haus zu Wasser gelassen und Tamara Grics Rettungsboote schwimmen auch schon.

Was ist mit den italienischen Künstlern, in den Jahren zuvor kritisierte die italienische Presse oft die Unterpräsenz des Gastlandes in der Ausstellung?

Birnbaum: Die Situation hat sich seit 2007 verändert, seitdem beispielhaft Italien einen eigenen Länderpavillon, diesmal mit einer Gruppenausstellung. Ich selbst habe in diesem Jahr die Turin Triennale geleitet und viele Ateliers besucht. In der Biennale zeigen wir nun zehn Künstler aus Italien. Ich denke also nicht, dass erneut Beschwerden kommen.

Ich bin für die Unabhängigkeit der Presse.

Bitte senden Sie mir Informationen zur taz Genossenschaft.

Vorname | Nachname

Straße | Hausnr PLZ | Ort

Telefon E-Mail

Senden Sie diesen Coupon an:
 die tageszeitung | Verlagsgenossenschaft eG | Postfach 610229
 10923 Berlin | oder F (030) 25 90 25 16 | www.taz.de/genossenschaft

Anbiederung statt kritischer Dialog

Die Grünen-nahe Stiftung „Weiterdenken“ in Leipzig sorgt sich um den Weltfrieden und begibt sich auf glattes Terrain. Sie plant am 16. Juni ein Podium mit dem iranischen Botschafter, Ali Reza Sheikh Attar, und einem Experten der Stiftung „Wissenschaft und Politik“, Johannes Reissner. Die Stiftung „Weiterdenken“ will nach eigener Auskunft „in Sachsen Ideen, Orientierung, Engagement und konkrete Konzepte für die sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen, für eine demokratische, libertäre, solidarische und zivile Gesellschaft fördern.“

Mit diesen Gästen? Warum man sich in Sachsen an ein Projekt wagt, an dem sich schon vor Jahren die Zentrale der Böll-Stiftung in Berlin erhoben hat, nämlich an einem „kritischen“ Dialog mit dem Iran, bleibt unklar. Dieser Dialog ist schon damals gescheitert, die oppositionellen iranischen Teilnehmer haben dafür bitter büßen müssen. Sonst ist nichts passiert, als dass die politische Führung des Gottesstaates auf ihrem Weg zur Nuklearmacht entschlossen weitermarschiert ist. Derzeit steht das Regime kurz vor dem Besitz atomarer Waffen, mit denen nicht nur Israel, sondern das politische Gleichgewicht im ganzen Nahen Osten bedroht wird: Erst kürzlich hat es eine Mittelstreckenrakete getestet, die keineswegs die Aufgabe hat, Wettersatelliten ins All zu transportieren.

Den iranischen Botschafter einzuladen fördert die Reformkräfte im Iran nicht

Ob und wie sich die vom Iran ausgehende Bedrohung in den nächsten Monaten wird abwenden lassen, ist eines der Hauptthemen des neuen US-amerikanischen Präsidenten: Indem er versucht, dem israelischen Premier Netanjahu das „Iranargument“ zu entwenden, damit es nicht mehr als Ausrede dafür verwendet werden kann, im Westjordanland weiter zu siedeln, bietet er dem Iran nach Jahrzehnten Gespräche auf Augenhöhe an. Ein Angebot, das bisher von Teheran in keiner Weise honoriert wurde. Im Übrigen können alle Hoffnungen, mit Charmeooffensiven die iranischen Präsidentschaftswahlen zu beeinflussen, jetzt schon als gescheitert gelten. Der wahre Machthaber im Lande, der „Revolutionsführer“ Chamenei, hat sich so eindeutig zugunsten des Israelhassers Ahmadinedschad ausgesprochen, dass dessen Wiederwahl so gut wie sicher ist.

Mit der Einladung wird die Stiftung „Weiterdenken“ also nicht die iranischen Reformkräf-



MICHA BRUMLIK
GOTT UND DIE
WELT

te fördern, sondern lediglich die herrschende Politik prämiieren. Der Botschafter wird erfreut nach Teheran berichten können, dass sich sogar die menschenrechtsfixierten Grünen zu einem realistischen Standpunkt durchgerungen haben: Ist er doch selbst ein Mann, der dem Regime stets handgreiflich zu Diensten war, etwa als Gouverneur der damals aufständischen Provinzen Kurdistan und West-Aserbaidschan von 1980 bis 1985. Aber auch Attars Gesprächspartner Johannes Reissner ist nicht nur ein wertfrei urteilender Experte, sondern Parteigänger der deutschen Exportwirtschaft; vor einiger Zeit las sich das aus seiner Feder so: „Zum Hauptproblem deutscher und europäischer Iran-Politik wurde, dass sie nur unzureichend an Irans Grundinteressen anknüpfte: Sicherheit und Entwicklung. Dabei meint Sicherheit neben territorialer Unversehrtheit vor allem auch Regimesicherheit.“

Als letztes Argument für die Einladung könnte immerhin gelten, dass Stiftungen auch die Funktion haben, innenpolitische Entwicklungen vorwegzunehmen. Allerdings sticht auch diese Karte nicht: Jürgen Trittin, der sich kürzlich mannhaft gegen Waffenexporte an den Opettenstaat Katar ausgesprochen hat, weil das den iranischen Nachbarn verärgern könnte, wird nach der Bundestagswahl mit Sicherheit nicht Außenminister. Sollte es zufällig zu einer Ampel kommen, ist dieser Posten Guido Westerwelle sicher. Trittin wird sich weiter ums Flaschenpfand kümmern.

Wenn also die Einladung des Botschafters die Reformkräfte im Iran nicht unterstützen kann, weil der Eingeladene nicht zu den Reformkräften gehört und die Wahl ohnehin entschieden ist; wenn schließlich nicht einmal die Partei der Grünen von dieser Einladung profitiert und die Einladung nur dazu führt, den Vertreter eines totalitären Regimes aufzuwerten – was soll das Ganze dann noch? Ist hier wirklich weitergedacht worden? Oder war es nicht doch eher gut gemeint, schlaue Gedanken, aber am Ende dumm gelaufen! Einsicht und Umkehr sind noch niemandem negativ angerechnet worden, kurz: die Stiftung „Weiterdenken“ wäre gut beraten, weiter zu denken und die Veranstaltung zum jetzigen Zeitpunkt einfach abzusagen – nach den iranischen Präsidentschaftswahlen sowie weiteren Schritten Obamas wird man weitersehen.

■ Micha Brumlik ist Publizist und Professor an der Universität in Frankfurt am Main

Welcher Couleur wir sind

FLAGGENPARADE Die Ausstellung „Flagge zeigen? Die Deutschen und ihre Nationalsymbole“ in Leipzig beleuchtet die wechselvolle Geschichte von Schwarz-Rot-Gold

VON CHRISTIAN SEMLER

Dem Doppeljubiläum – 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre demokratische Revolution – zum Trotz strahlte Leipzig am vergangenen Sonntagabend nicht in Schwarz-Rot-Gold. Stattdessen beherrschte das düster-schaurige Schwarz allein das Straßensbild. Für dieses Jahr war Leipzig zum internationalen Treffpunkt der Gothic Waver ausersehen worden. Die vielfach variierten, fantasievoll bestickten schwarzen Klamotten und Kostüme erwiesen auch bei dieser individualistisch gesinnten Versammlung die fortdauernde kollektive Prägekraft von Farbsymbolen. „Unser Schwarz drückt“, so eine junge Dame im zeremoniellen Schwarz des spanischen Königshofs, „unser Lebensgefühl aus.“

Zufall oder raffinierte Fügung – die Hofdame hatte sich den zweiten Stock des Leipziger Zeitgeschichtlichen Forums zum Repräsentationsort erwählt. Also

jenes Museum, wo wenige Tage zuvor die Ausstellung „Flagge zeigen“ eröffnet worden war, die sich mit der wechselvollen Geschichte deutscher Staatssymbole beschäftigt. Die ursprüngliche vom Bonner Haus der Geschichte konzipierte und gezeigte Schau beschäftigt sich generell mit Formen staatlicher symbolischer Repräsentation in Deutschland, legt aber besonderes Gewicht auf die Geschichte der schwarz-rot-goldenen Flagge

bis hin zu ihrer massenhaften popkulturellen Akzeptanz anlässlich der Fußballweltmeisterschaften 2006.

Wer befürchtet hatte, hier nur Flachware, also ausgestelltes Papier vorzufinden, wird angenehm enttäuscht. Den Ausstellungsmachern ist es gelungen, eine Reihe von sinnfälligen plastischen Exponaten aufzutreiben, darunter auch vielerlei Nippes, dazu einige bedeutende Gemälde, so ein Werk Walter Mattheuers, des Meisters der Leipziger Schule, und ein Bild aus dem Zyklus „Café Deutschland“ von Jörg Immendorf. Viel zum Materialreichtum hat beigetragen, dass der Geschichte von Staats- und Parteisymbolen in der DDR breiter Raum gewidmet wurde, so dass man sich fast beim DDR-Thema an die damaligen Traditionskabinette erinnert fühlt.

Die Ausstellung ist historisch aufgebaut. Sie erinnert daran, wie in der 48er Revolution Schwarz-Rot-Gold zur Freiheits-

fahne wurde, zeigt, wie in der Weimarer Republik Schwarz-Rot-Gold durch Schwarz-Weiß-Rot, die Fahne der Demokratiefahne Schwarz-Weiß-Rot erneuert, wie schon im Kaiserreich, zur Staatsflagge erhob. Die Ausstellungsmacher haben sich entschieden, der monumentalen faschistischen Staatssymbolik nur wenig Raum zu gönnen.

Der zentrale Trakt der Ausstellung stellt die Geschichte nationaler Symbole in den beiden deutschen Staaten gegenüber. Nach der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni ist die plakative Verherrlichung des SED-Regimes in der Staatssymbolik allgegenwärtig. Abweichende Meinungen, wie noch beim Abriss des Berliner Schlosses, die in der Ausstellung dokumentiert werden, sind dann nicht mehr zu sehen. Die Ausstellung zeigt auch, wie durch die Verleihung von Orden, Plaketten, Urkunden etc. die Parteiführung im Alltagsleben Bindungen an den Realsozialismus herstellen wollte.

Anders die Haltung in der Bundesrepublik zu den nationalen Symbolen. Die Ausstellung erzählt, wie mühsam sich Schwarz-Rot-Gold durchsetzen musste. Ein eigenes, sehr instruktives Kapitel ist der Auseinandersetzung um die Nationalhymne gewidmet. Der Bundespräsident Heuss favorisierte einen Text von Rudolf Alexander Schröder mit der Musik von Hermann Reuther, konnte aber gegen Adenauer und die dritte Strophe unseres heutigen Deutschlandliedes nichts ausrichten. Instrukтив auch, wie die Nationalfarben in den 60er-Jahren in den Dienst des Kampfs gegen die Notstandsgesetze von der Linken eingesetzt werden und wie der Bundesadler, die „dicke Henne“, als von den reaktionären Kräften malträtiert dargestellt wird.

Man kann nicht sagen, die Ausstellungsmacher hätten unkritisch die deutschen Staatssymbole gefeiert und nur eine Erfolgsgeschichte erzählt. Allerdings werden eine Reihe äußerst scharfer, bis heute andauernder Kontroversen ausgeblendet. Das betrifft den ganzen Sektor des Militärischen, vom Streit über die Benennung von Kasernen über den „Großen Zapfenstreich“ bis zum gegenwärtigen Projekt eines Ehrendenkmals für die „Gefallenen“ auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums in Berlin. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass die Wehrmachtausstellung in ihren symbolkritischen Aspekten keine Erwähnung findet.

■ Bis 4. Oktober, Zeitgeschichtliches Forum, Leipzig, Katalog (Kerber Verlag) 19,90 €



Westliches Foyer des Reichstags mit Gerhard Richters „Schwarz, Rot, Gold“ Foto: Stiftung Haus der Geschichte

BERICHTIGUNG

Zu berichtigen haben wir heute ja rein gar nichts. Schließlich hatten wir überhaupt keine Seiten. Nichts als gute Nachrichten gab's über Pflingsten, da bleibt die Kultur auf der Strecke. Dabei verbreiten wir doch gar nicht so viele schlechte Nachrichten. Selbst mit schlechten Kritiken halten wir uns zurück, um lieber das Gute zu loben auf dem wenigen Platz, den wir haben.

UNTERM STRICH

Gute Nachrichten aus Köln: Beim Einsturz des Stadtarchivs vor drei Monaten ist so gut wie nichts völlig verloren gegangen. „Es ist sensationell, dass alles noch irgendwie da ist“, sagte die Leiterin des Archivs, Bettina Schmidt-Czaia, im Gespräch mit dpa. Das Material befindet sich zwar in sehr unterschiedlichem Zustand, aber nur weniger als ein Viertel sei zerschnipst,

und auch hier bestehe Hoffnung: So wie einst die zerschredderten Stasiakten sollen auch die Kölner Archiv-Schnipsel wieder zusammengesetzt werden, und zwar mit Hilfe einer eigens dafür entwickelten Software. Die Restaurierung des gesamten Materials kann allerdings 30 Jahre dauern – oder länger.

85 Prozent des Gesamtbestandes sind mittlerweile borgen.

Die restlichen 15 Prozent liegen in einer Baugrube der U-Bahn im Grundwasser. Die Feuerwehr prüft zurzeit, wie dieses Material am besten hochgeholt werden kann. „Wir werden das nicht aufgeben“, betonte Schmidt-Czaia.

Wegen Mordes muss Phil Spector mindestens 19 Jahre ins Gefängnis. Der 69 Jahre alte Musikproduzent kommt also frühestens im Alter von 88 Jahren

wieder auf freien Fuß. Möglicherweise muss er nach Ablauf dieser Frist weiter in Haft bleiben. Das Gericht in Los Angeles verurteilte Spector wegen der Ermordung der Schauspielerin Lana Clarkson, die 2003 nach einem Schuss in den Mund tot im Haus des Produzenten gefunden wurde. Was genau geschah, ist bis heute nicht geklärt. Der wichtigste Zeuge der Anklage, Spec-

tors Chauffeur, sagte allerdings aus, er habe an jenem Abend einen Schuss gehört. Anschließend sei der Musikproduzent aus dem Haus gekommen und habe gesagt: „Ich glaube, ich habe jemanden getötet.“ Spector nahm das Urteil regungslos entgegen. Seine Anwälte kündigten Berufung an. Sie argumentierten, Clarkson habe sich selbst umgebracht.



Teilnehmer beim 18. Wave-Gotik-Treffen im Clara-Zetkin-Park in Leipzig Fotos: Star-Media



Identität stiftender Laufsteg

ALLES SO NETT HIER Am Wochenende langweilte das Wave-Gotik-Treffen in Leipzig mit Mittelaltermarkt und Gottesdienst über alle Maßen, da half auch kein schwarzes Leder

VON DOMINIK SCHOTTNER

Liebe Leserin, lieber Leser, werte Kolleginnen und Kollegen, senkt voller Ehrfurcht die Köpfe, denn ich habe es getan. Ich habe mich im Dienste des investigativen Kulturjournalismus ein Wochenende lang auf dem 18. Wave-Gotik-Treffen (WGT) in Leipzig an einer massiven Eisenkette, die an meiner Nase befestigt war, auf dem Boden krabbelnd fortbewegt, immer dorthin, wo meine Herrin es befahl. Habe mit Schafsblood gegurgelt und in Menschenblut gebadet. Habe mir mit Met sauber einen umgehängt und anschließend wild brüllend an einer Orgie von Rittersleut teilhaben dürfen. Zu guter Letzt bin ich zu meiner Wohnung gerobbt, wo ich mich abgeschminkt und aus meinen schwarzen Lack- und Lederklamotten geschält habe. Seither ruhe ich mit gefalteten Händen auf einer Wolke aus Patschuli und träume vom weltgrößten Festival seiner Art, welches das WGT ist.

Liebe Leserinnen und Leser, werte Kolleginnen und Kollegen, das war alles glatt erfunden. Das vergangene Wochenende auf dem WGT gehört zu den fadeesten, die ich je erlebt habe, abgesehen von denen, die ich in einem Einzelzimmer im Krankenhaus verbracht habe. Eben weil all die eingangs erwähnten Klischees über WGT-Besucher, die

Und dann gibt es schließlich noch die Gruftis. Doch wer ist das eigentlich?

Befürchtungen, man könnte gefressen werden oder wenigstens angeknabbert – schließlich sind es ja alles teuflische Menschenfresser auf dem WGT –, weil all diese Klischees nicht eingetreten sind. Weil alles so nett war. Okay, der Pressesprecher des WGT war es wirklich nicht. Aber die 20.000 Besucher, die waren schrecklich nett und friedlich. Da gab es zum Beispiel Goths, die ihre Kinder mitgebracht hatten, die sogar grundschulaugliche, bunte Kleidung anhatten. Und die nicht grenzdebil und messerschwingend durch die Heide liefen, sondern sich mit den Kindern anderer Besucher, die keine Goths waren, sondern „janz normale Leute“, Fußball spielten und raufeten. Wie normale Kinder. Überraschend.

Und dann gab es diesen Mittelaltermarkt, den sie allerdings „Heidnisches Dorf“ nennen auf dem WGT und für den einem satte acht Euro Eintritt abgeknöpft wurden. Dafür, dass man auf matschigem Boden an Ständen vorbeischlendern konnte, die es auf jedem ordentlichen Weihnachtsmarkt gibt, sogar in Leipzig: mittelalterliche Stände, an

denen man Met und Trinkhörnchen kaufen kann, Flammkuchen und allerlei Kram aus Filz und Leder und Leinen. Zugegeben: Stände mit Totenköpfen, Wahrsagerkugeln mit Totenköpfen und Gehstöcken mit Totenkopfnäufen sucht man auf Weihnachtsmärkten vergebens. Sie sind auch interessant und spannend anzusehen, keine Frage. Aber nach dem dritten Totenkopfnäufchen verliert eben auch der Tod an Schrecken, zumal wenn sich die Pfingstsonne darin spiegelt.

Ähnlich entwickelt sich auch die abgestumpfte Haltung, mit der man schon nach wenigen Stunden den Besuchern des WGT nicht mehr hinterherschaut. Die sich unter dem Dach des WGT versammelnden Subsubsubkulturen mögen zahlreich und ihr Erscheinungsbild zuweilen krass sein. Gewöhnen kann man sich an sie aber schnell und völlig schmerzfrei. Zum Beispiel an die lustigen Cyber-Industrial-Anhänger, denen neonfarbene Röhren und Schläuche aus dem auf 18 Zentimeter hohen Plateauschuhen ruhenden Körper zu wachsen scheinen. Oder an die in Leinensäcke, Burgfräuleinkleider und Ritterrüstungen gehüllten Mittelalterfans, die noch dazu – welch Graus! – die verstaubte Sprache ihrer Lieblingszeit zu sprechen pflegen, dazu Met hinunterstürzen, rülpsen und übereinander herfallen.

Und dann gibt es schließlich noch die, die sich als Basis des WGTs verstehen: die Gruftis. Doch wer ist das eigentlich? Sind das die elfengleichen Frauen mit den akkurat weiß geschminkten Gesichtern und den Reifröcken, die man in den Online-Bildergalerien großer Nachrichtenmagazine präsentiert bekommt? Die Marilyn-Manson-Teenager mit Militärmütze, Horrorkontaktlinsen und ausgemergelten Körpern? Oder sind es vielleicht doch die fast schon konservativ anmutenden Letzte-Instanz- und Goethes-Erben-Anhänger, die sich hauptsächlich durch die Kleiderfarbe Schwarz hervor-tun? Die Gothic Lolitas in ihren Corsagen? Die alternden Goths mit gestärktem schwarzem Hemd, Springerstiefeln und Seitenscheitel?

Für den groben Überblick über Trends und Strömungen der trotz Buntheit schwarzen Szene taugt das WGT sehr gut. Einen tiefergehenden Einblick bekommt man freilich nicht. Doch am Ende ist das WGT ohnehin nur der identitätstiftende Laufsteg für alle Subsubsubkulturen, die aufgrund der physischen Erscheinung ihrer Mitglieder von vielen zu Unrecht als schockierend bezeichnet wird, ein Laufsteg, der gleichsam Schutzraum ist und dem zufällig noch 192 Konzerte, zahlreiche Lesungen, Filme und sogar ein Gottesdienst beigelegt wurden.

Die Milch macht's – besser: die örtliche Molkerei

INDEPENDENT-IDYLL In Neustrelitz fand das zehnte – hoffentlich nicht letzte – Immergut-Festival statt

Das zehnte Immergut-Festival endet mit einem großen Moment. Beim allerletzten Song des Wochenendes wird die schwedische Rockband The Soundtrack Of Our Lives plötzlich leiser. Ebbot Lundberg, Sänger und Pfundskerl, lange Haare, weites Gewand, Wahnsinn in den Augen, stellt sich an den Bühnenrand und erklärt, dass jetzt etwas Besonderes passieren werde. „Setzt euch hin!“, ruft er. Die Leute gehen in die Knie, alle, bis in die letzte Reihe. Mit einer Kerze in der Hand steigt Lundberg von der Bühne. Er schüttelt Hände und nimmt Zuschauer in die Arme. Dann wird plötzlich die Band wieder lauter. Der Gitarrenriff geht auf die Menge nieder, die gar nicht anders kann, als aufzuspringen und zu tanzen – und Lundberg einfach so zu verschlucken.

Es könnte der letzte Song gewesen sein, der je auf einem Immergut-Festival gespielt worden ist. Denn ob es eine elfte Ausgabe dieses kleinen Indie-Wohlfühl-festivals geben wird, ist zurzeit noch unklar. „Vor einem Jahr hätte ich gesagt, dass es auf jeden Fall weitergeht“, sagt Mirko Wegner. Mit seinem besten Freund Daniel Kempf organisiert er das Festival in seinem Heimatort. Aber Kempf hat sich entschieden aufzuhören. „Ich muss mal den Kopf frei kriegen, die Arbeit wächst einem ein bisschen über den Kopf. Es gibt viele Leute, die es gerne weitermachen wollen, weil es eine Herzensangelegenheit ist. Man weiß nur nicht, wie man das umsetzen soll.“ Ein Immergut ohne Kempf, der vor zehn Jahren die Idee hatte und der die Bands bucht, ist schwer vorstellbar.

Genauso schwer vorstellbar wie die Aussicht, dass man Ende Mai einfach nicht mehr nach Neustrelitz in Mecklenburg-Vorpommern fahren kann, weil es kein Immergut mehr gibt. Die deutsche Festivallandschaft wäre um eins ihrer schönsten Exemplare ärmer. Einen Gegenentwurf zu den großen Festivals wollten Kempf und Wegner auf die Beine stellen. Ein Festival, das eben nicht teuer und überlaufen ist, bei dem die Musik im Vordergrund steht und nicht die Werbung des Brauereisponsors. Das war 1999, die beiden waren 20 Jahre alt. Es ist ihnen gelungen.

In Neustrelitz ist eine Molkerei Namensgeber. Die Besucherzahl ist auf 5.000 begrenzt. Der Ticketpreis ist niedrig, die Bierpreise sind okay. Natürlich gibt es Werbung, aber sie ist sehr de-

zent platziert. Die Helfer, ein großer Freundeskreis um Kempf und Wegner, arbeiten ehrenamtlich, der gemeinnützige Verein immergutrocken e.V. wurde eigens dafür gegründet. Es klingt stark nach Klischee, aber es ist halt einfach so: Die Leute hier sind alle freundlich. Thees Uhlmann von Tomte hat das irgendwann mal so ausgedrückt: „Beim Immergut haut dir die Security nicht aufs Maul, sondern auf die Schulter.“

Das Gelände liegt im Grünen, die Bühne ist umrahmt von Bäumen, ein Bummelzug fährt zu einem der vielen Badeseen in der Nähe. Die Fans schätzen die entspannte Atmosphäre – und das Wetter: In zehn Jahren regnete es nur zweimal, auch im Jubiläumsjahr scheint die Sonne. Es gibt zwei Bühnen, die Bands spielen zeitversetzt. Wenn man will, kann man sich jedes Konzert ansehen.

Viele Bands, die beim Jubiläum auftreten, haben in den letzten Jahren schon mal hier gespielt. Tomte und Kettcar sind mit dem Immergut groß geworden, die schwedischen Indie-Weirdos Friska Viljor haben ihren Ruf als Livegeheimtipp hier bekommen. Als Die Sterne zum ersten Mal hier waren, war das Immergut zum ersten Mal ausverkauft. Jetzt spielen sie am Freitagabend im Zelt. Es ist stickig und heiß bei gefühlten 99 Prozent Luftfeuchtigkeit. Ständig tropft Kondenswasser von der Zeltdecke, ein Keyboard muss gewechselt werden, weil es zu nass geworden ist. Sie spielen die Hits, „Universal Tellerwäscher“, „Was hat dich bloß so ruiniert“, „Nur Flug“, „Die Interessanten“. Frank Spilker steht überraschend oft ohne Gitarre da, denn auf den neuen Songs (die Sterne nehmen gerade ihre neunte Platte auf) gibt es oft zwei Keyboards. Hier unterstützt sie Whitest-Boy-Alive-Keyboards Daniel Nentwig, und das Immergut-Publikum erlebt repetitive, elektronisch anmutende Soundstrukturen mit viel Hall auf dem Gesang und Texten, die sich ständig wiederholen.

Ebbot Lundberg hat sich zurück zur Bühne durchgekämpft. Mit ausgebreiteten Armen steht er vor dem Publikum, das zum letzten Mal für heute applaudiert. „Ich hab gehört, das Immergut könnte es vielleicht nicht mehr geben“, ruft er. „Das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. Es wäre ziemlich schadel!“ Großer Jubel im Publikum. **BENJAMIN WEBER**

UNTERM STRICH

Die **Stiftung Preußischer Kulturbesitz** betrachtet den mittelalterlichen **Welfenschatz nicht als NS-Raubgut**. Der 1935 erfolgte Ankauf von einem Kunsthändler-Konsortium sei von Seiten des preußischen Staates **rechtmäßig** und ohne Ausübung von Druck vollzogen worden, erklärte **Stiftungspräsident Hermann Parzinger** am Freitagabend in Berlin.

Die rund 42 Objekte, darunter viele Goldschmiedearbeiten und das wertvolle Kuppelreliquiar von 1175, gelten als der **bedeutendste deutsche Kirchenschatz**. Sie befinden sich im **Kunstgewerbemuseum**.

Mehr als 70 Jahre nach dem Verkauf hatte ein **Marburger Anwalt** im April 2008 für die in den USA lebenden Erben ein offizielles **Restitutionsbegehren einge-**

reicht. Die daraufhin eingeleiteten Recherchen ließen darauf schließen, dass der **Kaufpreis** von 4,25 Millionen Reichsmark **fair** zwischen dem Anbieter, einem Kunsthändler-Konsortium mit Sitz in Frankfurt am Main und dem preußischen Staat ausgehandelt worden sei so **Stiftungspräsident Parzinger**. Auch gebe es „deutliche Indizien“, dass die Zahlung erfolgte und die

Kunsthändler über das Geld frei verfügen konnten. Diesen „**Anscheinsbeweis**“ könnten die Erben nur erschüttern, wenn sie mit „**greifbaren Anhaltspunkten**“ zeigen, dass der Betrag nicht oder nicht vollständig ausbezahlt wurde. Die **Umkehrung der Beweislast** sei ein „**nur als zynisch**“ zu bezeichnendes Verlangen“, kontert der Anwalt der Erben, **Markus Stötzl**.

taz reisen
in die Zivilgesellschaft

Urlaub mal etwas anders:
18. – 24. Juli 2009

Prishtina – Prizren – Peje – Mitrovica
Kosovo: Zivilgesellschaft und „Nation Building“

Keine reine Urlaubsreise, sondern die Erkundung der komplexen politischen Situation des Kosovo; Menschen mit verschiedenen Blickwinkeln sind Gesprächspartner auf dieser Reise: Albaner und Serben sowie Vertreter der internationalen Gemeinschaft. Die Zivilgesellschaft ist noch ein kümmerliches Pflänzlein, aber es gibt sie – auch sie werden wir besuchen.

Reiseleiter: Erich Rathfelder (taz-Korrespondent)
7 Tage / ab 1.080 € (DZ / ohne Flug)

Nur noch wenige Plätze frei

Mehr Infos zu allen Reisen: www.taz.de/tazreisen oder Thomas Hartmann (030) 25 90 21 17

die Genossenschaft taz

CHRISTIAN SEMLER ÜBER DEN BESUCH BARACK OBAMAS IM KZ BUCHENWALD

Gelungene Gesten

Barack Obamas gestriger Besuch des KZ Buchenwald stellt eine Geste von großer Aussagekraft dar. Mit Buchenwald verbinden sich die Leichenberge ermordeter Häftlinge, auf die hier die Armee der USA im April 1945 stieß. Obama schilderte das Entsetzen, das seinen Großonkel beim Weg durch das Lager gepackt und lange nicht mehr losgelassen hat. Daran zu erinnern war keine hohle Rhetorik des Präsidenten, sondern die Erklärung eines intensiven biografischen Zugangs. Von Buchenwald geht für ihn eine Mahnung aus. Sie gilt allen Völkern, die in Gefahr sind, bei einem Konflikt „ihr gemeinsames Menschsein nicht mehr zu beachten“.

Der amerikanische Präsident hatte tags zuvor an der Universität Kairo erklärt, den Mord an 6 Millionen Juden zu leugnen, sei „grundlos, ignorant und von Hass geprägt“. Obama machte klar, dass der Mord an den Juden die amerikanische Politik auf die Verteidigung von Israels Existenzrecht ver-

pflichtet. Buchenwald war Teil der NS-Mordmaschine, und der Besuch Buchenwalds wird von Obama in den Zusammenhang dieser Verpflichtung gebracht.

„Gemeinsames Menschsein“ heißt für Obama aber auch, das Recht des palästinensischen Volkes auf einen Staat – einen bewohnbaren Staat – zu verteidigen und die amerikanische Politik praktisch auf dieses Ziel zu konzentrieren. Gerade weil Obama an die Schoah erinnert und Israels Daseinsrecht verteidigt, kann er sich intensiv für die Zwei-Staaten-Lösung einsetzen. Wie kein amerikanischer Präsident vor ihm legt er beim arabisch-israelischen Konflikt an die Konfliktparteien die gleiche Elle an. Er stellt Forderungen an beide Parteien. Und er unterscheidet klar zwischen den grundlegenden Prinzipien der amerikanischen Politik und der Beurteilung der gegenwärtigen verständigungs- und friedensfeindlichen Politik der israelischen Regierung.

CHRISTIAN RATH ÜBER DEN KAMPF GEGEN INTERNETSPERREN

Für eine effizientere Zensur

Die Gegner von Internetsperren haben Erfolg. Trotz des heiklen Themas Kinderpornografie ist es ihnen gelungen, BKA und Ursula von der Leyen in die Ecke zu drängen. Die Forderung nach Internetsperren gilt inzwischen weithin als ineffizient und eher symbolisches Wahlkampfmanöver.

Doch die neue Bewegung zahlt dafür auch einen hohen Preis: die weitgehende Aufgabe ihrer Identität. Von einer Antizensurbewegung wurde sie zu einer Bewegung für effizienteren Kampf gegen Kinderpornografie. Das eigentliche Ziel – ein unzensuriertes Internet – ist aber kaum noch erkennbar.

„Löschen statt sperren“ ist die aktuelle Losung der Gegner von „Zensurula“. Statt in Deutschland den Zugang zu Kinderpornografie zu erschweren, sollen solche verbotenen Bilder gleich ganz aus dem Netz verschwinden, argumentieren sie. Als Zensur werden dabei nur die ineffizienten Sperren bekämpft, während das Löschen ille-

galer Inhalte ein ganz normaler Vorgang sei. Diese seltsame Logik beruht wohl auf der realpolitischen Hoffnung, dass man nur so die Pläne von der Leyens kippen könne.

Doch auch für das schnelle Löschen von ausländischen Kinderpornoseiten muss das BKA eine leistungsfähige Infrastruktur aufbauen – die dann auch für andere Zwecke, etwa gegen illegale Musiktauschbörsen, eingesetzt werden könnte. Und auch bei der Auswahl, was gelöscht werden soll, stellt sich die Frage, wer denn das BKA kontrolliert. Die Fragen stellen sich sogar deutlich stärker, weil das Löschen ein tieferer Eingriff ist als eine eh ineffiziente Sperre.

So, wie es aussieht, werden die Sperrgegner aber nicht einmal ihr realpolitisches Ziel erreichen. Die verhassten Zugangssperren werden kommen – ergänzt durch den Versuch, die Bilder gleich an der Quelle zu löschen. Mit diesem Sowohl-als-auch-Kompromiss kann Ursula von der Leyen gut leben.

Auch beim Löschen von Internetseiten stellt sich die Frage, wer das BKA kontrolliert

DANIELA WEINGÄRTNER ÜBER DIE EUROPAWAHLEN IN DEN NIEDERLANDEN

Provokation aus Den Haag

Keine holländische Regierung käme auf die Idee, die Wahlergebnisse aus einer Region zu veröffentlichen, bevor das letzte Wahllokal im Land geschlossen hat. Für die Europawahl gelten die gleichen Spielregeln. Die Niederlande haben die entsprechende EU-Vereinbarung 1976 mit unterzeichnet. Dass sie sich gestern trotz scharfer Warnungen der EU-Kommission darüber hinwegsetzten, zeugt davon, dass die holländische Regierung das Europäische Parlament nicht für voll nimmt.

Dass ebendiese Regierung von den Wählern einen Denkzettel bekam und nur noch 20 Prozent der Stimmen erlangt, ist ein schwacher Trost. Denn 17 Prozent der Niederländer votierten für die ausländischerfeindliche rechtspopulistische PVV von Geert Wilders. Sie wird wohl vier der 25 niederländischen Mandate im Europaparlament erhalten und damit den rechtsnationalen Flügel im EP weiter stärken. In einigen osteuropäischen Ländern

und in Großbritannien können sich die Ultrarechten ebenfalls gute Chancen ausrechnen.

Trends können den Ausgang einer Wahl beeinflussen. Deshalb gilt in den meisten EU-Ländern schon in den Tagen vor einer Abstimmung und am Wahltag Nachrichtensperre für Umfrageergebnisse und Hochrechnungen. Wenn die Europawahl nicht zur Farce werden soll, müssen diese Regeln auch auf europäischer Ebene eingehalten werden. Schließlich sind die Wähler der einzelnen Mitgliedstaaten in diesem Fall Teil eines gemeinsamen Wahlvolks.

Die EU-Kommission hat angekündigt, den Fall zu prüfen. Hoffentlich wird sie es nicht dabei bewenden lassen und ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Endgültig vom Tisch ist das Problem aber erst, wenn sich die Mitgliedstaaten endlich auf einen gemeinsamen Wahltag verständigen und einen Teil der Abgeordneten auf europaweiten Listen wählen.



DIE 2 HÄUFIGSTEN GRÜNDE, NICHT ZUR EUROPÄWAHL ZU GEHN

Die verlogene Unschuld

EUROPAWAHLEN Die EU hat Europas Nationalismen erfolgreich integriert. Um global mitzuspielen, muss sie aber ihre Wertmaßstäbe überprüfen

Anfang der 90er-Jahre schien die Europäische Union Prototyp einer zukünftigen Weltpolitik zu sein, einer Politik nach dem viel zitierten „Ende der Geschichte“. Doch die Welt hat das leuchtende europäische „Morgen“ übersprungen, um in ein „Übermorgen“ zu geraten, das bei vielen den unangenehmen Beigeschmack des „Vorgestern“ hochkommen lässt.

In den internationalen Beziehungen hat sich die Gewalt zurückgemeldet, alle Formen von Konkurrenz haben an Schärfe zugenommen, der Nationalismus ist zur treibenden Kraft von Prozessen geworden, die den Prinzipien der EU fundamental entgegenstehen. Sämtliche Versuche, diese Prinzipien bei der Erweiterung der Union auch auf Osteuropa anzuwenden, stießen auf erhebliche Schwierigkeiten. Und was soll man zu Territorien sagen, die sich in ihrer politischen Mentalität noch mehr von den Ländern der EU unterscheiden, wie die Länder der ehemaligen Sowjetunion und des Balkans?

EU und Geopolitik

Will man überhaupt eine Identität der Europäischen Union festmachen, so bestünde diese in der Tatsache, dass es ihr gelang, die schrecklichen militaristischen und nationalistischen europäischen Traditionen zu überwinden. Dieser Wertmaßstab dient der EU als Rechtfertigung, sich zum Lehrmeister anderer aufzuschwingen. Die EU-Aktivitäten haben aber ein Niveau erreicht, auf dem jede Handlung einen geopolitischen Aspekt erhält – Geopolitik und moralische Wertmaßstäbe passen jedoch schwer zusammen. Beim globalen Wettlauf bleibt eine aktive Zusammenarbeit mit Regimen unumgänglich, die man früher der europäischen Aufmerksamkeit für unwürdig erachtete. Vor dem Hintergrund der Konkurrenz mit Russland sind die Erwärmung der Beziehungen zu Weißrusslands Präsidenten Alexander Lukaschenko und der Flirt mit dem gasreichen, aber totalitären Turkmenien plötzlich *business as usual*. Diese Art von Politik erlaubt es nicht mehr, seine Weste weiß zu halten.

Hatte die EU früher noch in der UdSSR einen äußeren Feind als konsolidierenden Faktor, der Europa der Notwendigkeit entthob, sich um die eigene Sicherheit zu sorgen – die man dem Seniorpartner, den Vereinigten Staaten, übertragen hatte –, so ist diese große Bedrohung inzwischen verschwunden. Doch das wirtschaftliche Interesse der USA wendet sich immer

mehr in Richtung Asien. Der mögliche Verlust des Status des am meisten privilegierten Partners der USA bringt Europa in eine ungewöhnliche Situation. Auf der einen Seite gibt es unter den führenden europäischen Staaten schon lange den Wunsch, eine eigenständige Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Auf der anderen Seite ist kein einziges Mitgliedsland zu einer derartigen Rolle fähig. Gleichzeitig ist man als Gesamtorganisation, die durchaus ein gewaltiges Potenzial hat, nicht in der Lage, sich auf einen einheitlichen Kurs zu einigen. Und die Amerikaner verfügen über genügend Instrumente, solche heimlichen Wünsche der EU zu durchkreuzen.

Um zu einem wirklich handlungsfähigen Subjekt zu werden, muss die Europäische Union die nationalen Souveränitäten überwinden. Doch dazu sind die europäischen Nationen schlicht und einfach nicht bereit, wie der Misserfolg mit der Europäischen Verfassung gezeigt hat. Und es steht auch nicht zu erwarten, dass die EU, die sämtliche Entscheidungen nur unter großen Schwierigkeiten nach dem Prinzip des größten gemeinsamen Nenners findet, ihre Positionen konsolidiert.

Leben „wie in Europa“

Zudem hat die Europäische Union für ihre Attraktivität einen hohen Preis bezahlt. Es wächst die Zahl jener, die so leben wollen „wie in Europa“. Die Peripherie des traditionellen Europa strebt mit Ausnahme Russlands nach einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union – und treibt ihre Spiel-

chen mit dem Wunsch der Europäer, als großer Lehrmeister aufzutreten, um sie in ihre Probleme hineinzuziehen. Neben Moldawien und Georgien ist die Ukraine das deutlichste Beispiel hierfür. Dabei ist es mehr als fraglich, ob die EU die Probleme ihrer Nachbarländer lösen kann. Diese haben nicht einmal eine entfernte Aussicht auf Mitgliedschaft. Und ohne diese konkrete Perspektive, das heißt ausschließlich mit der Idee einer wie auch immer gearteten „Entscheidung für Europa“, lässt sich in keinem dieser Länder eine Modernisierung im Innern durchziehen.

Wer die „institutionelle“ Aufnahme als Land nicht schafft, bemüht sich um persönliche Integration. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Lawine der Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten nach Europa längst nicht nur ein wirtschaftliches, sondern schon ein konzeptionelles Problem für die Alte Welt darstellt.

Europa hat alle Ziele erreicht, die es sich bei der Integration gesteckt hatte. Aus Erfahrung wissen wir, dass das Fehlen eines „großen Projektes“ den Einigungsprozess zum Stocken bringt, ja sogar das innere Gerüst ins Wanken geraten kann. Ein derartiges Projekt wird aller Wahrscheinlichkeit nach einen direkten Bezug zu Russland haben.

Die Zukunft Russlands wird bestimmen, ob sich die Spaltung Europas als Raum, der durch ein gemeinsames kulturelles und historisches Erbe und durch sein Wirtschaftspotenzial verbunden ist, in einem umfassenderen Sinne überwinden lässt. Die Hoffnungen, Russland ließe sich als „Aushilfsspieler“ einsetzen, der zwar in das Projekt einbezogen wird, ohne hierbei jedoch eine vollwertige Mitgliedschaft und die entsprechenden Rechte zu haben, hat sich als trügerisch erwiesen. Und über ein anderes neues Projekt ernsthaft zu reden, lohnt sich derzeit nicht.

Russland wird weiterhin zurückblicken, wird den letzten, für ihn unangenehmsten Akt des Dramas „Das XX. Jahrhundert“, in dem es eine bittere geopolitische Niederlage hinnehmen musste, neu spielen wollen. Die EU hingegen zieht es vor, sich weiter im Gefühl tiefer Selbstzufriedenheit zu gefallen, obwohl hierfür immer weniger Gründe vorliegen. Doch in einigen Jahren wird sich zeigen, dass im unruhigen 21. Jahrhundert die Europäische Union und Russland separat keine reale Kraft mehr darstellen.

FJODOR LUKJANOW

Aus dem Russischen von Bernhard Clasen

In einigen Jahren wird sich zeigen, dass im unruhigen 21. Jahrhundert die EU und Russland separat keine reale Kraft mehr darstellen

Fjodor Lukjanow

Politologe und Journalist. Er ist Experte für Außenpolitik und derzeit Chefredakteur der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*, der wichtigsten außenpolitischen Zeitschrift des Landes. Davor war er für mehrere russische Zeitungen führend tätig.



Foto: Archiv



Die See eröffnet Mariana, der Protagonistin in Roland Kochs neuem Roman, andere Lebensperspektiven Foto: Dekker/laif

Gegen den Rest der Welt

LITERATUR Trotz guter Kritiken und Auszeichnungen bleibt Roland Koch Außenseiter. Sein neuer Roman „Ich dachte an die vielen Morde“ ist eine packend erzählte Paargeschichte

VON JOCHEN SCHIMMANG

Die Frage nach Roland Koch, dem hessischen Ministerpräsidenten, mager nicht mehr hören. Die Namensgleichheit hat ihm schon Verdruss genug gebracht, so viel, dass den Umschlag seines neuesten Buches, unter Zuhilfenahme des zweiten Vornamens, jetzt der Autorennamen Roland E. Koch zielt. Damit ist das schon einmal klargestellt, und auch hier soll jetzt kein weiteres Wort mehr über den Ministerpräsidenten verloren werden.

Von Roland Koch hat es seit Anfang der Neunzigerjahre fünf Bücher gegeben, alle bei Kiepenheuer & Witsch, angefangen mit dem Roman „Die tägliche Eroberung“ 1991 bis zu „Ins leise Zimmer“ 2003. Er hat ein paar Preise gewonnen und für manche seiner Bücher, etwa „Das braune Mädchen“ oder „Paare“, enthusiastische Kritiken bekommen: nicht in irgendwelchen obskuren Literaturzeitschriften, sondern im seriösen deutschen Feuilleton. Dennoch hat man in all den Jahren bei Kiepenheuer & Witsch nicht gemerkt, was für ein Autor man da hatte. Es war ein großes Missverständnis, dass man Koch dort verlegt hat. Folgerichtig hat KiWi, nachdem die Verkaufszahlen nicht den Erwartungen entsprachen, keine weiteren Bücher mehr mit ihm gemacht. Das ist eine Praxis, die keineswegs auf den Kölner Verlag beschränkt ist, und die man gewissermaßen nicht persönlich nehmen darf.

Eigentlich müssten Kochs Bücher Bestseller sein, denn schaut man genau hin, geht es in ihnen um die Sehnsucht nach dem richtigen Leben, und haben wir die nicht alle? Das Vertrackte allerdings ist, etwa in „Paare“, dass diese Sehnsucht oft tragikomische Züge annimmt, wie es ja auch im richtigen Leben der Fall ist. Koch schaut seinen Protagonisten zu, wie sie sich abmühen und beschreibt das minutiös.

Dezisionistische Akte

Seine Charaktere zeichnen sich oft durch große Unentschlossenheit aus, dann wieder durch plötzliche, dezisionistische Akte. Suchend tasten sie sich durch ihr Leben, und plötzlich folgt die befreiende Tat, die aber auch in die Katastrophe münden kann. Ratgeberqualitäten hat das nicht: zum Glück. Zugleich aber karikiert Koch seine Figuren keineswegs. Er ist auf ihrer Seite, beschützt sie beinahe durch sein

Kochs Romane handeln von der Sehnsucht nach dem richtigen Leben. Das Vertrackte ist, dass die Sehnsucht tragikomische Züge annimmt

Schreiben. Die Karikatur, die Satire hätten ja durchaus noch Erfolgchancen, aber dafür waren bei Kiepenheuer schon genug andere Autoren zuständig. Koch bewertet nicht, was seine Geschöpfe machen: Er zeigt sie uns bloß.

Nun, das stimmt nicht ganz. Der jeweilige Zeigegestus enthält durchaus eine Bewertung. Diese hier, aus „Paare“, ist besonders deutlich: „Alle vier sind sie erfolgreich, verdienen gut, haben schöne Wohnungen, angenehme Lebensumstände, und doch versteht keiner von ihnen, was es eigentlich heißt zu leben. Komisch, dass sie alle so klug aussehen und so dumm sind.“ Aber es werden hier keine „Charaktere entwickelt“, es geht nicht um „psychologische Feinzeichnung“. Auch wenn wir oft erfahren, was seine Figuren denken, richtet sich Roland Kochs Blick zumeist auf das, was sie tun, und auf das Umfeld, in dem sie es tun, und das wird zwar nicht in hektischer, aber gleichbleibend schneller Abfolge vorgeführt, ein zügiger, dabei ruhiger Film, der vorbeizieht.

Dementsprechend ist seine vorherrschende Stillfigur die Parataxe. „Ich fuhr auf dem Fahrradweg zum Strand, ich sah abwechselnd deutsche, belgische und holländische Autos, am Strand war nie eine Frau aus Oostburg zu sehen, hier waren nur Touristinnen, und die waren nicht schön.“ – „Ich hatte einen

Roland E. Koch

geboren 1959, hat bislang eine Dissertation geschrieben („Die Verbildlichung des Glücks. Untersuchungen zum Werk Heimato von Doderers“), einen Band mit Erzählungen und fünf Romane. Der letzte Roman, „Ich dachte an die vielen Morde“, ist soeben erschienen.

Foto: KiWi



Der Autor ist auf der Seite seiner Figuren, er beschützt sie beinahe durch sein Schreiben. Koch bewertet seine Geschöpfe nicht, er zeigt sie uns bloß

sehr anstrengenden Tag gehabt, ich war erst morgens aus Berlin zurückgekommen und vom Flughafen aus sofort ins Büro gefahren, ich hatte Besucher gehabt, die den ganzen Tag blieben, abends musste ich mit ihnen essen gehen ...“ – „Ich lief, bis mir flau wurde, ich hatte zu wenig gefrühstückt oder meine Kondition war schlecht, meine Beine fühlten sich zitterig an, vielleicht war es auch das Herz, ich setzte mich für einen Moment auf ein Stück Holz.“

Das letzte Zitat ist aus Roland Kochs neuem Roman, „Ich dachte an die vielen Morde“, erschienen in der Edition Die Tausend im Verlag Ralf Liebe. Denn dieser Autor, der vor etwa vier Jahren von seinem Verlag höflich hinauskomplimentiert worden ist, entspricht ganz und gar dem idealen Bild des Schriftstellers: Ein Schriftsteller ist jemand, der schreibt, egal, wie seine Publikationschancen sind, jemand, der schreiben muss, der einfach sterben würde, wenn er nicht schreiben könnte. Kochs nächster Roman ist schon fürs kommende Jahr im selben Verlag angekündigt. Das ist nichts so Ungewöhnliches. Ungewöhnlich ist nur, dass auch er schon lange fertig ist, so wie dieser schon lange abgeschlossen war, bevor er jetzt erschien, und nur Roland Koch selbst weiß, was da alles noch fertig in der sprichwörtlichen Schublade liegt.

„Ich dachte an die vielen Morde“, sagte einer der Verschwörer des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof, als er nach seiner Tat befragt wurde, und dieser Satz gibt dem Roman seinen Titel. Denn glaubt man dem Klappentext, handelt es sich um einen „Roman über die ‚Schuldgeneration‘, ihre Auseinandersetzung mit der Schuld unserer Eltern oder Großeltern, über individuelle und gesellschaftliche Ängste, das Fortwirken von Bildern, Stimmen, Traumata und die Latenz der Gewalt und des Bösen.“

Verbindende Obsession

Das ist zwar alles ganz richtig, denn Mariana, die Ich-Erzählerin (oder eher: Tagebuchschreiberin, denn der Roman hat die Form eines Tagebuchs), fühlt sich verfolgt von den Bildern von früher, die sie als Kind gesehen hat, und von der geordneten Totenstille, dem Verschweigen des Gewesenen in ihrer Kindheit in den Sechzigerjahren. Und sie trifft an der holländischen Küste, kurz vor Belgien schon, wohin sie ihrer Familie entflohen ist, auf einen Holländer, der seine Eltern ähnlich schuldbeladen wähnt. Das ist Willem, der Mann, der ihr am Anfang ein Häuschen vermietet. Die beiden werden kein Paar im üblichen Sinne, anfangs herrscht zwischen ihnen sogar Abneigung und Misstrauen, aber die Schuldobsession verbindet sie.

Das ist durchaus eindrucksvoll. Zu einem Ereignis aber wird der Roman durch einen anderen Strang. Erzählt wird hier nämlich, und zwar mit großem Atem und wieder in diesem zügigen und zugleich ruhigen filmhaften Stil (ein Stoff für Christian Pet-

zold!), wie es einer Frau gelingt, ihre Familie (Mann und zwei Söhne) zu verlassen. Eines Tages fährt sie einfach weg und mietet dieses Haus, und die ersten Sätze des Buches erzählen nicht von einer Flucht, sondern eher von einem Ankommen: „Ich liebe den Geruch nach Tang, das leise Schleppen des Meers, die pausenlose Bewegung, wenn ich morgens im Dunkeln an den Strand komme. Erst hier fühle ich mich gesund. Ich laufe zwischen den Seelen entlang, manchmal verirre ich mich und muss eins überspringen oder ein Stück zurückwaten, ich gehe, bis es hinter dem Deich dämmt und ich meine Fußspuren sehen kann.“ Das ist nicht das Bild einer Frau auf der Flucht, und der folgende Satz: „Ich bin so froh, dass ich weg bin!“ liest sich fast wie: „Ich bin so froh, dass ich hier bin.“

Dass man einfach sein bisheriges Leben hinter sich lässt, Ballast abwirft und anderswo – nicht von vorn anfängt, das geht nicht, aber ein ganz anderes Leben führt, ist ja eine weit verbreitete Vorstellung und ein gängiges Motiv der Literatur. „Selina oder Das andere Leben“ hieß vor ein paar Jahren ein schöner Roman von Walter Kappacher. Was in Kochs Roman besticht, ist die gar nicht zum Titel passende Leichtigkeit, mit der seine Protagonistin es schafft, aufzubrechen, anzukommen und trotz aller Widersprüche und Widerstände ihr neues Leben zu organisieren. Nicht einen Moment käme man als Leser auf den Gedanken, dass diese Frau zu ihrer Familie zurückkehren könnte. Zweieinhalb Wochen nach ihrer Ankunft sieht sie ihren Mann mit einer Freundin vor der Tür stehen. Zwar hat niemand gewusst, wohin sie geflohen ist, da die Familie hier aber früher öfter Ferien gemacht hat, ist die Suche in diesem Ort plausibel. Mariana wartet in einem Versteck, bis die beiden wieder wegfahren, und kehrt dann in ihr Haus zurück.

Dabei muss sich Mariana ihre neue Verortung in der Welt hart erarbeiten. Auf ihr lasten die Bilder ihrer Kindheit und Jugend und die Ablehnung des Lebens, das sie bisher geführt hat. Kochs Roman ist auch eine Außenseitergeschichte, und wie schon in „Das braune Mädchen“ wird vorgeführt, wie zwei (in diesem Fall Willem und Mariana) gleichsam gegen den Rest der Welt zusammenzuhalten versuchen. Entscheidend ist, wie immer im Medium Literatur, die Sprache und die Organisation der Erzählung: das Gefühl für Rhythmus und Tempo, für den Wechsel von Innen- und Außenperspektive, für die richtigen Bilder und sogar fürs Wetter. Hat man das Buch zu Ende gelesen, möchte man gleich wieder von vorn anfangen. Das ist ein Wunsch, der sich, zumal bei Rezensenten, nur äußerst selten einstellt.

■ Roland E. Koch: „Ich dachte an die vielen Morde“, Edition Tausend im Verlag Ralf Liebe, Weilerswist 2009, 160 Seiten, 20 €

BERICHTIGUNG

Paris platze aus allen Nähten, hieß es hier gestern zur Legitimation einer Architekturausstellung über stadtplanerische Zukunftsmodelle der französischen Metropole. Es gebe kaum mehr Wohnraum, die Boulevards seien ständig verstopft, S-Bahnen veraltet, die Metro sei überlastet. Ja wo sollen sie denn noch hin, die 12 Millionen Einwohner? Vorschlag zur Güte: Die Pariser mögen nach Berlin kommen und Restaurants eröffnen.

Öffentlichkeit und Erfahrung

Was „antiautoritär“ einmal bedeutet hat, wie sich antiautoritäre Stimmungen mit allen Zweifeln, Risiken und Euphorien von Innen angefühlt haben, ist unter sentimentalen Erinnerungen, Psychologisierung, Revisionismus und Guidoknoppisierung verschüttet. Dabei sind ohne dieses mentalitätsgeschichtliche Missing Link alle Antworten auf die Frage unmöglich, warum immer noch so viel und nun schon wieder von 68 geredet wird.

Natürlich hatte Oskar Negt recht, als er in der SZ vom 22. Mai zu Protokoll gab, Stasi und Springer-Presse hätten „gewissermaßen in einer Linie“ gestanden. Natürlich hat Wolfgang Kraushaar unrecht, wenn er darin eine unzulässige Gleichsetzung von Geheimdienst und Pressekonzern sieht, denn es war ja nur um diesen Aspekt beider Institutionen gegangen: ihr Verhältnis zu einer antiautoritären Revolte. Nicht wie sie sonst so organisiert waren, wie ihre Mitarbeiter rochen und welche Hässlichkeitskompetenzen sie hatten – obwohl es auch da Gemeinsamkeiten gegeben haben wird.

Die universelle Zuständigkeit von Kraushaar für alles, das mit 68 zu tun hat, wird nur noch übertroffen von der universellen Zuständigkeit von Herfried Münkler für globale Konflikte und eigentlich überhaupt für alles. Man neigt dazu, sich mit der relativen Größe von Übeln zu trösten. Klar, Kraushaar ist immer noch besser als Götz Aly. Aber so getröstet kann man lange darauf warten, das weggerutschte Wort „antiautoritär“ noch einmal richtig in die Hand zu nehmen, zu verstehen, welche in sozialen Auseinandersetzungen erworbene Körperlichkeit es einmal gemeint hat.

Vor ein paar Wochen verstarb Stefan Brecht, Sohn des gleichnamigen Bertolt, Dichter, Journalist, Exzentriker, Theatergänger: Er hatte seit den mittleren 60ern alles gesehen, was es in New York an Avantgarde-theater gab. In seinem Queer Theatre gibt es einen fulminanten Exkurs über den Begriff des „authoritarian phony (a. p.)“, dem die in den 60ern neu entstandene „free person (f. p.)“ entgegengesetzt wird. Dabei fällt auf, dass man sich an den spießigen Zwangscharakter, das risiko-

Antiautoritär, das war nicht die Forderung nach flacher Hierarchie im sonnigen Büro



DIEDERICH DIEDERICHSEN SPÄTER MEHR

scheue, hyperventilierend aggressive, autoritäre Arschge-sicht durchaus noch gut erinnern kann (obwohl gerade er weitgehend mit dem Fordismus untergegangen ist beziehungsweise sich in die Unsichtbarkeit der Unterschichten oder der Traditionalismen verfügt hat), während man seinen Gegner völlig vergessen hat.

Die f. p. ist bei Brecht vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie etwas von anderen will. Sie will soziale Erfahrungen machen, das ist ihr oberstes Ziel. Sie drängt gegen Regeln, aber auch gegen die Beliebigkeit von Tausch- und Konsumbeziehungen zur Wahrheit der sozialen Berührung. Sie ist süchtig nach Steigerungen sozialer Dichte und gründet unausgesetzt „Familien“, die quasi als Zwischenergebnisse den sozialen Trieb verstetigen helfen, zugleich aber neues Material bilden. Natürlich lässt sich vieles auch gegen diese Figur sagen. Wir kennen sie als Intensitätsnerven, haben erlebt, wie ihr Drang zum anderen ins Autoritäre umschlägt, und haben viel Unmittelbarkeitskitsch in ihren Memoiren gelesen, heute quengelt sie zuweilen altersradikal. Aber einen Vorteil hat die f. p.: Anders als andere Produkte der antiautoritären Bewegung ist sie nicht zu einem Erfolgsmodell von Postfordismus und Neoliberalität aufgestiegen; allenfalls ein paar aus ihrem Programm herausgelöste Teile.

Während Flexibilität, Identifikation mit dem eigenen Tun, Authentizität – und was dergleichen exantiautoritäre Werte mehr sind – heute den neuen Geist des Kapitalismus prägen, ist die f. p. aussortiert. Ihr Insistieren auf ihre soziale Wahrheit geht an allem vorbei, was heute läuft: Narzissmus, Konkurrenzkampf und sozial folgenlose Bepassung. So wenig es hilft, sich an Anachronismen zu orientieren, wenn man ein gegenwärtig herrschendes Prinzip bekämpfen will, es könnte helfen, den heute wirksamen Antagonismus besser zu benennen, jenseits ödipaler Feindbildvermissenanzeigen: Antiautoritär – das war nicht die Forderung nach flachen Hierarchien in sonnigen Büros, das war die Forderung nach der Erfahrbarkeit sozialer Wirklichkeit. Die verhindert heute nicht mehr die Autorität, sondern Karikaturen alter Forderungen. Verhindert bleibt sie allemal.

Mehr als Gedächtnisroutine

ABGRUND UND HOFFNUNG Zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen zeigt das Deutsche Historische Museum eine Ausstellung zum Verhältnis „Deutsche und Polen“

VON CHRISTIAN SEMLER

Friedrich II. von Preußen empfahl in seinem Testament, Polen zu verspeisen wie eine Artischocke, Scheibchen für Scheibchen

Allzu oft wird hierzulande vergessen, dass der nazistische Massenmord nach dem Überfall auf Polen nicht nur die jüdisch-polnische Bevölkerung traf, sondern auch die polnische Mehrheitsgesellschaft. Schon deshalb hat die Ausstellung „Deutsche und Polen – Abgründe und Hoffnungen“, die letzte Woche im Deutschen Historischen Museum (DHM) eröffnet wurde, eine aufklärerische Funktion, die weit über die Gedächtnisroutine anlässlich des 1. 9. 1939, des Beginns des Zweiten Weltkriegs, hinausreicht.

Es geht um die in der polnischen Öffentlichkeit stets virulente Besorgnis, dass die Leiden der polnischen Menschen unter der deutschen Besatzung wie auch der Widerstand gegen sie in Deutschland nicht hinreichend gewürdigt, ja sogar vergessen würden. Und es ist diese Gefühlslage, die von der nationalistischen Rechten ausgebeutet wird. Insofern hat die Ausstellung eine unmittelbare politische Wirkung auf das polnisch-deutsche Verhältnis.

„Deutsche und Polen“ ist ein Gemeinschaftswerk von Wissenschaftlern und Museumsleuten beider Länder. Das ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Anlässlich der Ausstellungseröffnung berichtete der polnische Zeitgeschichtler Tomasz Szarota, es habe zunächst starke Bedenken gegen die Kooperation gegeben, nicht zuletzt, weil eine Anschuldigung wegen mangelnden Patriotismus seitens der reaktionären polnischen Kräfte zu befürchten gewesen war. Während der inhaltlichen Arbeit habe sich dann herausgestellt, dass es bei strittigen Fragen so gut wie keine polnisch-deutschen Frontenbildungen gegeben habe. Die streitenden Lager waren stets gemischt. Die Mitarbeit polnischer Wissenschaftler hat dann, so die Ausstellungsmacher, die Arbeit bei der Beschaffung seltener Exponate wie bei der Formulierung der Begleittexte sehr erleichtert.

Entfesselter Nationalismus

Die Ausstellung gliedert sich in den Prolog, der von den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert bis 1939 reicht, einen Hauptteil, der die Zeit der Okkupation umfasst, und einen Epilog, der bis zur Gegenwart reicht.

Im Prolog finden sich eine Reihe außerordentlicher Dokumente, wie das Testament Friedrichs II. von Preußen, der empfiehlt, Polen zu verspeisen wie eine Artischocke, also Scheibchen für Scheibchen. Die romantische Zuneigung vieler deutscher Liberaler zu den polnischen Freiheitskämpfern im Vormärz wird ebenso reich dokumentiert wie die spätere Bismarck'sche Germanisierungspolitik. Und des Eiserernen Kanzlers bronzene Büste müsste nur den Kopf drehen, um

Blickkontakt mit der Büste des Marschalls Piłsudski zu gewinnen, des Heros des neuen polnischen Staates nach 1918. Abscheuliche Plakate vom „Volkskutschkampf“ in Oberschlesien zeigen den entfesselten Nationalismus beider Seiten.

Der Hauptteil der Ausstellung ist der mörderischen Besatzungspolitik der Deutschen gewidmet. Massenerschießungen, Repressalien und Raub werden durch Fotos dokumentiert. Aus der von der jüdischen Warschauer Widerstandsgruppe „Oneg

Szabat“ versteckten Sammlung von Berichten und Briefen hat das Warschauer jüdische Museum eine Reihe von Beispielen beigesteuert. Hier wäre es wünschenswert gewesen, wenn die in hebräischer Schrift gehaltenen jiddischen Texte wenigstens auszugsweise übersetzt worden wären. Es finden sich auch kuriose Stücke wie ein Kreuz-König aus einem Kartenspiel, der das Konterfei Hitlers trägt. An mehreren Stellen der Ausstellung werden deutsche Haupttäter abgebildet, die sich, ihre beigefügte Biografie beweist es, oft genug der gerichtlichen Verfolgung entzogen.

Gemeinsames Geschirr

Im Epilog macht die Ausstellung um das Thema „Vertreibung der Deutschen“ aus den vormaligen deutschen Ostgebieten keinen Bogen. Einige originelle Exponate sind zu sehen, ein Schlüsselbrett, wo auf Flucht und Vertreibung mitgenommene Schlüssel befestigt sind – etwa der der Uni Breslau. Oder ein schlesisches Porzellangeschirr, das je zur

Hälfte von den Vertriebenen in Deutschland und von den polnischen Neuankömmlingen benutzt wurde.

Die polnisch-deutsche Wissenschaftlercrew hat zum Vertreibungskomplex eine einheitliche Begriffsnomenklatur gefunden. Jetzt heißt es gleichlautend in Deutsch und Polnisch je nach dem historischen Vorgang Vertreibung, Umsiedlung und Zwangsausweisung.

Gemessen an der Dichte von Prolog und Hauptteil wirkt die Nachkriegs-Beziehungs-geschichte Polens und der beiden deutschen Staaten etwas zu amtlich-offiziös. Gut, dass die Debatte über die Ostverträge nochmals aufgerufen wird, dass ferner die Flugblätter von DDR-Oppositionellen zugunsten der Solidarność ihren verdienten Platz finden. Die Ausstellung endet in fast idyllischem Ambiente.

■ „Deutsche und Polen – 1. 9. 39 – Abgründe und Hoffnungen“. Deutsches Historisches Museum Berlin, bis 6. September



Zivilist wird Kontrolle durch Wehrmachtssoldat unterzogen, Polen 1941 Foto: Joe J. Heydecker/DHM

UNTERM STRICH

Arnold Stadler, sarkastischer Heimatdichter und religionskritischer Theologe, erhält den **Kleist-Preis 2009**. Für die mit 20.000 Euro dotierte Auszeichnung hat ihn sein ungarischer Schriftstellerkollege **Péter Esterházy** bestimmt, wie die Kleist-Gesellschaft gestern in Köln mitteilte. Mit seinem umfangrei-

chen Werk kämpft sich der 55-jährige an seiner oberschwäbischen Heimat ab; heraus kommen so kuriose Titel wie „Erbar-men mit dem Seziermesser“ (2000) oder „Warum toben die Heiden und andere Psalmen“ (1995). In seinem Geburtsort Meßkirch wurden Stadlers „Soziogramme eines real existie-

renden Mikrokosmos“ lange als bloße Abrechnung verstanden. In einem taz-Interview anlässlich der Büchnerpreisverleihung 1999 erklärte Stadler das Zwiespältige seines Werks so: „Meine Literatur entsteht aus dem Dilemma, die Welt retten zu wollen und zugleich an ihre Verlorenheit zu glauben.“

Im **Art Center Berlin** sind von heute bis zum 22. Juli 15 Bronze- und Tonskulpturen des **südafrikanischen Künstlers Percy Konqobe** zu sehen. Der 80-jährige hat jahrzehntlang als Heiler gemäß der Xhosa-Tradition praktiziert; in den Skulpturen verleiht er seinen Träumen und Visionen Gestalt.

tazshop

Bleiben Sie Atomkraftgegner!

Setzen Sie ein Zeichen mit Buttons und Aufklebern. 6 Buttons, 25 mm Durchmesser mit Bogennadel oder 10 Bögen mit je 6 Aufklebern jeweils



€ 300

10% Rabatt für taz-AbonnentInnen & taz-GenossInnen

tazshop
Rudi-Dutschke-Straße 23 | 10969 Berlin
T (030) 25902138 | F (030) 25902538
tazshop@taz.de | www.taz.de

Blicke über den mentalen Belagerungsring

WIENER FESTWOCHEN Mitten in der von der österreichischen Rechten angefachten Anti-EU-Stimmung verhandeln drei Theaterstücke aus Istanbul die Konstruktion von Geschlechteridentitäten als zentrale Frage und beschleunigendes Moment türkischer Modernisierung

VON UWE MATTHEISS

„Abendland in Christenhand“, plakatierte die radikale österreichische Rechte zur Europawahl. Nicht nur der Slogan der FPÖ markiert ein Diskursniveau, das den Luftdruckverhältnissen eines stürmischen Wahltags in Wien ziemlich nahe kommt. Im ungefähr viertreichsten Land der EU votierten mehr als ein Drittel der WählerInnen antieuropäisch. Das Thema EU-Erweiterung war so präsent im Wahlkampf, als ob hauptsächlich in Wien darüber zu entscheiden wäre. Der Wohlstandsrassismus findet endlich sein Mantra: Die Türkei ist unter allen Umständen und immerwährend von den Fleischtopfen der Union fernzuhalten.

Die Wiener Festwochen haben einen Blick über den mentalen Belagerungsring hinaus eröffnet, der sich dieser Tage ohne Feindeinwirkung um die Selbstwahrnehmung der Stadt zuzog. Wo sind nun die Millionen Männer und Frauen, die nichts sehnlicher erwarten als innergemeinschaftliche Freizügigkeit, um mit den „Inländern“ Europas in Konkurrenz um Waren und Dienstleistungen, Arbeits- und Kindergartenplätze, Sozialleistungen und Geschlechtspartner zu treten? Doch Krisen Europa scheint gar nicht so begehrt, wie seine Bewahrer es hoffen. Nein, wirtschaftlich gesehen braucht die Türkei Europa nicht, sagen Elçin und Burçin. Geboren sind beide als Männer im Südosten der Türkei, aber sie leben als Frauen in Istanbul. Für den gesellschaftlichen Fortschritt, für die Sicherung individueller Freiheiten und Bürgerrechte sei der



Szene aus „Der Schrei der Eurydike“, Regie: Sahika Tekand Foto: Wiener Festwochen

Beitritt unerlässlich, finden die Transsexuellen. Das mit den Bürgerrechten betrifft für sie nicht nur den hypothetischen Fall einer Kollision mit staatlicher Gewalt. Für Elçin und Burçin geht es um Alltagserfahrung.

Was sie berichten, was die Installation „Istanbul, Transgelingen“ von Barbara Ehnés über das Leben der Transsexuellen im Viertel Tarlabasi unweit der noblen Einkaufsmeile İstikal Cad-desi im alten europäischen Teil der Stadt zeigt, wäre hinreichen-

der Asylgrund. In der Parkanlage am Wiener Karlsplatz zeigt das Innere eines Kuppelzelts nacheinander sechs kurze Porträts, sechs präzise Alltagsbeschreibungen: Übergriffe der Polizei, gewalttätige Freier, Hämte, Spott, Einsamkeit, kleine Fluchten, Glücksmomente.

Alçins religiöse Erfahrungen in der nichtdiskriminierenden Praxis einer Aleviten-Gemeinde. Burçins Wunsch, später, wenn auch um den Preis der Aufgabe von Sexualität, in den Heimatort

zurückzukehren. Schnell verschwindet die postmoderne Fröhlichkeit aus dem Diskurs von Geschlechteridentitäten, die das Doing Gender allzu gern in nicht von Herrschaft erfüllten Räumen vorstellt.

In „Talarbasi“ sind die Grenzen von individueller Wahl und erzwungenem Leben in sexueller Ausbeutung nicht mehr auszumachen. Die Arbeit von Barbara Ehnés bleibt in der Beschreibung unspektakulär und verschiebt in ihrer Kleinräumigkeit

den Rezeptionsvorgang vom anonymen Schauen hin zur persönlichen Teilhabe.

Helles Geschnatter erfüllt dagegen eine Spielstätte von „brut“, dem kürzlich erst neu aufgestellten Koproduktionshaus für die freie Szene in Wien. „Oyun deposu“ (Stück Depot) ein junge freie Gruppe aus Istanbul, verhandelt abweichende weibliche Identitätswürfe in einer Übergangsgesellschaft auf der Folie des Andersen-Märchens vom hässlichen Entlein. „Hässliches

Menschlein – Çirkin İnsan Yavrusu“ fragt danach, wie das geht – lesbisch sein, Kurdin sein – in einem Umfeld, das vielleicht gerade erst jenseits der vorgehaltenen Hand eine öffentliche Sprache dafür gefunden hat. Oder auch die symbolisch exponierte Frage nach dem Kopftuch, bei der es den laizistischen Eliten des Landes wohl nicht immer um Laizismus, oft aber um Klassenkampf von oben geht. Die Putzfrau mit Kopftuch hat noch selten gestört, die Studentin mit Kopftuch ist eine Staatsaffäre. In der Inszenierung von Maral Ceranoglu liefern drei Schauspielerinnen ein Stakkato aus verdichteter Alltagsrede und parodistischen Ausritten ins Melodram. Modernisierung wird hier als sich selbst überholende Beschleunigung erfahrbar. So ziemlich alles an Konflikten, was mit den einst neuen sozialen Bewegungen sozialisierte WesteuropäerInnen in ihren behäbigen Biografien über Jahrzehnte bis in die unmittelbare Gegenwart durchlebt haben, steht hier gleichzeitig auf einer Bühne.

„Der Schrei der Eurydike – Evidike'nin Çılgılığı“, ebenfalls im „brut“, versucht dem stummen Leiden der Eurydike, der Sophokles in der „Antigone“ gefühlte vier Verse Jammers widmet, eine Stimme zu geben. Sahika Tekand inszeniert ein hartes Chorkonzert im Halbdunkel als unmittelbare Handlungsanleitung für die Gegenwart mit Kreon als militärischer Charaktermaske mit Teppichbeißerqualitäten. Die antiken Texte sind kulturelle Universalien, keine Versatzstücke von Abendlandideologien. Vorsicht: Die Lektüre von „Antigone“ könnte am FPÖ-Wählen hindern.

Der Eigensinn der Bilder

BILDER UND POLITIK Gehen die Bilder vollends in ihrer Instrumentalisierung auf? Tom Holert hat ein Buch über das „Regieren im Bildraum“ geschrieben

Am 14. April 1999 tritt der amtierende Verteidigungsminister Rudolf Scharping in Bonn vor die Presse. Wenige Wochen zuvor hat die rot-grüne Regierungskoalition die Bundeswehr auf den ersten Kriegseinsatz seit Gründung der Bundesrepublik ins Kosovo geschickt.

Die öffentliche Meinung verlangt nach Gründen für den Einsatz und die Bombardierungen. Scharping will ihr diese liefern.

Er hat mehrere Bilder bei sich, Satellitenaufnahmen, auf denen angeblich Massengräber zu sehen sind. Die im Raum versammelten Journalisten sind zu weit vom Rednerpult des Ministers entfernt, um die Fotos genauer in Augenschein nehmen zu können. Eindeutiges ist ohnehin nicht auf ihnen zu erkennen. Aber darum ging es überhaupt nicht.

Auf das Vorzeigen der Bilder allein, auf die Geste des Bewei-

sens kommt es an – Scharping überzeugte, ohne bezeugen, beweisen, nachweisen zu müssen. Solcherart ist die Macht der Bilder, vor allem solcher Bilder, die als Instrument des Regierens eingesetzt werden.

In seiner im B-Books Verlag erschienenen ausführlichen Studie „Regieren im Bildraum“ kommt der Kunsthistoriker und Bildwissenschaftler Tom Holert zu dem Schluss, dass Scharping mit diesem Auftritt auf einen

„Bilder werden produziert, aber sie sind ihrerseits ebenso produktiv“

TOM HOLERT

„Realitätseffekt“ zielte, darauf, durch die Geste des Voraugenstellens visuellen „Blindtext“ in einen scheinbar eindeutigen Bildbeweis zu transformieren.

Wie sich Krieg, Politik und Strategien der Kontrolle neuerdings in einer Ökonomie des Visuellen treffen, wie mit Bildern, kurz gesagt, Politik gemacht wird, steht im Fokus des materialreichen Bandes.

In dem weist sich Holert vor allem als feiner Seismograf visueller Ereignisse in einer ohnehin von Bildern durchwirkten Gegenwart aus.

Weil er weiß, dass in einer medialen Welt nichts schwieriger ist, als über Medien zu reden, verzichtet Holert dabei klugerweise darauf, eine umfassende Theorie „des“ Bildes zu entwerfen.

Statt die Frage nach einem unveränderlichen Wesen des Visuellen zu stellen, begibt er sich – immer in „Sicherheitsabstand“

zu ontologischen oder anthropologischen Behauptungen – auf die Suche nach den konkreten Technologien und Apparaten, die die visuellen und nichtvisuellen Zeichen produzieren, verarbeiten und verbreiten, die uns täglich begegnen – auf Magazincovern, in der Zeitung oder im Fernsehen, im Musikvideo oder im Kinofilm, als Banner auf politischen Demonstrationen oder als Inszenierungen politischer Macht beim Photo Op.

Dieses Haften an konkreten und sehr anschaulichen Beispielen ist die eine Stärke des Buchs. Die andere Stärke liegt in der skeptischen Haltung des Autors jedwedem Versuchungen gegenüber, Bilder und Politik aufeinander zu reduzieren. Das hieße, den Eigensinn des Visuellen zu unterschlagen.

So geschmeidig Politiker und Herrschende es mittlerweile auch verstehen, sich stets ins

beste Licht zu rücken, die Zirkulation der Bilder zu steuern, das Visuelle zu ihrem Vorteil zu verwenden, so kann daraus jedoch nicht gefolgert werden, dass die Bilder in ihrer Instrumentalisierung völlig aufgehen.

Die Macht der Medienmanipulateure steht für Holert zwar außer Frage, sie ist für ihn aber ebenso „eine angeschlagene Macht, der die Kontrolle immer wieder entgleitet“. Etwa, als am 11. September 2001 die Symbole der Weltwirtschaftsmacht USA zerstört wurden.

Die Anschläge auf das World Trade Center, die mediale Repräsentation dieses Ereignisses und seiner Folgen, bilden den Bezugspunkt, um den alle „Bildfälle“ des Buches in mal näherer, mal größerer Entfernung sich versammeln.

Tom Holert fährt eine Fülle heterogenen Materials auf: Präsident George W. Bush, der seinen

Truppen im Irak einen falschen Truthahn serviert; die ganz in der Farbe Orange gekleideten Demonstranten in Kiew; George Michael als tanzender Polizist in seinem Musikvideo „Outside“.

Über der Vielzahl der Beispiele verliert seine Studie jedoch nie ihr Erkenntnisinteresse aus dem Blick: Kann es gelingen, die Bilder, ihr Vorkommen, ihre Verbreitung und ihre Wirkweisen auf eine Art und Weise zu erklären, die die Bilder als Mittel einer instrumentellen Vernunft erkennt, ohne sie dadurch als Bilder zum Verschwinden zu bringen?

Denn für Holert gilt: „Bilder werden produziert, aber sie sind ihrerseits ebenso produktiv.“

DIETMAR KAMMERER

■ Tom Holert: „Regieren im Bildraum“. Berlin: B_books/Polypen Verlag, Berlin 2008, 340 Seiten, mit Illustrationen, 28 €

UNTERM STRICH

Kunst und Kaviar in der Krise: Von Mittwoch bis Sonntag treffen sich 60.000 Sammler, Händler, Künstler, Kuratoren und Kunstbegeisterte zum Rendezvous am Rhein, um die Werke von 2.500 Künstlern zu sehen (und zu kaufen). Für die 40. Art Basel haben sich in diesem Jahr mit 1.100 Galerien mehr Ausstel-

ler beworben als je zuvor. Gleichzeitig wurden die Preise für die beiden besten Werke junger Künstler im Sonderbereich „Art Statements“ auf 30.000 Franken (20.000 Euro) erhöht. Keine Krise also auf dem Papier, aber auf der Leinwand: Turner-Preisträger Wolfgang Tillmans zeigt seine Fotografien des Wirtschaft-

lers und Friedenspreisträger Anselm Kiefer seine Gemälde des Ruinösen und Vergänglichen. Große Bühne für „Billy Elliot“: Das britische Musical um den armen Tänzer hat bei der diesjährigen Verleihung der US-Theaterpreise in New York abgeräumt. Das Stück gewann insge-

samt zehn der begehrten Tonys, darunter die Ehrungen für das beste Musical, die beste Regieleistung, das beste Buch, den besten Schauspieler und die beste Choreografie. Nur Elton John als Komponist zog bei der Verleihung den Kürzeren: Der Tony für die beste Komposition ging an „Next to Normal“.

Ich bin für die Unabhängigkeit der Presse.

Bitte senden Sie mir Informationen zur taz Genossenschaft.

Vorname | Nachname

Straße | Hausnr | PLZ | Ort

Telefon | E-Mail

taz

Senden Sie diesen Coupon an:
 die tageszeitung | Verlagsgenossenschaft eG | Postfach 610229
 10923 Berlin | oder F (030) 25 90 25 16 | www.taz.de/genossenschaft

CHRISTIAN SEMLER ÜBER DIE FREILASSUNG VON 17 UIGUREN AUF PALAU

Schäubles schäbige Taktik

Johnson Poribiong, dem Präsidenten des winzig kleinen Inselreichs Palau, ist es gelungen, die Regierung eines großen Staates, Deutschlands, zu demütigen. Durch eine einzige Geste: Auf Bitten Barack Obamas hat sich Poribiong bereit erklärt, 17 uigurische Internierte aus Guantánamo vorübergehend aufzunehmen.

Dieselbe Bitte hatte Obama mehrfach an die deutsche Regierung gerichtet. Die Uiguren, sämtlich aus der chinesischen Provinz Xinjiang stammend und in Afghanistan von den USA arrestiert, wurden seit 2008 nicht mehr als „feindliche Kämpfer“ eingestuft, gegen sie lagen keine Verdachtsmomente vor. Ihre Freilassung in die USA scheiterte nicht an vorgebrachten Fakten, sondern an einer hysterischen Kampagne.

Innenminister Schäuble erklärte mehrfach, aus den USA lägen nicht genügend Informationen vor, die eine „zusätzliche Gefahr“ durch die Auf-

nahme ausschließen. Niedersachsens Innenminister sekundierte und behauptete, alle Uiguren seien in Terrorcamps ausgebildet worden. Erwiesen ist: Keiner war in so einem Camp, keiner hatte Kontakte zu al-Qaida.

Zur Begründung seiner Ablehnung führte Schäuble weiter aus, den Uiguren fehle es an einer Bezugsgruppe in Deutschland. Auch das stimmt nicht. München beherbergt die größte uigurische Emigrationsgruppe Europas, fünfhundert Menschen. Ein uigurisches Vereinsleben prosperiert. Darüber hinaus haben sich uigurische Münchner Unternehmer bereit erklärt, den Internierten bei der Jobsuche behilflich zu sein.

Schäubles schäbige Hinhaltenaktik kann sich nur auf eine einzige Quelle stützen, auf die Behauptung der chinesischen Regierung, bei den Uiguren handele es sich um Terroristen. Ja dann, warum sie nicht gleich in ihr Heimatland „zurückführen“?

GORDON REPINSKI ÜBER DAS KARLSRUHER URTEIL ZUR GESUNDHEITSREFORM

Kein Grund für Loblieder

Sie ist noch einmal davongekommen, die Gesundheitsreform. Privatversicherer müssen weiter Ältere oder Kranke als Mitglieder aufnehmen – auch wenn sie statistisch mehr Geld kosten. Zusammen mit einem gedeckelten Basistarif war dies der Grundsatz eines Vorhabens, das den Wettbewerb zwischen privaten und gesetzlichen Kassen gerechter gestalten sollte. Hätte das Verfassungsgericht den Privatversicherern nun Recht gegeben, wäre es der Todesstoß für die Reform gewesen.

Dass die Koalitionsparteien nun ein Loblied auf Transparenz, Wettbewerb und Versichertenorientierung der aktuellen Gesetze anstimmen, ist politisch verständlich – aber an der Realität der Arztpraxen vorbei. Und genau daran ändert dieses Urteil nichts.

Denn über eins sollte das positive Votum nicht hinwegtäuschen: Die Ungerechtigkeiten und Fehler im System bleiben bestehen. Immer noch ist es lukrativ, bei gesunden Menschen chronische Krankheiten zu diagnosti-

zieren und in kürzester Zeit so viele Patienten wie möglich durch die Praxis zu schleusen.

Hausbesuche oder intensive Patientengespräche sind hingegen ein Akt der Nächstenliebe – die aufgebrauchte Zeit honoriert das System den Ärzten nicht. Kein Wunder, dass die Mediziner kaum noch dazu bereit sind. Und das bei den mit 15,5 Prozent höchsten Beiträgen, die je verlangt wurden – plus zusätzlich benötigte Steuermilliarden.

Das Gesundheitssystem hat so keine Zukunft. Es wird in der nächsten Legislaturperiode wieder aufgeschnürt und von Grund auf überarbeitet werden müssen. Dies wird politische Drecksarbeit, so wie es schon die letzte Reform war. Doch sie muss erledigt werden.

Um hierfür den politischen Willen zu schaffen, wäre vorm Verfassungsgericht ein anderes Urteil günstiger gewesen. Denn ein faktischer K.O.-Schlag hätte die Türen für einen echten Neuanfang weit geöffnet.

Immer noch ist es lukrativ, bei gesunden Patienten chronische Krankheiten zu diagnostizieren

HANNES KOCH ÜBER DIE SANIERUNG DER MARODEN LANDESBANKEN

Für eine Zentralbank der Länder

Die Schrumpfung der Landesbanken scheint beschlossene Sache. Tausende gut bezahlte Bankangestellte müssen damit rechnen, in den kommenden Jahren abgewickelt zu werden. Bislang allerdings ist die gestern besiegelte Einigung zwischen Bund, Ländern und EU wenig mehr als ein Formelkompromiss. Was daraus wird, steht in den Sternen.

Klar ist: Das bisherige praktizierte System der Banken in öffentlichem Besitz hat sich überlebt. Reihenweise haben die Institute massive Verluste produziert. Den Regierungen und anderen Anteilseignern ist es nicht gelungen, ein funktionierendes Geschäftsmodell zu entwickeln, das nicht auf den Handel mit extrem risikoreichen Wertpapieren gesetzt hätte.

Zum Zweiten halten die Bundesländer krampfhaft an ihren Instituten fest. Nur millimeterweise geben sie dem Druck der EU-Kommission nach und beginnen über die Reform der Staatsbanken nachzudenken.

Dabei würde die Fusion der heute noch sieben unabhängigen Landesbanken zu einer zentralen Bank der Bundesländer die Möglichkeit beinhalten, ein starkes Gegengewicht zu den großen Privatbanken zu bilden. Ausgestattet mit einem vernünftigen Geschäftsmodell, könnte dieses Institut beweisen, dass der Verzicht auf Wahnsinnspekulationen und die simple Versorgung der Unternehmen und Bürger mit Krediten durchaus lukrativ sein kann.

Klar ist auch: Nicht das Modell einer Bank in teilweise öffentlichem Besitz hat sich überlebt, sondern die finanzwirtschaftliche Kleinstaaterei, die die Bundesländer so sehr schätzen. Wenn die Strukturen nicht stimmen, kann der Staat durchaus ein guter Unternehmer sein. Die Norddeutsche Landesbank etwa hat die Krise bislang relativ unbeschadet überstanden. Von den gescheiterten Privatbankern brauchen sich die öffentlichen Institute keine Vorhaltungen machen lassen.



Die letzte Volkspartei

SPD-ABSTURZ Viele meinen, die SPD sollte ihren Kurs korrigieren. Es ist viel schlimmer: Sie hat alles richtig gemacht – und trotzdem verloren

Wenn eine Partei eine Wahl verliert, muss sie gewöhnlich fortan etwas anders machen. Dann wechselt sie den Kandidaten aus oder justiert die politische Richtung neu. Sie sorgt für Disziplin in den eigenen Reihen oder kümmert sich um ihre vernachlässigte Stammklientel. Das Drama der SPD ist: Sie hat all das schon getan. Sie hat einen neuen, verheißungsvollen Kandidaten an die Macht gepusht und die Selbstzerstörung auf öffentlicher Bühne der Beck-Ära beendet. Sie hat die Politik von Staatsverachtung und Markteuphorie, die unter Schröder herrschte, still abgestreift und sich als Partei inszeniert, die sich wieder um ihr Publikum, um Arbeitnehmer, Rentner und Normalverdiener kümmert.

War diese sanfte Resozialdemokratisierung also falsch? Die üblichen neunmalklugen Kommentatoren wissen, dass Opel zu stützen ein etatistischer Irrweg war und nur die schleunige Rückkehr zum Agenda-Kurs Wahlsiege verheißt. Dagegen spricht allerdings alles. Stellen wir uns vor, dass Steinmeier Seite an Seite mit zu Guttenberg Opel achselzuckend hätte pleitegehen lassen, während sich CDU-Mann Rüttgers in seiner Lieblingsrolle als Arbeiterführer inszeniert. Wer glaubt, dass die SPD so mehr als 20,8 Prozent erreicht hätte, macht sich eher vage Vorstellungen von den Wünschen der sozialdemokratischen Kundschaft. Das Desaster der SPD ist nicht, dass sie in den letzten Wochen alles falsch gemacht hat. Das Desaster ist, dass sie fast alles richtig gemacht hat. Deshalb ist die Ankündigung von Parteichef Müntefering, dass man so weitermachen wird wie bisher, keine faule Ausrede. Es ist das unbequeme Eingeständnis, dass es sich um keinen Schadensfall handelt, der mit ein paar Reparaturen zu beheben ist.

Woher also das Debakel? Offenbar handelt es sich noch immer um Spätfolgen der Schröder-Ära, als in der SPD Aufsteiger in schicken Anzügen das Sagen hatten, die Gewerkschaften lästig fanden, Manager für Leitfiguren hielten und den individuellen Aufstieg für die Quintessenz von 140 Jahren SPD-Geschichte. Selten hat eine Partei so zielstrebig das Vertrauen ihrer Klientel in das Selbstverständliche – etwa dass SPD-Regierungen keine FDP-Politik machen – ruiniert. All das ist bekannt und ziemlich langweilig – aber offenbar noch akut. Denn Vertrauen ist ein Stoff, der schnell zerstörbar, aber nur sehr mühsam wieder herstellbar ist. Steinmeiers Schwierig-

keit, ein erkennbares Profil zu entwickeln, ist nicht nur ein biografischer Defekt. Das Diffuse, Unklare, das den Kandidaten umgibt, hat tiefere Gründe. Wenn Steinmeier sich als Opel-Retter inszeniert, kann man sich leicht vorstellen, dass er, vernünftig und wohl abgewogen, auch das Gegenteil vertreten könnte. In Steinmeiers Imageproblem spiegelt sich die Unsicherheit, ob die Besinnung der SPD auf ihre Werte mehr als eine Laune ist.

Die Europawahl hat blitzlichtartig das strategische Dilemma der SPD erhellt. Die SPD kann nur stark werden, wenn sie im Herbst glaubhaft einen Lagerwahlkampf gegen Schwarz-Gelb inszeniert. Gleichzeitig will sie ausge-rechnet mit der marktradikalen FDP regieren. Sie will kurioserweise einen Lagerwahlkampf ohne eigenes Lager führen. Dass die FDP zudem keine Neigung zeigt, Mehrheitsbeschaffer für eine etatistisch gewendete Sozialdemokratie zu sein, macht das Gerede von der Ampelregierung noch unwirklicher. Eine Ampelregierung ist kein Projekt, so wie es vielleicht Schwarz-Grün in Hamburg ist. Sie spiegelt keine neue gesellschaftliche Konstellation wider. Sie ist nichts als ein Wunschtraum der SPD-Spitze. Hinzu kommt, dass sich eine Ampelregierung – angesichts von Krise, Blockade im Bundesrat und der Dauerfehde zwischen Grünen und FDP – eher als Experiment für sonnige Tage eignet.

Die zweite Option der SPD für die Bundestagswahl lautet: stärkste Partei in der großen Koalition werden. Die Europawahl hat klargemacht, dass daraus nichts wird. Die ohnehin gerin-

ge Chance, Steinmeier als frischen, aggressiven Herausforderer von Merkel zu inszenieren, ist perdu. Zudem mag man fragen: Warum soll Steinmeier eigentlich unbedingt Kanzler werden, wenn die große Koalition, wie die SPD-Spitze unentwegt beteuert, schon jetzt – bei Kurzarbeitergeld und Opel – sozialdemokratisch tickt?

So bleibt der SPD eine einzige Perspektive. Wenn es gut läuft, bleibt sie, was sie ist: Juniorpartner in einer Merkel-Regierung. Ob diese glanzlose Aussicht reicht, um die Wähler zu begeistern, ist zweifelhaft. Bürger wählen lieber Gewinner.

Die Europawahl hat für die SPD zudem eine scheinbar paradoxe Botschaft. Ihr Problem ist, dass sie in gewisser Weise die letzte Volkspartei ist, die ziemlich gleichmäßig von Arbeitern und Arrivierten, von Arbeitslosen und Angestellten, von Erstwählern und Rentnern gewählt wird. Bei der Konkurrenz ist das anders. Fast die Hälfte der Rentner hat für die Union gestimmt, aber nur ein Fünftel der Arbeitslosen. Die FDP ist bei den Selbständigen stark, die meisten Arbeitslosen haben Linkspartei gewählt.

Nur die SPD-Wählerschaft bildet in etwa die Struktur der Republik ab. Wenn die Verteilungskämpfe schärfer werden, ist das kein Bonus, sondern ein Malus. Die SPD ist mehr als die Konkurrenz dazu gezwungen, Hartz-IV-Empfänger und lifestyleorientierte Mittelschicht, Opel-Arbeiter und Aufsteiger unter einen Hut zu bekommen. Offensichtlich ist dies, wenn die einen sozial abstürzen, andere sich davor fürchten und die obere Mittelschicht nicht dafür bezahlen will, noch komplizierter als im Aufschwung. Die Krise der SPD ist insofern existenziell. Möglicherweise ist das Konzept einer linken Volkspartei in einer individualisierten, in verschiedenste soziale Milieus zersplitterten, krisenanfälligen und nervösen Gesellschaft überholt.

Die Arbeit an der Zukunft der SPD beginnt am 28. September. Dann wird sie sich, egal ob in der großen Koalition oder in der Opposition, neu justieren. Wenn sie noch halbwegs bei Verstand ist, wird sie Rot-Rot-Grün als Möglichkeit ins Auge fassen und die Selbstfesselung der deutschen Linken auflösen. Diese Öffnung muss behutsam vonstatten gehen, ohne die Mitte preiszugeben und den sozialliberalen Flügel zu verprellen. Sie wird dafür eine Integrationsfigur brauchen, die eher aus dem rechten oder zentristischen Lager kommen wird. Frank-Walter Steinmeier wird es kaum sein.

STEFAN REINECKE

Die SPD muss Arbeitslose und lifestyleorientierte Mittelschicht, Opel-Arbeiter und Aufsteiger unter einen Hut bekommen

Stefan Reinecke

■ lebt in Berlin-Kreuzberg. Früher war er Redakteur der Meinungsseite. Seit fünf Jahren ist er Autor der taz. Hauptsächlich beschäftigt er sich mit Innenpolitik, Parteien und Gesellschaftspolitik.

Foto: Martin Reichert

CHRISTIAN SEMLER ÜBER DEN UMGANG DER DEMOKRATISCHEN STAATEN MIT IRAN

Zweierlei Maß

Wie unterschiedlich die Interessen und die Motive der Hunderttausende auch sein mögen, die seit Tagen im Iran dem Demonstrationsverbot trotzen, eines ist unübersehbar: Der Massenprotest macht sich am Vorwurf des Wahlbetrugs fest, fordert aber darüber hinaus elementare Menschenrechte ein. Deren universelle Gültigkeit hat auch der Iran anerkannt. Der Vorwurf der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, der jetzt prompt seitens des Mullahregimes erhoben wird, sticht nicht. Vielmehr haben alle Staaten das Recht wie die Pflicht, von der iranischen Regierung die Einhaltung der Menschenrechte einzufordern. So weit die Theorie.

Die Praxis im Umgang demokratischer Staaten mit den Menschenrechte verletzenden Regimen sieht freilich ganz anders aus. Überall wird mit zweierlei Maß gemessen. Sind die ökonomischen Interessen zu stark, die unterdrückterischen Regime zu mächtig, oder handelt es sich gar um der „westlichen Welt“ befreundete Länder, so weht nur ein schwaches Lüftchen des Protests, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Oder es werden zahn- und deshalb bisslose gemeinsame Kommissionen eingerichtet, die den „Rechtsstaats-Dialog“ führen. Es macht eben einen

mit sinnvollen Mitteln vorzubringen. Der Bundesregierung ist nicht vorzuwerfen, auf diplomatischem Weg und zu einem frühen Zeitpunkt gegenüber dem Iran interveniert zu haben. Zu Recht wird das Vorgehen der iranischen Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten und gegen die internationale Presse als inakzeptabel bezeichnet. Von einer lächerlichen Naivität hingegen zeugt die Erklärung der Bundeskanzlerin, sie bestehe darauf, dass die Vorwürfe von den zuständigen Stellen schnell und lückenlos aufgeklärt werden. Angela Merkel will offenbar nicht wissen, um wen es sich bei diesen zuständigen Stellen, also den iranischen Wächtern, handelt.

Ein Zeichen von Staatsklugheit setzte hingegen Barack Obama. Wie schon in seiner Kairoer Rede spricht er von der Sehnsucht der Menschen nach Rede- und Versammlungsfreiheit, vermeidet aber alles, was als direkte Stellungnahme zugunsten des betrogenen Kandidaten Mussawi ausgelegt werden könnte. Gleichzeitig aber wies er das State Department an, sich an die Firma Twitter mit der Aufforderung zu wenden, die fälligen Reparaturarbeiten an dem weltweit funktionierenden System zu verschieben, so dass die Protestierenden im Iran sich weiter mittels Kurznachrichten verständigen können. Er macht es dem Regime der Mullahs

Zu Recht wird das Vorgehen der iranischen Sicherheitskräfte als inakzeptabel bezeichnet

großen Unterschied, wo Wahlen verschoben, Oppositionelle verhaftet und hingerichtet werden. Vergleiche die Behandlung Ägypten oder Saudi-Arabien auf der einen, die des Irans auf der anderen Seite.

Trotz dieses fundamentalen, die Glaubwürdigkeit der universellen Geltung der Menschenrechte untergrabenden Missverhältnisses ist es sinnvoll, von der Regierung demokratischer Staaten auch im Fall des Irans entschiedene Stellungnahmen einzufordern. Die Erfahrung lehrt, dass selbst Regime, die sich nach außen abschotten, von Interventionen zugunsten der Menschenrechte nicht unberührt bleiben. Man kann Handel mit einem Staat treiben und eine effektive Menschenrechtspolitik ihm gegenüber betreiben. Der Alles-oder-nichts-Standpunkt ist unfruchtbar. Freilich gilt es, den politischen Protest zur rechten Zeit, in geeigneter Form und

schwer, die bewährten Verschwörungstheorien vom großen Satan USA neu aufzulegen. Und er hilft im selben Zug den Oppositionellen auf praktische, wirksame, die Menschenrechte fördernde Art.

Nicht unerheblich für die Haltung der Bundesregierung gegenüber der weitergehenden Protestbewegung im Iran wird sein, wie sich die zivilgesellschaftlichen Kräfte in Deutschland und Europa zugunsten der demokratischen Kräfte des Irans einmischen und so die eigene Regierung beeinflussen. Dies gilt umso mehr, als ein vom Regime verursachtes Blutbad in naher Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann. Es ist an der Zeit daran zu erinnern, dass der 2. Juni 1967 nicht für ein obskures Werkzeug der Stasi steht, sondern für eine große Solidaritätsaktion mit den demokratischen Kräften im Iran. Hieran anzuknüpfen sollte jetzt die Tagesaufgabe sein.

MALTE KREUTZFELDT ÜBER IGNORIERTER ATOMGEFAHREN

Fahrlässige Untätigkeit

Im Wahlkampf will die SPD mit dem Thema Atom so richtig punkten. Schließlich gibt es bei der Frage des Ausstiegs einen klaren Unterschied zur Union, und die Mehrheit der Bevölkerung teilt die Haltung der SPD. Am Ausstieg, so verspricht Umweltminister Sigmar Gabriel bei jeder Gelegenheit, werde in der nächsten Legislaturperiode nicht gerüttelt.

Bei den Möglichkeiten, bereits vor der Wahl etwas gegen gefährliche Altreaktoren zu unternehmen, war Gabriel hingegen deutlich weniger entschlossen. Zwar liegt die unmittelbare Aufsicht über die deutschen AKWs bei den – zumeist wenig atomkritisch regierten – Bundesländern. Der Bund hat ihnen gegenüber aber ein Weisungsrecht und die Möglichkeit, verbindliche Verordnungen zu erlassen.

Selbst bei aktuellen Gefahren wie dem mangelhaften Schutz älterer Reaktoren vor Flugzeugabstürzen und Terrorangriffen hat der Bund aber keine neuen Vorschriften erlassen, die eine Stilllegung ermöglicht hätten.

Auch beim „Kerntechnischen Regelwerk“, in dem einheitliche Sicherheitskriterien für Atomkraftwerke festgelegt werden, hat der sonst so streitlustige Gabriel einen Konflikt mit Ländern und Konzernen gescheut. Statt die Regeln einfach in Kraft zu setzen, hat Gabriel zugestimmt, sie zunächst unverbindlich zu erproben.

Diese Untätigkeit ist angesichts der potenziellen Gefahren fahrlässig. Und auch politisch ist es unverständlich, dass der Minister noch immer auf Kooperation setzt. Schließlich haben die Energiekonzerne längst klargemacht, dass sie den – auch von ihnen unterzeichneten – Atomkonsens aufkündigen wollen. Und Union und FDP haben versprochen, diesen Wunsch zu erfüllen. Dass die SPD zur Beendigung der riskanten Atomtechnik dennoch allein auf den vereinbarten Ausstieg vertraut und alle anderen Möglichkeiten ungenutzt lässt, kratzt auch an der Glaubwürdigkeit der lauten Wahlversprechen.



Jetzt im Kino: »Wahrheit und Rechtfertigung«
(von und mit J. Habermas)

B A C K

Konjunkturpakete fürs Klima

UMWELT Im Dezember beschließt die UN das Nachfolgeabkommen des Kioto-Protokolls. Der Stand der Verhandlungen verheißt nichts Gutes

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise kann es die Klimakrise weder medial noch politisch aufnehmen. Vor allem die Regierungen der Industriestaaten offenbaren eine erschreckende Führungsschwäche, einen eklatanten Mangel an Mut, Entschlossenheit und Vorstellungskraft, sich der historischen Dimension des Klimaproblems zu stellen. Allerdings wird im Dezember von den 192 Staaten der UN-Klimakonvention der wohl wichtigste Klimavertrag der Geschichte beschlossen: das Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kioto-Protokoll. Zwei Punkte könnten zu Sargnägeln dieses neuen Vertrags werden.

Staatliche Verweigerung

Zum einen ist dies die fortgesetzte Weigerung der Industriestaaten, den Warnungen der Klimawissenschaftler zu folgen und sich zu angemessenen Reduktionszielen zu verpflichten. Die Experten sind eindeutig: Die weltweiten CO₂-Emissionen müssen nach einem letzten Peak ab etwa 2015 massiv sinken. Für die Industrienationen bedeutet das CO₂-Reduktionen bis 2020 von 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 und bis zur Mitte des Jahrhunderts um mindestens 80 Prozent. Nur dann besteht eine, wenn auch keineswegs sichere Chance, den Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius begrenzen zu können. Eine Marke, über der die Folgen des Klimawandels als nicht mehr kontrollierbar gelten.

Dessen ungeachtet schachern die USA, Japan, Kanada und Australien, aber auch die EU-Staaten am Verhandlungstisch, als hätte es die Berichte des Weltklimarates von 2007 nie gegeben. Mit ihren bisherigen Zusagen zur Reduktion von CO₂ würden die Emissionen der Industrieländer bis 2020 nur um 8 bis 15 Prozent sinken. Das heißt, die Temperatur wird sich nicht um zwei, sondern eher um drei Grad erhöhen. Hinter Temperaturangaben und Prozentzahlen verbergen sich allerdings ökonomische, ökologische und humanitäre Krisen neuen Ausmaßes. „Zwei bis drei Grad Erwärmung“ ist nur ein anderer Ausdruck für den Kollaps des Amazonasurwaldes bis 2050, für das Verschwinden der Küsten und Inseln unter dem stetig steigenden Meeresspiegel, für 200 Millionen Klimaflüchtlinge in den nächsten Jahrzehnten.

Der zweite Sargnagel für ein neues Klimaabkommen besteht in der Weigerung der Industrienationen, den Entwicklungsländern ausreichend Geld und Technologien zur Minde-

rung ihrer Emissionen, vor allem aber zur Anpassung an die bereits unvermeidbaren Folgen des Klimawandels bereitzustellen. Bis zu 150 Milliarden Euro pro Jahr wären dafür nötig. Ein Vielfaches davon – rund 440 Milliarden Euro – stellte die EU als Stützung für angeschlagene Banken zur Verfügung, neben Garantien über 2.300 Milliarden Euro. Dennoch weigerten sich die EU-Finanzminister letzte Woche hartnäckig, auch nur die Größenordnung zu benennen, die ihnen ihre eigene Expertengruppe errechnet hatte. Die Entwicklungs- und Schwellenländer ihrerseits machen ehrgeizige Reduktionsziele sowie umfangreiche Finanz- und Technologietransfers zur Voraussetzung für ein neues Klimaabkommen.

Krise, Wandel und Handeln

In dieser verfahrenen Situation sieht es bisher nicht so aus, als würde der neue US-Präsident Obama die auf ihn gerichteten Hoffnungen rechtfertigen. Unbestreitbar ist in den USA vieles in Bewegung geraten: Obama bezeichnet den Klimaschutz als Priorität, und der US-Kongress verhandelt ein Gesetz, das erstmals einen nationalen Emissionshandel mit entsprechenden CO₂-Obergrenzen vorsieht. Bis 2020 will Obama mit diesen und weiteren Maßnahmen jene 15 Prozent CO₂-Emissionen abbauen, die die USA seit 1990 zugelegt haben. Seine Klimadiplomaten verbreiten Aufbruchstimmung, laden Umweltverbände zum Austausch ein und fordern einen neuen, für alle Nationen bindenden Klimavertrag von Kopenhagen.

Die Finanzkrise hat gezeigt, was möglich ist, wenn eine Krise als kollektive, globale Krise erkannt und erlebt wird

Stefan Krug

ist Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace Deutschland in Berlin. Als Mitglied der internationalen Greenpeace-Delegation verfolgt er die diesjährigen UN-Klimasprache.



Foto: Matoff/Greenpeace

Faktisch aber wollen die Amerikaner weiterhin weder das alte noch ein neues Kioto-Protokoll. Sie lehnen es ab, sich international auf ein Klimaziel bis 2020 zu verpflichten, und wollen nur einem langfristigen Ziel von minus 80 Prozent bis 2050 zustimmen. Nach seinem Wahlsieg hatte Obama erklärt, beim Thema Klima sei Verschieben „keine Option“. Genau diese Option wählt der Präsident aber, wenn er für die USA international nur ein Ziel in 40 Jahren akzeptiert. Eine Industrienation, die mit nur viereinhalb Prozent der Weltbevölkerung 20 Prozent der weltweiten Emissionen erzeugt, muss mehr bieten. Obama hat den Kampf gegen den Klimawandel noch nicht wirklich begonnen.

Wie also weiter? Sicher, die beiden größten CO₂-Emittenten der Erde müssen sich verständigen. Zugeständnisse an den Erzkonkurrenten China etwa beim Transfer von Know-how und Technologie sind in den USA zwar innenpolitisch hochexplosiv, könnten aber einem Deal den Weg ebnen, der den Amerikanern umgekehrt Spielraum für schwächere Reduktionsziele einbringt. China wird umgekehrt freiwilligen Zielen in ausgewählten Industriebranchen zustimmen. Aber ist ein lauer Kompromiss das, was der Klimaschutz braucht?

Die Finanzkrise hat gezeigt, was möglich ist, wenn eine Krise als kollektive, globale Krise erkannt und erlebt wird. Quasi im Handstreich wurden und werden Billionen von Dollar zur Rettung kollabierender Banken, angeschlagener Autokonzerne und siechender Konjunkturen mobilisiert. Nach Jahren der Entpolitisierung der Wirtschaft und der massiven Zurückdrängung staatlicher Regulierung wurden dem Staat parteiübergreifend und im Schnellverfahren massive Eingriffsrechte in Unternehmens- und Wirtschaftsstrukturen zugestanden.

Heute liegen alle Fakten auf dem Tisch, die beweisen: Der Klimawandel ist eine globale, kollektive Krise, mit dem Unterschied, dass seine Folgen diejenigen der gegenwärtigen Krise bei weitem übertreffen werden. Europäer und Amerikaner müssen die Klimakrise mit derselben Entschlossenheit angehen und in Kopenhagen gemeinsam vorangehen. Deutlich höhere Reduktionsziele, staatliche Regulierung klimaschädlicher Industrien und massive Investitionen in den Aufbau regenerativer Energieerzeugung sind die Eckpfeiler. Das Treffen der Bundeskanzlerin Ende Juni mit Präsident Obama könnte ein Anfang dafür sein.

STEFAN KRUG



die tageszeitung

Ausgabe Berlin
Nr. 8913
25. Woche
31. Jahrgang
€ 1,80 AUSLAND
€ 1,20 DEUTSCHLAND

FREITAG, 19. JUNI 2009 | WWW.TAZ.DE

HEUTE IN DER TAZ



NACHRUF Lord Ralf Dahrendorf ist tot. Eine Würdigung des Liberalen auf > SEITE 13

BERLIN Die Charité verteidigt ihren Plan, ein neues Bettenhaus zu bauen > SEITE 22

KAPITAL Obamas geplante Kontrolle der Banken stößt auf Widerstand > SEITE 8, 12

SKANDAL Für Silvio Berlusconi Partys sollen auch Prostituierte engagiert worden sein > SEITE 11

Foto oben links: dpa, R. Kluba/Visum

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren.

Der Tiermörder und US-Präsident Barack Obama gerät während seiner noch kurzen Amtszeit in seine erste Regierungskrise. Die Tierschützer von Peta (People for the Ethical Treatment of Animals) haben Obama scharf kritisiert, weil er kürzlich während eines Fernsehinterviews einer Fliege den Garaus gemacht hat. Die Tierschützer mahnen einen „humaneren“ Umgang mit Fliegen an. „Wir wollen Mitgefühl sogar mit den neugierigsten, kleinsten und unsympathischsten Tieren“, sagte ein Sprecher. Obama hat mit einem Erlass reagiert, der die oppositionellen Republikaner erbost:

Waterboarding von Fliegen ist künftig verboten!

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 8.639 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren.
Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax 030-25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-25 1 06 94, anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22
Redaktion: tel. 030-259 02-0 fax 030-25 1 51 30, briefe@taz.de
taz, die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de



Hände hoch! Das ist ein Bildungsüberfall!

BILDUNGSSTREIK Mit inszenierten Banküberfällen erhöhen Studierende den Druck im Schul- und Uni-Ausstand



BERLIN taz | Am vorletzten Tag der Streikwoche sind die protestierenden Studierenden zu drastischeren Aktionsformen übergegangen. Wie bereits an den Vortagen kam es in mehreren dutzend Städten, darunter Würzburg, Heidelberg und Konstanz, zu Besetzungen von Universitätspräsidien, Instituten, Prüfungsämtern und Straßenkreuzungen. Die spektakulärste Aktion aber waren symbolische Banküberfälle. So überfielen 200 Studierende die Zentrale der HSH-Nordbank in Hamburg – allerdings nur symbolisch; vor der Hypo Real Estate in Berlin beteiligten sich mehrere hundert an einem inszenierten Banküberfall. Zur gleichen Zeit empfing der Präsident der Kultusministerkonferenz eine Gruppe von Studierenden zum Gespräch. Streikinitiator Jared Herbing zur taz: „Ich gehe davon aus, dass die Uniräume bis zu den Semesterferien besetzt bleiben, schließlich wollen wir Druck auf die Uni-leitung ausüben.“

> Thema des Tages SEITE 2, 21

Studentenaktion gestern in einer Commerzbank-Filiale in Berlin-Friedrichshain Foto: Björn Kietzmann

Ströbele: „BND hat Irakkrieg unterstützt“

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS Der Abschlussbericht zur Rolle des BND im Antiterrorkrieg fällt milde für die rot-grüne Regierung aus – trotz deutlicher Hinweise auf eine Unterstützung der USA im Irakkrieg

BERLIN taz | Zum Abschluss der Arbeit des BND-Untersuchungsausschusses hat der Grünen-Obmann Hans-Christian Ströbele festgestellt, dass der Bundesnachrichtendienst den Irakkrieg der USA unterstützte. „Der BND hat unzweifelhaft kriegsrelevante Informationen zur Unterstützung von Kampfhandlungen geliefert“, sagte Ströbele der taz. „Der Offiziersclub wurde zweimal direkt nach Informationen der beiden Agenten bombardiert.“ Es sei „Unsinn, zu behaupten, dies alles sei militärisch ohne jede Relevanz gewese-

sen“. Vielmehr handelte es sich um „potenzielle Ziele für Bomben- und Raketenangriffe“.

Was den Fall des in Guantánamo inhaftierten Bremer Murat Kurnaz angeht, forderte Ströbele „Konsequenzen“ von dem heutigen Außenminister und damaligen Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier (SPD). „Es gab das Angebot der USA, Kurnaz aus Guantánamo freizulassen. Das Kanzleramt hat dies ausgeschlagen und danach mehrere Jahre alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit Kurnaz nicht nach Deutschland kommt. Obwohl

feststeht, dass von ihm keine Gefahr ausging. Hier muss Steinmeier die Verantwortung übernehmen, ich erwarte Konsequenzen.“ Zunächst erwartet Ströbele von Steinmeier eine Erklärung: „Steinmeier muss nun sagen, ob er dieses Verhalten nach wie vor für richtig hält. Er hätte einem unschuldigen Mann vier Jahre Guantánamo ersparen können.“ Die SPD sieht das nicht so.

Nach mehr als dreijährigen Ermittlungen hat der BND-Untersuchungsausschuss seine Arbeit am Donnerstag beendet.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Siegfried Kauder (CDU), übergab den Abschlussbericht an Bundestagspräsident Norbert Lammert. Die drei Sondervoten der Grünen, FDP und Linken-Fraktion werden zusammen mit dem Bericht veröffentlicht. Die politischen Einschätzungen der Fraktionen unterscheiden sich in vielen Punkten. Im Gegensatz zu den Oppositionsparteien beharrt insbesondere die SPD darauf, dass die Regierung „stets im Rahmen der Gesetze“ gehandelt habe.

> Schwerpunkt SEITE 3

Klimaziel kaum noch erreichbar

BERLIN taz | Klimawissenschaftler warnen in einem neuen Bericht davor, dass das wichtigste Klimaziel kaum mehr erreichbar ist: eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad. Wenn die Temperatur stärker steigt, würde der Klimawandel unkontrollierbar, weil etwa große Mengen Eis schmelzen und die Permafrostböden auftauen, wodurch sich der Klimawandel selbst verstärken würde. Einen Meeresspiegelanstieg um 1 Meter bis zum Jahr 2100 halten die Forscher für unvermeidbar.

> Wirtschaft und Umwelt SEITE 9

KOMMENTAR VON CHRISTIAN SEMLER

Fleißig gebuddelt, wenig Ertrag

Einhundertdreißig Sitzungen zur Einvernahme von einhundertvierzig Zeugen – hat sich's gelohnt, hat der Abschlussbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu diversen BND-Affären eindeutige Ergebnisse zutage gefördert? Das kann man nicht behaupten.

Frank-Walter Steinmeier, ehemals Staatsminister der rot-grünen Koalition und Chef des Kanzleramts, wurde zwar durch Mehrheitsvotum entlastet, konnte aber nicht überzeugend den Vorwurf widerlegen, er habe trotz amerikanischer Angebote zur Freilassung des Bremer Türken Murat Kurnaz diesen jahrelang unschuldig in Guantánamo schmoren

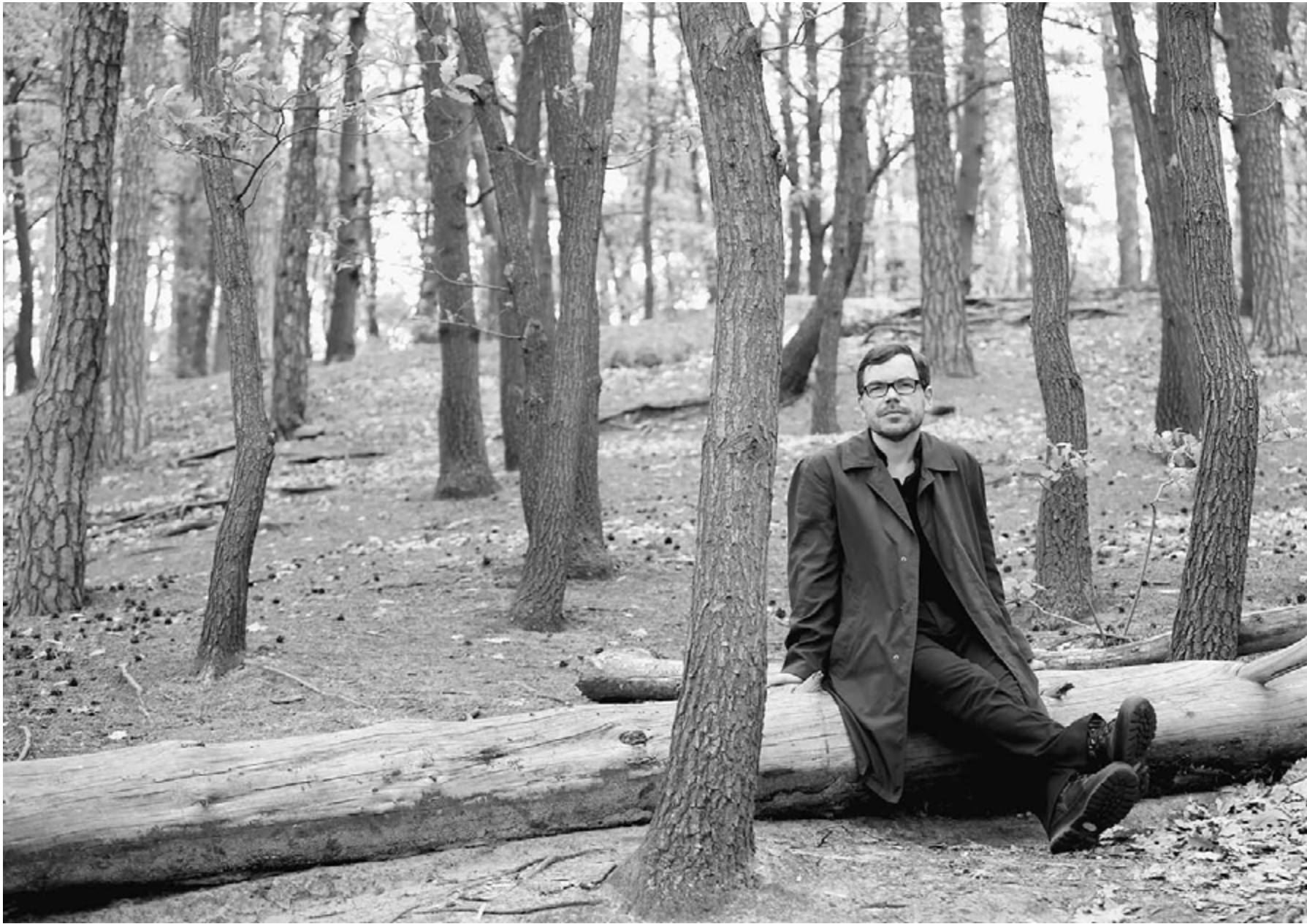
lassen. Der Ausschuss konnte auch kein Einvernehmen darüber erzielen, ob die Informationen, die von zwei BND-Agenten zu Beginn des Irakkriegs gesammelt und an die USA weitergegeben wurden, als militärische Unterstützung zu qualifizieren waren. Wenn ja, wäre die Gegnerschaft der rot-grünen Regierung zum Irakkrieg ins Zwielicht geraten. Klären konnte der Ausschuss auch nicht, ob die Regierung von der Inhaftierung, dem Transport, der Einkerkung und Folterung angeblicher Terroristen, darunter auch ein deutscher Staatsbürger, wusste. Das wichtigste Resultat der Ausschussarbeit ist ein einmütiges Urteil über die kriminellen Aktionen der USA beim

„Kampf gegen den Terror“ – auch gegenüber Verbündeten. Aber leider habe man davon erst später Kenntnis erhalten.

Bei der Arbeit des Ausschusses erwies es sich als nützlich, dass die CDU in einer Doppelrolle als loyaler Großkoalitionär und gleichzeitig als Ankläger gegen die vormalige rot-grüne Koalition auftrat. Dadurch konnte die SPD nicht alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die ihr die erdrückende Koalitionsmehrheit

Der Kontrolle der Dienste sind nach wie vor enge Grenzen gesetzt

im Ausschuss gegeben hätte. Sie konnte nicht alle Initiativen der oppositionellen Ausschussmitglieder abbügeln. Dennoch erwies sich ein weiteres Mal, dass der parlamentarischen Kontrolle der Dienste enge Grenzen gesetzt sind. Dies gilt nicht nur für die Befugnis der Regierung, Zeugenaussagen zu verhindern oder Dokumente nicht zugänglich zu machen. Noch entscheidender ist, dass im Reich der Dienste fast alles mündlich abläuft, Diskussionen und Anweisungen nicht schriftlich festgehalten werden, Aktennotizen unterbleiben. Dies kraft Gesetz ändern zu wollen verkennt den Auftrag der Geheimen. Schlapphut und Transparenz – das geht nicht zusammen.



Der Schriftsteller David Wagner beim Spaziergang am Berliner Schlachtensee. Da draußen, beim Rumstapfen durchs Geäst sind große Fragen weniger peinlich
Foto: Amélie Losier

Der wider Willen Engagierte

PORTRÄT Was ist Literatur? Wie genießt man? David Wagner über große Fragen und seinen demnächst erscheinenden neuen Roman

VON WIEBKE POROMBKA

Stürmisch ist es am Berliner Schlachtensee um die Mittagszeit. Immerhin hat der Wind die Regenwolken vom Vormittag vertrieben. David Wagner hat den Weg entgegen dem Uhrzeigersinn eingeschlagen, eindreiviertel Stunde dauert es, den See mit ihm einmal zu umrunden. Wagner geht langsam, nicht weil er nicht schneller könnte. Er schlendert, genießt das Laufen. Mit seinem dunkelblauen Mantel, der schwarzen Armani-Brille und dem perfekt geschnittenen Haar trägt er ein wenig von der Eleganz des großstädtischen Flaneurs auf den von Wald gesäumten Uferweg.

Gehen und genießen – das hängt bei Wagner nicht ohne Grund zusammen. Dem 1971 Geborenen, der nach seinem Romandebüt „Meine nachtblaue Hose“ im Jahr 1999 als einer der wichtigsten jungen Autoren gehandelt wurde, ist vor knapp zwei Jahren eine neue Leber transplantiert worden. Fast 20 Prozent derjenigen, die eine neue Leber bekommen, überleben das erste Jahr nicht, erzählt Wagner, der das Laufen in Reha-Aufenthalten erst langsam wieder lernen musste. Seit er zwölf ist, hat er von seiner Autoimmunhepatitis gewusst, einer Krankheit, bei der das Immunsystem körpereigene Leberzellen für fremdes Gewebe hält und autoimmun Antikörper bildet, die zu Leberentzündungen führen. Eine medizinische Erklärung dafür gibt es bis heute nicht. „Irgendwann würde meine Leber nicht mehr funktionieren, das war klar“, sagt Wagner. „Nur, ob dann eine Spenderleber da sein würde, das war gar nicht klar.“

Dass sich durch so eine Erfahrung der Blick auf das eigene Leben verändert, ist kaum anders

denkbar. Nahe liegend ist die Frage, ob auch die Bedeutung des Schreibens eine andere ist. Wagner lacht, jugenhaft, wenn es um die ganz großen Fragen geht. Warum schreibt man? Was ist Literatur? Im Café würde einem die Ernsthaftigkeit solcher Fragen ein wenig peinlich sein. Hier draußen, während man nebeneinander her stapft, geht das irgendwie ganz gut. „Ein, vielleicht zwei Stunden gute Unterhaltung, die man dem Leser beschert“, antwortet Wagner, lacht noch ein bisschen mehr und stiehlt sich ein paar Schritte nach vorne.

Spurensuche

Natürlich bedeutet Schreiben noch viel mehr. Aber Wagner ist niemand, der auch nur in die Nähe der selbststilisierenden Geste kommt. Eher ist es eine leise, feine Ironie, die das Sprechen über seine Arbeit durchzieht. Das ist nicht unangenehm, sondern wirkt wie der Versuch, eine gewisse Distanz auf das eigene Tun zu bewahren.

Auch wenn Wagner also die Formel von der Unterhaltung ins Gespräch bringt, ist seinen Büchern doch etwas gemeinsam, das man ein Bewusstsein für die Vergänglichkeit, für das Verschwinden von Dingen und Menschen nennen könnte. Dieses Bewusstsein schlägt sich nicht etwa in Sentimentalität nieder, sondern in einer Genauigkeit des Blicks, die Wagners Texten, den literarischen wie den kulturjournalistischen, vorausgeht und sich in sie eingeschrieben hat.

Seinen Büchern ist etwas gemeinsam, das man ein Bewusstsein für die Vergänglichkeit nennen könnte

Das machte schon seinen ersten Roman aus, der die Erinnerungen an das Aufwachsen in der westdeutschen Provinz in den Siebziger- und Achtzigerjahren, an das Einfamilienhaus-Idyll, mit all seiner halb bedrückenden, halb wohligen Aufgeräumtheit und Trägheit noch einmal ganz gegenwärtig werden lässt. Wer etwas über die mit der Wende untergegangene Bundesrepublik lesen will, der kann sich mit „Meine nachtblaue Hose“ auf Spurensuche begeben.

Kaum ein Autor wird gern Chronist genannt, auch Wagner hadert ein bisschen mit der Formulierung. Vermutlich deshalb, weil dem Chronisten das Ästhetische weitgehend abzugehen scheint. „Schreiben“, sagt Wagner aber, „das ist vor allem Arbeit an der Form.“ Das Material müsse immer und immer wieder überarbeitet, geschliffen und arrangiert werden.

Im Februar ist der schmale Band „Spricht das Kind“ erschienen, Prosaminaturen über die ersten Lebensjahre seiner Tochter, denen man anmerkt, wie viele dieser Überarbeitungs- und Schleifungsprozesse sie hinter sich haben: Spielplatz- und Freibadbesuche, abendliche Ins-Bett-Bring-Rituale, die Wagners lakonische Sprache poetisch werden lässt, ohne dass sie dadurch erklärend oder weniger genau beobachtet wären. Und immer wieder ist es der Prozess des kindlichen Sprechens, den er in seinen kleinen Skizzen einfängt, aber nicht kommentiert, sodass der verwunderlich klare und manchmal einfach nur schön alberne Blick aufblitzt, den Kinder auf ihre Umgebung haben. Wagners Buch wurde von der Kritik mit Walter Benjamins „Berliner Kindheit um 1900“ verglichen. Nicht zu Unrecht.

Beim Lesen dieser Miniaturen stellt sich ein sonderbarer Effekt

ein, der vielleicht für Wagners Schreiben insgesamt charakteristisch ist. Indem er das Besondere beschreibt und es in eine gleichsam verdichtete wie durchkomponierte Form bringt, verbleiben die Texte in einer Art Schwebzustand, der zwischen dem Besonderen und dem Allgemeinen hin- und herklappt. Wer Kinder hat, dem wird das bei „Spricht das Kind“ besonders auffallen. Was Wagner nämlich an seiner Tochter beschreibt, das hat man auch an den eigenen Kindern erstaunlich identisch beobachten können. Das ist lustig, manchmal auch ein wenig erschreckend.

Bloß Marmelade

Das Erstaunliche daran ist, wie Wagner auf diese Weise das Kindsein in seiner anthropologischen Dimension sichtbar macht – ohne aber dass dessen Zauber vergehen würde. Für die Bemerkung, dass sich seit „Meine nachtblaue Hose“ sein Stil, das melodiose, manchmal ineinander verschachtelte Arrangement der Sätze und Gedanken verdichtet habe, bedankt sich Wagner mit einem leicht süffisanten Hochziehen der Augenbrauen. Es lägen immerhin auch zehn Jahre zwischen den beiden Büchern.

Langsam haben wir uns warm gelaufen. Nur vereinzelte Hundebesitzer und ein paar Mütter mit Kinderwagen können sich leisten, unter der Woche hier entlangzuspazieren. Die stören nicht. Also einfach noch mal eine der ganz großen Fragen: die nach dem Selbstverständnis als Autor. „Das Schlimmste, das sind doch engagierte Schriftsteller?“, fragt Wagner zurück. „Die sich selbst so furchtbar gern über Politik und die Welt philosophieren hören.“ Fast hat man den Eindruck, dass er sich ein wenig schütteln muss, aber vielleicht ist ihm

Ganz plötzlich fällt David Wagner etwas ein. Er kramt in seiner Tasche und holt einen Organspendeausweis hervor

auch nur der Wind in den Mantel gefahren.

Mehr Spaß macht ihm, über seinen neuen Roman zu sprechen, dessen Manuskript er gerade beendet hat und der im September im Rowohlt Verlag erscheint. „Vier Äpfel“ heißt er – und spielt in einem Supermarkt. Ein Mann will vier Äpfel kaufen und stellt beim Abwiegen fest, dass sie zusammen exakt tausend Gramm schwer sind. Wie also seien durch diesen eigentlich gar nicht bedeutsamen Zufall seine Sinne geschärft, schaut der Mann plötzlich anders auf die Regale und Waren, und es entspinnt sich eine melancholische Reflexion darüber, wie sich innerhalb weniger Jahre nicht nur sein eigenes Leben, sondern auch die Dinge um ihn herum verändert haben. Eine Kritik der Konsumwelt? Kann schon sein. Wagner bleibt kurz stehen. „Viel leicht bin ich doch ein wenig so etwas wie ein engagierter Autor?“ Wir kommen an einem Restaurant vorbei, dessen mit Wolldecken bestückte Liegestühle verführerisch auf der leicht erhöhten Terrasse herumstehen. Wenn Wagner so genüsslich isst, wie er geht, macht es sicher Spaß, mit ihm hier anzuhalten. Andererseits: In „Meine nachtblaue Hose“ sind es vor allem Butterbrötchen mit unanständig viel Marmelade, die verzehrt werden. Aber die Abmachung war ja ohnehin zu laufen, und es ist noch ein gutes Stück, bis der See einmal umrundet ist.

Es war übrigens nicht nur die Marmelade (selbst gemacht, vom Vater des Erzähles), die Wagner von der Generation Nutella, wie spätestens nach Florian Illies „Generation Golf“ die Autoren der westdeutschen Wohlstandsjugend gern genannt wurden, unterschieden hat. Anders war an Wagner ein Blick auf die Dinge, der zwar aus der Zeit kam, zeitgenössisch war, aber nie den Impuls hatte, Marken, Trends oder Schlagworte zu kreieren.

Eine Art gegenwartsverankerte Zeitlosigkeit findet man in seinen Büchern. Eine Zeitlosigkeit, die Wagner auch als Typ ausstrahlt. Wer ihn nicht kennt, wird sein Alter kaum schätzen können. Plötzlich fällt ihm etwas ein, er kramt in seiner Tasche und holt einen Organspendeausweis hervor. „Es fällt mir wirklich schwer zu verstehen“, sagt er, „dass so etwas nicht jeder besitzt. Ich lebe noch, weil jemand so einen Ausweis hatte.“ Bei dem Berliner Verlag Sukkultur, bei dem Wagner hin und wieder kleinere Arbeiten publiziert, ist gerade ein Bändchen erschienen, in dem man die Geschichte von Wagners Krankheit nachlesen kann. Davon, wie er eines Abends literarische Blut spuckte, als Krampfader in seiner Speiseröhre platzen, wie er auf die Intensivstation gefahren wurde und wie er wusste: Jetzt muss sehr bald eine neue Leber kommen.

In dem kleinen gelben Bändchen ist hinten auch so ein Organspendeausweis eingelegt. „Ich befürchte“, sagt Wagner, als wir den See verlassen und die Treppen zur S-Bahn hinaufsteigen, „ich bin wirklich ein engagierter Autor.“ Er versucht, dabei möglichst entrüstet zu gucken, was unweigerlich zum Lachen reizt – und meint das doch auf seine hintergründige Art sehr ernst.

Terrorismus und Piraterie

NEUER SINNHORIZONT Im Paul-Löbe-Haus hat die Ausstellung „Bundeswehr im Einsatz“ eröffnet

Am Eingang halten zwei lebensgroße Soldatenpuppen Wacht. Die eine im grünen Drilllich, die andere in militärischer Camouflage, behängt mit vielerlei Taschen. Letztere ist ein Soldat der Isaf, der Afghanistantruppe. Waffen sind bei den beiden Wächtern nicht zu sehen; das gehört sich auch nicht, denn wir sind Besucher im Foyer des Paul-Löbe-Hauses, wo die Abgeordneten des deutschen Bundestages ihre Büros haben.

Zum 15. Jahrestag ihrer ersten Auslandseinsätze und deren Legitimation durch das Bundesverfassungsgericht hat die Bundeswehr zu einer Ausstellung „Bundeswehr im Einsatz“ eingeladen. Wir sehen schmucke, ellipsenförmig gestaltete Stelen, die die abgeschlossenen wie die laufenden internationalen Einsätze der Bundeswehr fotografisch dokumentieren und zudem eine kurze Geschichte der Bundeswehr seit den 50er-Jahren bieten.

Im Gegensatz zum Katalog, der wenigstens auf einige der scharfen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der alten Bundesrepublik um Wiederbewaffnung, allgemeine Wehrpflicht und das Notstandsrecht verweist, ist in der Ausstellung selbst hiervon so gut wie nichts zu sehen. Die Auslandseinsätze und in der Bundesrepublik als völlig unumstritten dargestellt.

Die ideologische Botschaft ist klar: Im Innern ist die Bundeswehr ein fester Bestandteil der Gesellschaft und ihrer demokratischen Kultur. Sie steht zudem unter strikter Kontrolle des Parlaments, jeder militärische Einsatz muss durch den Bundestag bewilligt werden. Außenpolitisch fungiert sie als Instrument der internationalen Friedenssicherung. Wo immer sie eingesetzt wird, dient sie der Sicherheit auch der deutschen Bürger und Bürgerinnen.

Auch von dem gegenwärtig umfangreichsten und gleichzeitig gefährvollsten Einsatz, dem in Afghanistan, wird ein ausgesprochen geschöntes Bild gezeigt. Wir werden breit über die Aufbauleistungen der deutschen

Soldaten im Norden des Landes im Rahmen der Isaf informiert, nicht aber über die reale militärische Lage, die auch im Norden zunehmend durch offene militärische Konfrontation mit den Taliban und den Verlust der militärischen Kontrolle über die Territorien gekennzeichnet ist.

Generell ist festzuhalten, dass die Ausstellung keinen Versuch unternimmt, die politischen und ökonomischen Faktoren darzustellen, die zu Bürgerkriegen, zum Staatszerfall und zu riesigen Fluchtbewegungen in der Dritten Welt führen. Trotz vielfacher Betonung der friedlichen, konstruktiven Aufgaben des Militärs ist der hier sichtbare Sicherheitsbegriff militärisch determiniert.

Die Ausstellung ist ein Produkt des Militärgeschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr, das sich in der Zeit vor 1989 beträchtliche Verdienste um die Aufklärung der deutschen Wehrmachtsverbrechen im Zweiten Weltkrieg erworben hat. Das Forschungsamt sieht Ausstellungen wie die jetzige im Dienst der historischen Bildung der Soldaten. Doch eher sollte man von Ideologieproduktion sprechen, mit der gegen die „Sinnkrise“ angekämpft wird, mit der die Bundeswehrführung konfrontiert ist, seit ihr der Feind im Osten abhandengekommen ist. Gegen die neuen Feinde, den internationalen Terrorismus, die „failed states“, die organisierte Kriminalität und jetzt auch die Piraterie gilt es weltweit anzutreten. Das ist der neue Sinnhorizont, wie auch die Ansprache von Verteidigungsminister Jung zeigte.

Die freilich blieb nicht unkommentiert. Von den oberen Rängen des Lichthofs rieselten Flugblätter und kleine rosa Panzertafeln auf die versammelten Militärs und Zivilisten herab. Sprechchöre waren zu hören: „Bundeswehr raus aus Afghanistan!“ Wie zu erwarten, ließ sich der Bundesverteidigungsminister in seinem Redefluss dadurch nicht irritieren, und bald zog wieder Ruhe ein. **CHRISTIAN SEMLER**

■ Bis 24. 7., Paul-Löbe-Haus, Berlin



Ramune Pigagaite, Cleaning woman No. 4, 2004, C-Print Foto: Opelvillen

Allee des Gemeinsinns

HAUPTSACHE ARBEIT In den Opelvillen in Rüsselsheim werden künstlerische Positionen vorgestellt, die sich mit dem Umbruch der Arbeitsgesellschaft auseinandersetzen

VON URSULA WÖLL

Als sich Antje Schiffers 2003 um den Posten einer „Werkkünstlerin“ bei ContiTech Hannover bewarb, ging die Firma tatsächlich darauf ein und gab ihr einen Zeitvertrag. Als vermutlich erste dieser Profession schlug sie den einzelnen Abteilungen vor, ihnen ein Wandbild zu malen, das sich auf ihre Arbeit bezog. Denn das war nur in stetigem Austausch mit den Beschäftigten möglich, was der interaktiven Arbeitsweise der 1967 geborenen Künstlerin entsprach. Ihr Vorhaben nannte sie „Hauptsache man hat Arbeit“ und fragte nach weiteren Redewendungen, um Gespräche untereinander anzuregen. „Zieh, Ochse, wenn du keine Ausbildung hast“, das sage ich immer, wenn ich den Geschirrwagen schiebe“, fiel etwa einer kroatischen Küchenhilfe spontan dazu ein. Am Ende wünschte sich das Küchenpersonal ein Gemälde, das seine multikulturelle Herkunft ausdrückte und erhielt es auch.

Die verschiedenen Wandbilder sind nun als Großfotos in der Ausstellung „Kunst zur Arbeit“ in den Opelvillen in Rüsselsheim zu sehen. Die großbürgerliche Villenanlage am Main wurde einst von der Familie Opel bewohnt und vor etlichen Jahren zu einem Kunstzentrum der Industrieregion ausgebaut. Sie liegt an der Route der Industriedenkmal, durch ihre Glasfronten blickt man zwar nicht auf die Autowerke, aber auf gewaltige Raffinerietanks am jenseitigen Ufer. So ist der Ort bestens geeignet, Kunst zum Thema „Arbeit“ zu zeigen. Endlich, nachdem die gesellschaftliche Diskussion das Thema wiederentdeckt hat, wacht auch die Kunstszene auf und be-

freit es vom Klischee des Muskelmannes, der den Schraubenschlüssel schwingt. Denn nicht nur die Arbeit selbst hat sich gewandelt, sondern auch ihre künstlerische Reflexion. Gingen StudentInnen 68 ans Fließband, um für ihre Ideen zu agitieren, suchen Künstler heute Kontakt, um gegenseitig zu lernen.

Wie Antje Schiffers beziehen auch andere KünstlerInnen die Akteure selbst ein, um gemeinsam über ihre jeweilige Rolle in Betrieb und Gesellschaft nachzudenken. Durch seine Hartnäckigkeit erreichte der renommierte finnische Fotograf Tuomo Manninen, dass er im Opel-

ple.Motors.Opel“ sind es Opelmannes, was der Ausstellung großen Andrang der Rüsselsheimer Bevölkerung beschert.

Konsequenter geht das Münchener Künstlerduo Corbinian Böhm und Michael Gruber vor, das unter dem Namen Empfangshalle arbeitet. Das künstlerische Produkt wird zur individuellen Leistung von vielen, seine Entstehung zum kollektiven Prozess auf gleicher Augenhöhe, in dem der Künstler Stichwortgeber ist. Ihr aufwändigstes Projekt hat den Titel „Woher Kollege? Wohin Kollege? Was fühlst du, wenn du an Heimat denkst?“

Der Aufmacher der von Beate Kemfert als Direktorin der Opelvillen kuratierten Ausstellung zeigt ein Foto aus diesem Projekt. Ein großes orangefarbenes Münchner Müllauto steht vor Bananenstauden und von Kindern umringt in einem afrikanischen Dorf. Das innen zum Wohnwagen verwandelte Gefährt wurde von dem Müllwerker Marc Provençal bis in seine Heimat Ghana gesteuert und dort fotografiert. Dagegen fuhr ein aus Italien stammender Müllarbeiter nur bis zum Brenner, um auszudrücken, dass er sich als Europäer fühlt und sowohl in München als auch Italien zu Hause ist. In die Projektentwicklung und -durchführung waren 28 Männer der Müllabfuhr einbezogen, so dass am Ende 28 Fotos aus den unterschiedlichsten Ländern existierten. Von 2003 bis 2006 fuhren diese Bilder dann auf den Müllautos plakatiert durch die Stadt München. Ein langer Film, der die Männer auf der Suche nach ihrem Heimatbild beobachtet und sie von ihren Erinnerungen, Träumen und Sehnsüchten berichten lässt, ist in der Ausstellung zu sehen.

Mit einem Film dokumentiert auch das Leipziger Künstlerkollektiv Reinigungsgesellschaft sein Projekt. Seit 1996 arbeiten Martin Keil und Henrik Mayer unter diesem Label zusammen.

Als Kunstraum für ihr Projekt „The City of Cool“ wählten sie die Straßen des Industrie- und Arbeiterviertels Leipzig-Plagwitz, in dem die leer stehenden Hausruinen stumme Zeugen der gesellschaftlichen Fehlentwicklung sind. Mit Leiter und Werkzeug ausgestattet, montierten die Künstler Schilder mit neuen Straßennamen, die etwa an den „Unbekannten Arbeitslosen“ erinnern, aber vor allem dem Optimismus und der Utopie huldigen: Straße des bürgerschaftlichen Engagements, Straße des lebenslangen Lernens, der Globalisierungskritik, der Chancengleichheit oder der Eigenverantwortung, Allee des Gemeinsinns.

Vierzimal stiegen die Künstler auf die Leiter. Dabei beschleunigt sich das Aufnahmetempo der Kamera zunehmend, was der Aktion etwas Slapstickhaftes und Spielerisches gibt. Eingestreut sind Interviews mit Passanten, denn auch für Reinigungsgesellschaft ist die Kommunikation das A und O eines Projekts.

Damit auch die Ausstellungsbesucher zum Kommunizieren untereinander angeregt werden, hat Empfangshalle eine Wippe aus den Sitzen eines Sportstadions montiert. Nicht nur bei Schulklassen findet diese „interaktive Skulptur“ Anklang. Mit viel Spaß testeten 25 Männer die Wippe. Es waren Rüsselsheimer Müllwerker aus 13 Nationen.

■ Bis 6. September in den Opelvillen Rüsselsheim, www.opel-villen.de

ANZEIGE

BAP

Präsentiert von Jack Wolfskin

SOMMERNACHTSTOUR

ALS GAST: ANNE DE WOLFF (GEIGE)



Das neue Live-Album ist sofort im Handel

| | | |
|---------------------|---------------------------|-------------------------|
| 12.06.09 Osnabrück | 06.07.09 München | 19.08.09 Dinslaken |
| 13.06.09 Hamburg | 07.07.09 Mühlldorf a. Inn | 20.08.09 Fulda |
| 14.06.09 Wolfhagen | 09.07.09 Meersburg | 21.08.09 Nideggen |
| 21.06.09 Heidenheim | 11.07.09 Tuttlingen | 11.09.09 Köln |
| 01.07.09 Mainz | 24.07.09 Winterbach | 18.09.09 Hanau |
| 02.07.09 Lorsch | 25.07.09 Tambach | 25.09.09 Schupfart - CH |
| 03.07.09 Heilbronn | 01.08.09 Trier | |
| 04.07.09 Linz - A | 07.08.09 Bad Krozingen | |

www.bap.de

TICKETS: 0 18 05 - 57 00 99 ■ www.semml.de semmel

UNTERM STRICH

Die Avantgardistin und international gefeierte Choreografin des Tanztheaters, **Pina Bausch**, die am Dienstagmorgen überraschend verstorben ist, wird **posthum für ihr Lebenswerk mit dem angesehenen Theaterpreis „Faust“ des Deutschen Bühnenvereins geehrt**. Die Preisvergabe

am 28. November im Staatstheater Mainz werde nun nachträglich „eine Hommage an ihre wunderbare künstlerische Arbeit werden“, teilte der Dachverband der deutschen Theater gestern in Köln mit. Der Bühnenverein habe vom Tod der Künstlerin erfahren, als er ihr die Juryent-

scheidung mitteilen wollte. Die Stadt Wuppertal und das Land Nordrhein-Westfalen haben sich gestern zudem für einen Erhalt des weltweit gefeierten Wuppertaler Tanztheaters ausgesprochen, dessen Chefin Bausch war. Der nordrhein-westfälische Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich

Grosse-Brockhoff sagte, er sei bereits seit einiger Zeit mit Bausch über eine mögliche Nachfolgeregelung und auch über Fragen der späteren Aufführungsrechte im Gespräch gewesen. Ebenfalls sei die Einrichtung eines Bausch-Archivs mit Pina Bausch angesprochen worden.

„Der Wind hat sich gedreht“

BEWEGLICHES INTERFACE Holger Kube Ventura, der neue Leiter des Kunstvereins Frankfurt am Main, will in alle Richtungen offen sein

INTERVIEW HORTENSE PISANO

taz: Herr Kube Ventura, In Ihrer Antrittsrede nannten Sie den Frankfurter Kunstverein einen „Allrounder“, der als „bewegliches Interface zwischen Freien Projekten, Off-Orten, Galerien, Kunsthäusern, Kunstmuseen und dem Kunstmarkt“ agieren soll. Was soll man sich darunter vorstellen?

Holger Kube Ventura: Den Frankfurter Kunstverein als Interface zwischen den ortsansässigen Kunsthäusern zu definieren, bedeutet für mich, die Hände in alle Richtungen auszustrecken, auch in Richtung regionaler Atelierhäuser und die freien Gruppen stärker einzubeziehen. Gleichzeitig möchte ich einmal pro Jahr eine größere Themenausstellung kuratieren, die bundesweit Aufmerksamkeit erregt und zu der Besucher eigens nach Frankfurt reisen – das hat es meines Wissens in den letzten Jahren nicht gegeben.

Nun melden sich aber schon die ersten Kritiker, die meinen, große Themenschauen, wie Sie sie planen, seien unzeitgemäß?

Diese Kritik kann ich nicht nachvollziehen. Es geht mir absolut nicht darum, die Welt in Form einer Ausstellung erklären zu wollen. Reden wir gleich von meiner ersten Themenausstellung, die am 9. Juli im Kunstverein eröffnet wird. Ihr Titel „Gemeinsam in die Zukunft“ spielt auf eine politische Floskel aus der Zeit der deutschen Wiedervereinigung an. Mit ähnlichen politischen Rhetoriken sind wir erneut im Superwahljahr 2009 bis zur Bundestagswahl im September kon-

frontiert. Viele Leute werden sich in Anbetracht der parteipolitischen Parolen fragen, was das „Wir“ in ihrem Leben eigentlich zu bedeuten hat? Die Kluft zwischen Kollektiv- und Einzelinteressen ist daher das Thema meiner Auftaktshow, die mit dreizehn Künstlern relativ groß besetzt sein wird und, wie ich finde, im besten Sinn eine Themenschau ist, insofern sie ein Zeitgeschehen auf der Straße aufgreift.

Planen Sie eine internationale Gruppenausstellung?

Nein, die meisten Künstler sind aus Deutschland. Was weniger an dem Umstand liegt, dass unser Superwahljahr ein deutsches Phänomen ist, vielmehr habe ich in der Kürze der Zeit praktisch denken müssen – aufwendige Projekte konnte ich keine produzieren lassen, dazu fehlen mir diesmal die finanziellen Mittel. Eingeladen habe ich Künstler wie die Fotografin Rabea Eipperle, die Berlinerin Michaela Schweiger oder das Kollektiv Reinigungsgesellschaft, deren Arbeiten ich zu diesem Thema kannte.

Inwieweit greift Ihre Ausstellung auf Ihre Studie „Politische Kunst Begriffe“ zurück?

In diesem Buch habe ich versucht, mehrere Fragen zu behandeln: Erstens die klassische Vorstellung von politischer Kunst

Nach wie vor gibt es auch ganz traditionelle Vorstellungen vom Künstler als Genie, als Wahnsinniger, Hofnarr

und zweitens was sich in den 1990er-Jahren in den Institutionen abspielte: Welche Hoffnungen hat man sich dort auf eine Repolitisierung von Kunst gemacht und wie hat sich das geäußert? Man denke an die damals zahlreichen partizipatorischen Ausstellungen, die Besucher einladen Tee zu trinken oder Fußball zu spielen. Viele Kunstaktionen wurden meiner Meinung nach fälschlich als ein politisches Moment aufgefasst, nur weil sie zum aktiven Mitmachen aufforderten.

Kommen wir zu Ihrer Ausstellung zur politischen Rhetorik zurück. Was versuchen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Studie anders zu machen?

Ich plane vorwiegend Foto- und Videokünstler auszustellen, die sich sowohl mit Bild- als auch mit Sprachrhetoriken des Überzeugens, Suggestierens oder Bestürmens beschäftigen. Bjørn Melhus gehört zu den bekanntesten Positionen, die wir zeigen. In seinem Video spielt er selbst einen US-amerikanischen Fernsehprediger, der eindringlich auf den Betrachter einredet und ihn beispielsweise vom Beten überzeugen will. Am Ende wird dieser Prediger in einer Feuersbrunst explodieren, was natürlich eine Art Himmelfahrt assoziiert. Melhus' Video ist ein gutes Beispiel für die Suggestivkraft von Bild- und Sprachrhetoriken und wie sie parteiübergreifend funktionieren. Meist wird ja von den Inhalten abgelenkt zugunsten eines Nenners, dem man sich anschließen darf. Indem Melhus an der Grenze zwischen Karikatur und Entblößung arbeitet, wer-

Holger Kube Ventura

■ 1966 in Dreieich geboren, studierte von 1987 bis 1994 Kunst, Anglistik, Kunst- und Erziehungswissenschaft an der Universität Kassel, wo er 2001 promovierte. Seit 1994 arbeitete er als freier Kurator, 2001 bis 2003 war er künstlerischer Leiter und Geschäftsführer der Werkleitz Gesellschaft e.V. in Halle und leitete die 5. Werkleitz Biennale (2002). Von 2004 bis 2009 Programm- und Projektkoordinator bei der Kulturstiftung des Bundes in Halle (Saale).



Holger Kube Ventura Foto: Harald Schröder

den diese Mechanismen sehr ersichtlich.

In Ihrer zweiten Ausstellung untersuchen Sie das Rollenverständnis, das sich zu jeder Zeit an Künstler geknüpft hat. Welche Rolle kommt dem Künstler aktuell zu?

Nach wie vor gibt es ja auch ganz traditionelle Vorstellungen vom Künstler als Genie, als Wahnsinniger, Randfigur der Gesellschaft oder der Hofnarr. Der erste Ausstellungspart beschäftigt sich im November mit diesen klassi-

schen Rollenbildern, die fünf Künstler heute in ihren Werken widerspiegeln oder hinterfragen. Zu den neuen Rollenbildern zählen für mich der Künstler als Sozialarbeiter, eine Figur, die verstärkt in den 60ern aufkommt; oder nehmen Sie den Künstler als Unternehmer – durch Erscheinungen wie Murakami, Hirst oder Olafur Eliasson kommt ihm, um Ihre Frage zu beantworten, die aktuell gewiss wichtigste Künstlerrolle zu.

Die Wirtschaftskrise dürfte ein verändertes Rollenbild des Künstlers nach sich ziehen?

Ja, vor einem Jahr sah es noch ganz anders aus. Im Mai 2008 konnte ein Kongress wie „Kunst Werte Gesellschaft“ danach fragen, wie sich die Wertmaßstäbe von Kunst ändern, wenn es nur noch um Geld geht, wenn die Medien nur noch von Rankings berichten und die privaten Häuser den öffentlichen den Rang ablaufen. In nur einem Jahr hat sich der Wind komplett gedreht ...

Bevor Chus Martínez den Frankfurter Kunstverein vorzeitig verließ, beklagte sie die Finanzsituation des Hauses. Kulturdezernent Felix Semmelroth erhöhte daraufhin das Budget – wie lässt sich jetzt arbeiten?

Die Ökonomie für dieses Haus ist gewiss nicht einfach. 255.000 Euro stellt uns die Stadt Frankfurt zur Verfügung, und diese ganze Summe benötigen wir für das Personal. Zu 90 Prozent müssen die Ausstellungen aus Drittmitteln akquiriert werden. Die Auftaktshow müssen wir daher erst einmal aus dem Spartopf des Kunstvereins finanzieren.

Nicht ganz auf der Höhe der Zeit

GIRLMONSTER Chicks On Speed legen mit „Cutting the Edge“ ein gelungenes Doppelalbum vor, das vielleicht etwas zu nineties ist

Gleich im allerersten Stück wird die Auferstehung des „Girl Monster“ beschworen. Chicks on Speed sprechen die magische Formel „Rise from the dead!“, und es erscheint: Ein Bausatz-Rrriot-Girl mit metallisch scharfen Fingernägeln, eine ferngesteuerte Killerinsektenmaschine, ein „Fembot“, der super tanzen und singen kann, noch super aussieht und mit allen Wassern der Girlie-Subkultur-Geschichte gewaschen ist. Ob das jetzt toll ist oder schrecklich, ob Chicks on Speed da Madonna, Lady Gaga, das neue Popkultur-Magazin *Missy* oder sich selbst als hyperauthentische Kunstfiguren auf die Schippe nehmen – zwölf Jahre nachdem drei nicht-deutsche Münchner Kunststudentinnen die Chicks on Speed aus der Taufe hoben, tut ein bisschen wohlklingend ironische Materialisationsmagie zu Beginn ihres neuen Albums „Cutting the Edge“ gut.

Die Chicks, die nach dem gemeinsam mit dem Technopro-

duzenten Cristian Vogel zusammengeschraubten, recht verhaltenen letzten Werk „Press The Spacebar“ (2004) und dem Aufstieg von Kiki Moore nur noch zu zweit sind, beschwören aber ihre artifizielle Superheldin sicher nicht aus Unsicherheit heraus.

Wild waren sie unterwegs in den letzten Jahren, entwarfen Modekollektionen, performten im MoMa und im Centre Pompidou, arbeiteten in Musikdingen mit WhoMadeWho, Mark Stewart, Patrick Pulsinger und dem britischen Produzententeam A Scholar and Physician. Entsprechend aufgekratzt, oftmals auch wieder absichtsvoll nervig hühnerhaft überdreht, singen, shouten und schreien sich Melissa Logan und Alex Murray-Leslie durch den fünften Longplayer ihrer musikalischen Existenz, „Cutting the Edge“ ist ein Doppelalbum geworden.

Darauf wird allerdings weniger eine topaktuelle Musikinnovation zelebriert als vielmehr ge-

nüsslich mit Schere und Papier an Fembot-Anziehpuppen geschnipselt (Scheren, Nähmaschinen und aus Highheels selbstgebastelte Gitarren kommen häufiger mal vor, auch soundmäßig). Das Album hat achtzehn vollwertige Lieder und einige kleinere Intermezzi, viele Mitsingsongs, käsig georgelte Ansmiegungen an die Sechzigerjahre in der Surf- und Beatmusik, einigen Eurotrash, eine Kraftwerk-Referenz sowie ein paar modernere Einsprengsel aus der Electroclash-, Clubmucke-, ja gar der Dubstep-Ecke.

Die Themen umfassen folgendes Spektrum: Supergirls, Vibratoren, die Kontrollgesellschaft, Billigfliegerei, die ewige Frage nach Original oder Kopie, viel Do it Yourself, Sex in der Stadt. Und natürlich den fiesigen, geldgeilen, männerfixierten Kunstmarkt. Das bereits zwei Jahre alte Stück „Art Rules“ ist mit Gastsänger-Starkünstler Douglas Gordon der unumstrittene Hit des Albums.

Die Welt der Chicks on Speed ist auch im Jahr 2009 noch ein crafting-affines, spielerisch feministisches La-La-Land, in dem es wimmelt von handgemachten Kostümen mit eingebauten Effekgeneratoren, nett verpackten kritischen Ansätzen und vielen MitproduzentInnen aus der großen weiten Welt der antimaterialistischen Kreativelite. In zwölf Jahren haben sich Chicks on Speed eifrig und umtriebzig zu einer Marke gemacht: Sie sind laut und schlau, bunt und gewitzt, kollaborativ und autonom. Sie haben was gegen die Mechanismen des Kunstbetriebs und die Genderrollen in der Popkultur, aber testen sie auch immer wieder, in Wort, Klang und Tat, in einer Mischung aus Provokation, Verarsche und Dazugehörenwollen selbst aus. In all ihrer ausgestellten, megafonbewehrten Widerspenstigkeit sind sie schon lange feste Ensemblemitglieder im Kunst- und Musikzirkus der artsy-fartsy Indiewelt.

Und wenn sie jetzt ein fettes Doppelalbum veröffentlichen, das musikalisch nach Popkriterien ihr bislang bestes, weil eingängigstes ist, dann ändert das nichts daran: Die Chicks-Haltung (akademischer Rrriot Girlism plus Glam plus DIY plus Kunstfeldbashing) fühlt sich – so super und von noch nichts Besserem ersetzt sie auch sein mag – nicht mehr *contemporary* an, sondern oh so nineties. Wirklich interessant geht anders. **KIRSTEN RIESELMANN**

■ Chicks On Speed, „Cutting the Edge“ (COS-Records/Disko B)

BERICHTIGUNG

Der uruguayische Schriftsteller Juan Carlos Onetti entdeckte die urbane Welt als Sujet und sagte 1939, es sei notwendig, dass die Schriftsteller uns erzählen, wie die Seele ihrer Stadt aussieht. Das berichteten wir gestern, und am Abend dann würdigte Mario Vargas Llosa den Onetti in Frankfurt am Main. In Frankfurt? Hat diese Stadt eine Seele?, fragt man sich da. Diese Stadt, in der alles, aber auch alles nach Effizienz für den Standortfaktor bemessen wird, in der Latte-macchiato-to-go-Zombies zwischen Bankern auf Inlineskates am asphaltierten Museumsufer standortverbessernde Kultur genießen. Pfiu Teufel. Der arme Onetti.

UNTERM STRICH

Erstmals in der 20-jährigen Geschichte des **Förderpreises Deutscher Film** hat sich die Jury beim **Filmfest München** nicht auf einen Preisträger in den Kategorien **Regie** und **Drehbuch** einigen können. „Wir waren nicht glücklich mit der Vorauswahl“, sagte Jurymitglied Caroline Link

und sprach von Bevormundung durch die Sponsoren. Bei den nominierten Regisseuren und Autoren löste die Entscheidung Protest aus.

In Köln begannen die **Dreharbeiten zu Oskar Roehlers neuem Kinofilm** mit Tobias Moretti, Martina Gedeck und Moritz

Bleibtreu, der die Verstrickung von deutschen Künstlern in die Entstehung des bekanntesten Propagandafilms im Dritten Reich zum Thema hat: **„Jud Süß – Film ohne Gewissen“**. Im Mittelpunkt steht der Schauspieler Ferdinand Marian, der 1939 den großen Karrieresprung witterte,

von Joseph Goebbels persönlich dazu gedrängt wurde, die Titelrolle zu übernehmen, und erst zu spät seine ausweglose Lage als Teil einer perfekt geplanten und von Regisseur Veit Harlan künstlerisch umgesetzten Propagandawaffe des Regimes gegen die Juden erkannte.

tazshop

tazlese Nr. 7: tazsecco

Bio-Perlwein Ecovin, limitiert auf 800 Flaschen. Weißburgunder und Riesling, trocken. Perl feinporig. Schmeckt erfrischend und süffig. Intensive Fruchtigkeit. Naturkorkverschluss, Weingärtner Brackenheim, Württemberg.

Der Versand erfolgt in Kisten zu jeweils 6 Flaschen oder 12 Flaschen einer Sorte. 0,75-l-Flasche

€ 750

Preis inklusive MwSt, zuzüglich 7 € Versandkosten.

tazshop
Rudi-Dutschke-Straße 23 | 10969 Berlin | T (030) 25 90 21 38
F (030) 25 90 25 38 tazshop@taz.de | www.taz.de





die tageszeitung

Ausgabe Berlin
Nr. 8934
29. Woche
31. Jahrgang
€ 1,80 AUSLAND
€ 1,20 DEUTSCHLAND

DIENSTAG, 14. JULI 2009 | WWW.TAZ.DE

HEUTE IN DER TAZ



MUSIK Das neue Album von Tony Allen feiert das Leben > SEITE 15

BERLIN Der neue Bahnchef verspricht Hilfe für die S-Bahn, bleibt aber vage > SEITE 12, 21

ESSEN Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) fordert besseren Schutz vor gefälschten Lebensmitteln > SEITE 8

TERROR Anschläge auf Kirchen im Irak ängstigen die Christen im Land > SEITE 10

Fotos oben, links: imagebroker/imagio, Bernhard Benant

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren,

hier der tägliche Frontbericht vom Projekt Wüstenstrom. Die stolzen Bauarbeiter sorgen pflichtbewusst dafür, dass der Bau des historischsten Projektes seit dem Zweiten Weltkrieg voranschreitet. Die Leitung zur Versorgung der Völker Europas steht, die Kollektoren aus deutschem Stahl und Glas trotzen den Sandstürmen. Rebellenischen Beduinen treten unsere tapferen Truppen mit solarbetriebenen Panzern entgegen. Projektleiter Rommel erklärte bei einem Besuch der Baustelle, dass das Weltklima bald mindestens 1.000 Jahre lang an deutschem Ökostrom aus der Wüste genesen wird. Allerdings nur unter einer Voraussetzung:

Lasst die Italiener draußen!

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 8.698 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren.
Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax 030-25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-25 1 06 94, anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22
Redaktion: tel. 030-25 90 02-0 fax 030-25 1 30, briefe@taz.de
taz, die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de

Angst geht arbeiten

KRANKSCHREIBUNGEN Noch nie haben sich so wenige Angestellte in Deutschland krankgemeldet wie im ersten Halbjahr 2009. Viele fürchten, ihren Arbeitsplatz zu gefährden, wenn sie sich daheim auskurieren. Doch wer krank arbeitet, gefährdet seine Gesundheit – und den Betrieb > Seite 2



Foto: STOCK 48/Mauritius

Bush plante Liquidierung von Terroristen

US-TERRORKRIEG Zeitung: Ex-Vizepräsident Dick Cheney verheimlichte Tötungspläne vor Parlament. Barack Obama gegen juristische Untersuchung der Folterung von Verdächtigen durch die CIA

WASHINGTON *dpa* | Ein Geheimplan der früheren US-Regierung von George W. Bush im Kampf gegen Al-Qaida-Terroristen bringt den damaligen Vizepräsidenten Dick Cheney in Bedrängnis. Die geheimen CIA-Operationen waren nach Medienberichten auf Geheiß Cheneys den zuständigen Parlamentsausschüssen verschwiegen worden.

Die CIA soll das Programm, das auf eine Anordnung Bushs nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zurückgehe, durch Geld und Training vorbereitet haben, berichtete gestern das *Wall Street Journal*. Dabei soll es nach Informationen des Blattes auch um die Tötung von Terroristen gegangen sein. Die Pläne

seien aber nicht voll zur Ausführung gekommen, heißt es ohne weitere Angaben. Der neue CIA-Chef Leon Panetta habe das Geheimprogramm Ende Juni schließlich gestoppt.

Die Vorgänge werfen ein Schlaglicht auf die Rolle Cheneys. Die CIA habe das Programm zur Terroristenbekämpfung, dem die Bush-Regierung große Bedeutung beigemessen habe, acht Jahre lang vor dem Parlament verheimlicht, heißt es in einem Bericht der *New York Times*. Die Anordnung dafür habe Cheney erteilt. Die Demokraten fordern eine Untersuchung. Sie äußerten den Verdacht, Cheney habe mit seinem Vorgehen Gesetze gebrochen.

Unterdessen wurde bekannt, dass Justizminister Eric Holder strafrechtliche Ermittlungen gegen die CIA wegen möglicher Folterungen erwägt. Holder prüfe die Berufung eines Sonderermittlers, der untersuchen soll, ob CIA-Agenten Terrorverdächtige gefoltert hätten, berichtete die *Washington Post*. Dies könnte zu einem offenen Konflikt mit Präsident Barack Obama führen, schreibt das Blatt. Obama hatte mehrfach signalisiert, dass er eine juristische Untersuchung brutaler Verhörmethoden unter Bush ablehne.

Holder werde vermutlich bereits in den kommenden Wochen entscheiden, ob er Ermittlungen aufnehme. Untersucht werden

sollten solche Verhörmethoden, die über die von der Regierung damals erlaubten Praktiken hinausgingen. Falls es zu einer Untersuchung komme, wolle Holder einen Ermittler aus seinem Ministerium und keinen Juristen von außerhalb berufen, hieß es. Grund für Holders Überlegungen seien Berichte über Misshandlungen von Gefangenen wie etwa simuliertes Ertränken, Schläge und Schlafentzug, etwa im Gefangenenlager Guantánamo.

Obama hatte im April durch die Veröffentlichung von Memos über brutale Verhöre aus der Bush-Zeit scharfe Kritik auch innerhalb der CIA ausgelöst. > Schwerpunkt SEITE 4

Desertec-Konsortium gegründet

SOLAR Zwölf Konzerne wollen Strom in der Sahara produzieren

MÜNCHEN *ajp* | In München ist gestern der Startschuss für eines der weltweit ehrgeizigsten Projekte zu erneuerbaren Energien gefallen. Eine Gruppe von zwölf Konzernen gründete die Initiative Desertec, die Solar- und Windenergie in den Wüsten Nordafrikas und des Nahen Ostens erzeugen will. Ziel ist, einen Teil der dort gewonnenen Energie auch nach Europa zu importieren. Die Energie will die Desertec-Initiative vor allem in sogenannten Solarthermie-Kraftwerken gewinnen. Diese bündeln das Sonnenlicht durch riesige Spiegel und erhitzen damit ein Spezialöl, das verdampft und Turbinen antreibt, die wiederum Strom erzeugen. Bis 2050 soll der Ökostrom aus Afrika bis zu 15 Prozent des europäischen Strombedarfs decken.

> Schwerpunkt SEITE 3

SPD rangelt mit sich selbst um die Rente

BERLIN *dpa* | Die Kritik aus der SPD an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) wegen seiner rentenpolitischen Äußerungen reißt nicht ab. Der niedersächsische Landesvorsitzende Garrelt Duin bewertete die Diskussion als „völlig überflüssig“. Bayerns SPD-Chef Florian Prox kritisierte die Debatte als „schädlich für die SPD“. Steinbrück hatte über die Rentengarantie gesagt, angesichts einer „bemerkenswerten Rentenerhöhung“ und anderer Maßnahmen stelle sich „langsam die Frage, ob das unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit nicht grenzwertig ist“.

> Inland SEITE 6
> Meinung + Diskussion SEITE 12

KOMMENTAR VON CHRISTIAN SEMLER

Obamas republikanische Verantwortung

Barack Obamas Weigerung, die Aktivitäten der CIA unter Bush strafrechtlich untersuchen zu lassen, hat den amerikanischen Präsidenten schon jetzt in die Bredouille gebracht. Sein Argument für die Nichtverfolgung hatte ursprünglich einen pragmatischen und einen grundsätzlichen Aspekt gehabt. Auf der Ebene der praktischen Politik stellte er die Funktionsfähigkeit der Geheimdienste in den Mittelpunkt. Die Dienste würden gebraucht und dürften moralisch nicht geknickt werden. Rigorose Aufklärung würde zudem die gegenüber dem „Change“ offenen Republikaner in die Opposition treiben. Grundsätzlich, argumentierte Obama, müsse man

den Blick nach vorne richten und die drängenden Probleme der Gegenwart anpacken. In der Vergangenheit zu wühlen ziehe dringend benötigte politische Energien ab. Beide Argumente haben sich als wirkungslos erwiesen.

Natürlich ist der Gedanke des dicken Schlusstrichs verlockend. Dies umso mehr, als eine staatsanwaltschaftliche Untersuchung der Überwachungs- und Foltermethoden, der illegalen Gefangennahme, der Folterung und jetzt auch des Projekts geheimer Mordaufträge vor den Hauptverantwortlichen der Bush-Regierung nur schwerlich haltmachen könnte. Aber die Amnestie von CIA-Leuten und damit die Amnestie gegenüber allen Schandta-

ten der Bush-Regierung im „Krieg gegen Terror“ würde das Vertrauen vieler amerikanischer Bürger in die Institutionen, die für ihren Schutz sorgen sollen, nachhaltig schwächen. Gerade eine Politik wie die Obamas, der die Menschen dazu auffordert, im Geist des Republikanismus mehr Verantwortung zu übernehmen, bedarf einer Regierung, die sich selbst strikt republikanisch gegenüber Recht und Gesetz verantwortlich zeigt.

Ohne Aufklärung der Verbrechen setzt Obama den Vertrauenskredit aufs Spiel

Gewiss, die Geschichte belehrt uns, dass Amnesie gegenüber eigenen politischen Verbrechen der Normalfall war und die jeweiligen Machteliten damit in der Regel gut über die Runden gekommen sind. Das Problem Obamas ist aber, dass er nicht mit der Elle des Normalmaßes gemessen wird. Weigert er sich weiterhin, gegen die Verbrechen der Sicherheitsdienste und der für sie Verantwortlichen vorzugehen, so setzt er den immensen ihm gewährten Vertrauenskredit aufs Spiel. Dieser Kredit besteht in der Hoffnung, Obama möge mehr sein als ein Pragmatiker, der die Wiederherstellung verletzten Rechts dem politischen Kalkül unterwirft.

